



6. Heft / 26. März 1914

LUDWIG QUESSEL · GEBRAUCHSWERT- UND MEHRWERTERZEUGUNG IN DEN KOLONIEEN



ER das koloniale Problem der Gegenwart vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, wird finden, daß ihm ein tiefgehender Gegensatz zwischen weißer und farbiger Bevölkerung zugrunde liegt. Dieser Gegensatz ist darin zu sehen, daß die Existenz aller Völker europäischer Herkunft heute ganz und gar von der tropischen und subtropischen Landwirtschaft abhängig ist, während umgekehrt die farbige Bevölkerung der Tropen und Subtropen ohne die Arbeitserzeugnisse der weißen Bevölkerung sehr gut auskommen kann. Es ist notwendig auf diesen Gegensatz näher einzugehen, da er ein Problem darstellt, zu dessen Lösung uns auch der Marxismus keinerlei Fingerzeige bietet. Zunächst möchte ich an der Hand der Statistik zeigen, welche große Bedeutung die von der farbigen Bevölkerung betriebene tropische und subtropische Landwirtschaft für den modernen Arbeiterhaushalt gewonnen hat. Bekanntlich hat einer unserer besten Kenner der tropischen Landwirtschaft, Professor F. Wohltmann (Halle), unsere Gesamteinfuhr an Erzeugnissen der tropischen und subtropischen Landwirtschaft für 1911 auf 2½ Milliarden Mark berechnet, wobei freilich zu bemerken ist, daß ein Teil der pflanzlichen Produkte, die uns aus den Tropen zugehen, durch einfache Sammeltätigkeit der Farbigen gewonnen worden ist. Ich habe auf Grund des Statistischen Jahrbuchs für 1913 die Wohltmannschen Berechnungen nachgeprüft und feststellen können, daß sie durchaus den Tatsachen entsprechen. Wer sind nun die eigentlichen Konsumenten der ungeheuren Massen pflanzlicher und tierischer Produkte, die uns alljährlich aus den Tropen und Subtropen zugehen? Man kann darauf ohne Bedenken antworten, daß diese, nachdem sie ihren Warencharakter verloren, zum allergrößten Teil als Gebrauchswerte in die proletarischen und halbproletarischen Haushaltungen eingehen. Da dieser Prozeß in der nationalökonomischen Literatur noch nicht beschrieben worden ist, möchte ich mit einigen Worten darauf eingehen, indem ich nacheinander schildere, welchen Anteil die tropische und subtropische Landwirtschaft (Viehzucht mit einbegriffen) an der Bekleidung, Behausung und Ernährung der arbeitenden Bevölkerung hat.

Wenn man die Ober- und Unterkleidung unserer arbeitenden Bevölkerung auf ihren Ursprung hin untersucht, so kann man allerdings leicht dazu verführt werden sie als deutsche Arbeitsprodukte anzusehen. Gewiß, die Wolle und Baumwolle, die die physische Basis unserer Kleidung bildet, wurde in deutschen Fabriken versponnen und verwebt. Die Zeit jedoch, da die

deutsche Landwirtschaft die Gespinstpflanzen und die Wolle für die Bekleidung der deutschen Bevölkerung lieferte, liegt weit zurück. Heute ist es die Landwirtschaft der Tropen und Subtropen, die den Haushalt der Arbeiterschaft und des Mittelstands mit den Rohstoffen versorgt, aus denen ihre Ober- und Unterkleidung hergestellt wird. Auch unter einem sozialistischen Regime wäre die weiße Bevölkerung bei ihrer Kleidung ganz und gar auf die Gebrauchswerte (Baumwolle und Wolle) schaffende landwirtschaftliche Arbeit der Farbigen angewiesen. Geringer als in der Kleidung ist die ökonomische Abhängigkeit der Weißen von den Farbigen in der Beschuhung, weil die meisten Länder des weißen Mannes hervorragende Viehzuchtländer sind. Immerhin wird auch hier ein erheblicher Fehlbetrag an Rohstoffen durch die Viehzuchtgebiete der Tropen und Subtropen gedeckt.

Gehen wir nun zu der Behausung des Arbeiter- und Mittelstands über, so kann man sagen, daß das deutsche Haus auch ein deutsches Arbeitsprodukt ist. Sobald wir aber unsere Aufmerksamkeit der innern Ausstattung zuwenden, stoßen wir selbst im einfachen Arbeiterheim bei jedem Schritt auf Gegenstände, zu denen die farbigen Völker uns die Rohstoffe geliefert haben. Das gilt einmal von der ganzen Haus- und Tischwäsche, ferner von Läuferstoffen, Fenstervorhängen und Bettvorlagen und von jeder Art Polsterung, ganz abgesehen davon, daß man im gehobenen Arbeiterstand schon vielfach Möbel findet, die aus tropischen Hölzern hergestellt wurden. Der geschulte Nationalökonom kann also gar nicht im Zweifel darüber sein, daß in dem Augenblick, wo die farbigen Völker aufhören würden Gebrauchswerte zur Kleidung und Wohnung der weißen Bevölkerung zu schaffen, die Lebenshaltung des weißen Arbeiter- und Mittelstands einen katastrophalen Sturz erleiden müßte. Zur statistischen Illustrierung dieser Tatsache sei hier die *Mehreinfuhr* von Gespinstpflanzen tropischer Herkunft im Jahr 1912 angeführt. Sie betrug für rohe Baumwolle 526 952 000 Mark, für Erntefälle von roher Baumwolle 13 295 000, für Jute 70 788 000, für Ramie 1 375 000, für Agavefasern 5 373 000, für Pflanzendaunen 7 620 000, zusammen also 625 403 000 Mark.

In weit höherem Maß als vielfach angenommen wird ist auch die Ernährung der Weißen von der landwirtschaftlichen Arbeit der Farbigen abhängig geworden. Abgesehen von den alkoholischen Getränken sind fast alle unsere Genuß- und Reizmittel Arbeitsprodukte der in den Tropen- und Subtropen lebenden farbigen Bevölkerung. Gewiß ist der Konsum der besitzenden Klassen an Kaffee, Kakao, Tee und Tabak größer als der der arbeitenden Bevölkerung, jedoch ist ihre Zahl viel zu gering, als daß man sie als Hauptkonsumenten der tropischen Genußmittel ansehen könnte. Es betrug die *Mehreinfuhr* von tropischen Genußmitteln im Jahr 1912 für Kaffee 252 401 000 Mark, für Kakao 63 556 000, für Tee 7 790 000, für Tabak 135 160 000, zusammen 458 907 000 Mark. Kaum bestritten werden wird ferner, daß auch von den sogenannten Südf Früchten, wie Rosinen, Korinthen, Apfelsinen, Zitronen, Feigen, Datteln, Bananen usw., die auch zum Teil aus Ländern mit farbiger Bevölkerung stammen, ein sehr erheblicher Teil als Gebrauchswerte in die Haushaltungen des Arbeiter- und Mittelstands eingeht. Fast ausschließlich von den proletarischen Haushaltungen werden die aus tropischen Ölpflanzen hergestellten Speisefette verbraucht, die unsere Nahrungsmittelindustrie unter den verschiedensten Namen in den

Handel bringt. Dazu kommen Reis und zahlreiche tropische Gewürze, die in jedem proletarischen Haushalt zu finden sind. Nicht gering zu veranschlagen ist auch die Bedeutung der tropischen Futterstoffe für die Viehzucht der Weißen. Es sind dies die eiweiß- und fettreichen Rohprodukte von Palmfrüchten, Erdnüssen usw. Diese *Edelfutterstoffe* sind in der deutschen Landwirtschaft nachgerade ebenso unentbehrlich wie beliebt geworden. »Es haben sich«, schreibt Professor Wohltmann, »insbesondere die fett- und eiweißreichen Palmkern-, Kokosnuß- und Erdnußkuchen als ganz hervorragende Milchkuttermittel bewährt. Sie erzeugen wegen ihres eigenartigen Fettes auch eine sehr feine, schmackhafte und haltbare Butter.« Wenn auch aus den Einfuhrziffern der Anteil der farbigen Arbeit an der Hervorbringung von Milch, Butter und Fleisch sich nicht zahlenmäßig nachweisen läßt, so besteht doch kein Zweifel, daß dieser mit jedem Jahr größer wird. Die Hoffnung, die August Bebel in den ersten Auflagen seines Buches *Die Frau und der Sozialismus* zum Ausdruck brachte, daß, wenn der Nahrungsspielraum in den Ländern des weißen Mannes einmal zu klein werden sollte, man Land und Leute in den tropischen Gebieten in Anspruch nehmen müßte, um für die wachsende weiße Bevölkerung Subsistenzmittel zu schaffen, ist heute schon in ungeheurem Umfang Wirklichkeit geworden. (Wobei natürlich nicht aus dem Auge zu verlieren ist, daß wir verpflichtet und imstande sind unsere heimische Viehzucht so zu vergrößern, daß der wesentliche Volksbedarf an diesen Dingen aus eigenen Mitteln bestritten werden kann.)

Im Vorstehenden glaube ich die weitgehende ökonomische Abhängigkeit des weißen Proletariats von den farbigen Völkern, wenn auch bei weitem nicht erschöpfend, dargetan zu haben. Nun kann man aber gewiß nicht sagen, daß umgekehrt die Abhängigkeit der Farbigen von den Weißen ebenso groß wäre. Das Kleidungsbedürfnis, das in der gemäßigten Zone sich jedem als harte Notwendigkeit aufdrängt, wird in den Tropen so gering, daß es eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Auch in seiner Nahrungsbeschaffung kann der Farbige ohne den Weißen sehr gut auskommen. Allerdings ist der Farbige meist geneigt eine gewisse Arbeitslast auf sich zu nehmen, um von den Weißen Alkohol und Waffen zu erhalten; aber gerade diese Dinge werden ihm bei einem geordneten Kolonialsystem vorenthalten. Wenn man die Dinge so nimmt wie sie sind, so muß man sagen, daß die weißen Händler und Plantagenbesitzer von den Farbigen die Produktion von Gebrauchswerten für die weiße Bevölkerung heischen, aber im Grunde gar nicht imstande sind ihnen ein Äquivalent dafür zu bieten, das für sie von dauerndem Wert wäre. Ich kann nun darauf verweisen, daß meine vielleicht auf den ersten Blick befremdende Anschauung auch von einem angesehenen Parteigenossen geteilt wird, der auf dem äußersten linken Flügel der Partei steht. In seiner Artikelserie über die Ruandabahn im Vorwärts schildert H. Cunow, daß es keineswegs materielle Not ist, die die Neger aus ihren Dörfern auf die Plantagen treibt. Im allgemeinen ist der Neger sehr wohl in der Lage die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt braucht, ohne Mithilfe der Weißen zu erzeugen. Nicht das Bestreben dringende Bedürfnisse zu befriedigen, sondern Zwang, Überredung usw. sind die Faktoren, die den Neger bestimmen auf den Plantagen Gebrauchswerte für die weiße Bevölkerung zu erzeugen. Bemerken möchte ich, daß, wenn ich hier den Gebrauchswerte schaffenden Charakter der Negerarbeit in den Vordergrund schiebe, ich dies

nur tue, um das Problem vom sozialistischen Standpunkt aus zu erhellen. Ich weiß sehr wohl, daß das Streben der Plantagenbesitzer auf die Erzeugung von Mehrwert gerichtet ist. Nach dem Mechanismus der kapitalistischen Produktion kann die Mehrarbeit, die der Unternehmer aus dem Arbeiter extrahiert, aber nur dann zu Mehrwert werden, wenn sie sich in Gebrauchswerten vergegenständlicht hat. In einem Land wie Ostafrika, wo der Plantagenbetrieb auf die Erzeugung von Massenartikeln gerichtet ist, muß der Plantagenbesitzer sorgsam darauf bedacht sein Gebrauchswerte für die Massen zu produzieren, wenn er seinen Mehrwert realisieren will. Man versperrt sich jede Einsicht in die kolonialen Probleme, wenn man den Blick immer nur starr auf den Mehrwert schaffenden Charakter der Negerarbeit gerichtet hält und dabei völlig übersieht, daß das weiße Proletariat in furchtbares Elend versinken müßte, wenn die Gebrauchswerte schaffende Arbeit der Farbigen einmal aufhören sollte. Daran, daß die farbigen Völker Mehrwert produzieren, sind die weißen Proletarier gewiß nicht interessiert, dagegen ist es aber für sie eine Existenzfrage, daß die Farbigen die Gebrauchswerte hervorbringen, die die Haushaltungen der weißen Arbeiter benötigen. Eigentlich fehlt nun aber für den Neger jeder Anreiz Gebrauchswerte für den Europäer hervorzubringen. Wenn der einmal angeworbene Plantagenarbeiter 7 Monate hindurch jede Woche 4 Tage auf den Plantagen arbeitet, so tut er dies auch lediglich unter dem Druck eines rechtlichen Zwangs. Der ökonomische Zwang, der bei den weißen Arbeitern das Entscheidende ist, ist bei den Negern gering, da sie in den meisten afrikanischen Kolonien sehr leicht ein Feld finden können, auf dem sie die zu ihrem Unterhalt erforderlichen Lebensmittel selbst zu gewinnen imstande sind. Kleidung brauchen sie nicht, und die Rohmaterialien zu ihren Hütten liefert ihnen kostenlos die Natur. Daraus ergibt sich aber auch, daß der Neger mit dem Lohn, den er als Plantagenarbeiter empfängt, nichts Rechtes anzufangen weiß. »Der Bantuneger«, schreibt Genosse Cunow, »bleibt in gewisser Hinsicht ein großes Kind, das an glitzerndem Tand die größte Freude hat. Er kauft sich [wenn sein Arbeitsvertrag abgelaufen und er seinen Lohn erhalten hat] im Kramladen des Pflanzers oder der nächsten Ansiedlung allerlei ganz wertlosen Schund und nimmt diesen mit in sein Dorf.« Was Cunow hier schildert, läßt sich auch so ausdrücken, daß die Neger 7 Monate für die weiße Bevölkerung Gebrauchswerte erzeugen, ohne daß ihnen dafür ein wirkliches Äquivalent geboten werden kann, da sie, abgesehen von einigen Haus- und Ackergeräten, gar keinen wirklichen Bedarf für die Arbeitsprodukte des weißen Mannes haben.

Welche Schlußfolgerung kann nun der Sozialist aus dieser Erkenntnis ziehen? Von der Anschauung ausgehend, daß es durchaus im Interesse des weißen Proletariats liegt, daß die farbige Bevölkerung der Tropen und Subtropen dazu veranlaßt wird immer größere Mengen derjenigen Gebrauchswerte zu erzeugen, an denen heute noch im Arbeiterhaushalt ein drückender Mangel ist, muß das Bestreben der Sozialisten darauf gerichtet sein, daß die wachsende Produktion von Gebrauchswerten in den Kolonien sich möglichst ohne Mehrwerterzeugung vollzieht. Daß dies möglich ist, zeigt uns Togo, wo der Plantagenbetrieb fast gar keine Rolle spielt. Gerade deswegen ist Togo aber auch die blühendste der deutschen Kolonien, das tropische *Musterlände*, von dem Staatssekretär Dr. Solf bei der Generaldebatte zum

Etat mit so großer Anerkennung sprach. Darüber kann heute gar kein Zweifel mehr bestehen, daß nicht die Gebrauchswerte schaffende Arbeit der farbigen Völker ihre Lebenskraft zerstört, sondern die Mehrwerterzeugung. Bei den Eingeborenenkulturen ist die Mehrwerterzeugung ausgeschlossen, sofern die Verwaltung dafür sorgt, daß die farbige Bevölkerung nicht von wucherischen Händlern ausgebeutet wird. Togo mit seinen blühenden Eingeborenenkulturen weist keine Abnahme der Bevölkerung auf, obwohl dort mangels ausreichender Eisenbahnen das mörderische Trägerwesen zahlreiche Opfer fordert. Dadurch, daß man die Eingeborenen zu selbständigen Landwirten erzieht, kann auch von den Weißen wirkliche Kulturarbeit in den Tropen geleistet werden. Auf niedrigen Kulturstufen übertrifft der Arbeitsunterricht an zivilisatorischer Bedeutung häufig sogar den Schulunterricht. Natürlich wäre es eine Illusion, wollte man annehmen, daß sich dieses Ziel ohne einen gewissen *Wohlfahrtsdespotismus* erreichen ließe. Auch in tropischen Gebieten, wo es nur Eingeborenenkulturen gibt, ist der Neger ohne staatlichen Zwang wenig geneigt Gebrauchswerte für das weiße Proletariat zu erzeugen. Wenn er so viele landwirtschaftliche Produkte erzeugt, wie er und seine Familie selbst brauchen, hat er jedenfalls so viel gearbeitet wie in seinem Interesse liegt. Obwohl ich damit rechnen muß, daß meine Ansicht, die Heranziehung der Eingeborenen zu einer mäßigen Steuer sei sowohl im proletarischen wie im kulturellen Interesse gerechtfertigt, bei vielen Genossen Widerspruch hervorrufen wird, kann ich jedoch nicht umhin sie besonders zu betonen. Der von dem Steuerbeamten ausgehende ökonomische Zwang für den Neger mehr landwirtschaftliche Gebrauchswerte hervorzu- bringen als er selbst braucht kann zurzeit im Interesse des weißen Proletariats (aber auch als Mittel der Erziehung des Farbigen zur Arbeit über das unmittelbare materielle Eigeninteresse hinaus: ein ethisches Moment von erheblichem Wert) noch nicht entbehrt werden. Wobei zu beachten ist, daß die eingehenden direkten und indirekten Steuern der Eingeborenen sehr wohl in einer Weise Verwendung finden können, die zum Wohl der Negerbevölkerung ausschlägt. Ich erinnere hier nur an das Sanitätswesen, an wasserwirtschaftliche Arbeiten, Verkehrsanlagen, Aufrechterhaltung des Landfriedens usw. Daß der Neger die Notwendigkeit aller dieser Dinge nicht einzusehen vermag, ist allerdings richtig; aber das war vor 100 Jahren bei der ländlichen Bevölkerung in Deutschland auch noch vielfach der Fall, weshalb man damals den Ausdruck Wohlfahrtsdespotismus geprägt hat.

Aus der Erkenntnis, daß ohne staatlichen Steuerzwang auch bei dem Vorherrschen von Eingeborenenkulturen die Arbeit der Farbigen für das weiße Proletariat namentlich in den afrikanischen Kolonien rapid zurückgehen würde, ergibt sich auch, daß die Ablehnung jeder staatlichen Kolonialpolitik durch die Sozialdemokratie nur ein leeres Wort sein kann. Wenn heute der Sozialismus in Europa zur Herrschaft käme, und die Sozialdemokratie aller europäischen Länder auf dem Standpunkt beharren würde, den Genosse Cunow hinsichtlich der ostafrikanischen vom Weltverkehr noch abgeschlossenen Völker vertritt: daß es für die Eingeborenen aller tropischen Kolonien am besten sei, wenn sie keine Steuern zahlen und keine Gebrauchswerte für das weiße Proletariat erzeugen, so müßte dies zu einer schweren sozialen Katastrophe für die weiße Rasse führen. Diese Konsequenz wird Genosse Cunow gewiß auch selbst nicht ziehen wollen. Daraus ergibt sich

dann allerdings meiner Ansicht nach, daß die Ablehnung jeder Kolonialpolitik im Interesse des weißen Proletariats nicht gefordert werden darf. Das Ziel, das der Sozialismus in den Kolonien zu erstreben hat, kann nur das sein: die Mehrwerterzeugung bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion von Gebrauchswerten für die Arbeiterhaushaltungen immer mehr zurückzudrängen.

XX

MAX SCHIPPEL · VON DER AMERIKANISCHEN ARBEITERBEWEGUNG



M großen und ganzen wird in Deutschland die amerikanische Arbeiterbewegung nicht gerade freundlich beurteilt. Man erklärt mit Vorliebe die Gewerkschaften einfach für zünftlerisch und protektionistisch: protektionistisch für die heimische und gegen die ausländische *Ware Arbeitskraft*. Man findet die politische Betätigung teils jämmerlich unselbständig teils im Bann von Dogmen und Formeln, die unesehen von europäischen Vorbildern übernommen wurden und im wirklichen amerikanischen Arbeiterdasein, mit seiner ausgeprägten Abweichung vom europäischen Typ, niemals Wurzel zu schlagen vermögen. Friedrich Engels mit seinem kerngesunden realpolitischen Sinn hatte schon immer, besonders in den achtziger Jahren, diese doktrinaire Haltung verurteilt¹⁾, aber bis zur allerjüngsten Gegenwart erblickte man kaum eine Besserung, vor allem nicht bei den Deutschen, die als sprachlich abgesonderte Einwandererschicht und als geborene Formelkrämer und Wortestecher einen engern Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Kämpfen der Arbeitermassen niemals zu gewinnen verstanden.

Vielfach entspringt der bald stillere bald lautere Kriegszustand zwischen den beiden äußersten Flügeln der Arbeiterbewegung zweifellos einer ungenügenden Würdigung der aus jahrzehntelanger und sogar noch längerer

¹⁾ Brief Engels' vom 28. Dezember 1886 an Frau Wischniewetzki: »Es ist bedeutend wichtiger, daß die Bewegung sich ausbreite, harmonisch vorangehe, Wurzel fasse und soviel als möglich das ganze amerikanische Proletariat umfasse, als daß sie von vornherein auf theoretisch vollkommen korrekter Bahn vorschreite. Aus den eigenen Fehlern zu lernen, durch Schaden klug zu werden, ist der beste Weg zu theoretischer Klarheit des Verständnisses. Und für eine ganze große Klasse gibt es keinen andern Weg, ganz besonders für eine so hervorragend praktische und alle Theorie verachtende Nation wie die Amerikaner. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiterklasse sich als Klasse in Bewegung setze; ist das erst erreicht, so werden sie bald die rechte Bahn einschlagen, und alle, die sich ihnen in den Weg stellen, . . . werden sich mit ihren kleinen Sekten beiseite geschoben finden, deshalb halte ich auch die K. of L. [Ritter der Arbeit, damals die meistbeachtete gewerkschaftliche Organisation] für einen sehr wichtigen Faktor in der Bewegung, den man nicht von außen verächtlich machen sondern von innen revolutionisieren sollte, und ich meine, daß viele der Deutschen einen schweren Fehler begangen haben, als sie im Angesicht einer starken und ruhmreichen Bewegung, die nicht ihr Werk war, versuchten aus ihrer importierten und nicht immer verstandenen Theorie ein alleinseligmachendes Dogma zu machen und sich von jeder Bewegung fernzuhalten, die dieses Dogma nicht akzeptierte . . . Vor allem gebe man der Bewegung Zeit sich zu konsolidieren, man mache die unendliche Konfusion des ersten Aufmarsches nicht noch schlimmer, indem man die Leute zwingt Sachen hinabzuwürgen, die sie augenblicklich noch nicht begreifen können, aber bald lernen werden.« Brief vom 21. Januar 1891 an Schlüter: »Ich verstehe den Krakeel mit Gompers nicht. Seine Föderation ist, soviel ich weiß, eine Assoziation von Trade Unions und nichts als Trade Unions. Die Leute haben also das förmliche Recht jeden abzuweisen, der als Repräsentant einer Arbeitervereinigung kommt, die keine Trade Union ist oder Delegierte einer Verbindung abzuweisen, worin solche Vereine zugelassen sind . . . Ich wenigstens kann Gompers daraus keinen Vorwurf machen. Wenn ich aber an den nächstjährigen internationalen Kongreß in Brüssel denke, so sollte ich meinen, es wäre doch gut gewesen sich mit Gompers, der jedenfalls mehr Arbeiter hinter sich hat als die S. A. P., gut zu halten und möglichst starke Vertretung Amerikas, auch seiner Leute, dort zu sichern. Die Leute sehen da manches, was sie an ihrem bornierten Trade Unions-Standpunkt irrt macht; und zudem, wo wollt ihr denn einen recruiting ground finden, wenn nicht unter den Trade Unions?«

geschichtlicher Vergangenheit gegebenen, deshalb nicht beliebig im Handumdrehen umzugestaltenden und aus dem Kopf neuzuschaffenden Gewerkschaftsentwicklung. Man sieht willkürliche Mißbildungen, wo es sich um einen notwendigen Niederschlag nichteuropäischer Produktions- und Arbeitsmarktverhältnisse handelt. Das ungezügelte Mißtrauen, das man aus den allgemeinen Korruptionerscheinungen des amerikanischen staatlichen und gemeindlichen Lebens saugt, verleitet zu maßlos ungerechten Beschuldigungen gegen die leitenden Persönlichkeiten im Trade Unionismus, soweit sie politisch und gewerkschaftlich ein anderes Verhalten vorziehen als dies unseren europäischen und sozialistischen Vorstellungen und Gewohnheiten entspricht.

Eine unparteiische Nachprüfung und Darstellung seitens eines gewerkschaftlichen und doch zugleich politisch erfahrenen Sachkenners war deshalb schon immer dringend zu wünschen, und nachdem kein geringerer als Carl Legien, als internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, seine, aus einer mehr als 3monatigen Studienreise geschöpften Erfahrungen in einem überaus lesenswerten Bericht niedergelegt hat,²⁾ seien einige Grundzüge des hier gebotenen inhaltsreichen Bildes hervorgehoben.

REI dem rapiden siedelungskolonialen Fortschreiten der europäischen Wirtschaftsweise in dem alten Indianerland (vom Ohio nach den Großen Seen, vom Chicago-Saint Louiser Gebiet über den Mississippi hinüber, dann über die unendlichen Prärien bis zum Felsengebirge, zuletzt unter Auffüllung der heutigen pazifischen Staaten mit Farmen und Sägewerken, Groß- und Mittelstädten) war, ganz im Gegensatz zu der volkerfüllten, langsamer sich entfaltenden alten Welt, der Bedarf nach geschulten Arbeitskräften im Durchschnitt, trotz aller zeitweiligen wilden Krisen und Stockungen, fast immer größer als das Angebot. Hieraus erklärt es sich offenbar, daß man häufig an liebgewordenen alten halbzivilisierten Einhegungen und Umfriedungen festhalten konnte, die in den europäischen Gewerbsländern mit ihrem übermächtigen Außenseiterdruck längst hinfällig geworden sind. Der jüngere und ewig junge Erdteil hat dadurch manche alte Gepflogenheit im Erwerbsleben und in der solidarischen Betätigung der Arbeiter länger bewahren können. Man mache sich nur die fabelhaft rasche Neulanderschließung und die dadurch bewirkte eigenartig begünstigte und befestigte Lage der mit wandernden und mit sich ausbreitenden Schichten der Arbeiterklasse klar. Chicago, heute mit 2½ Millionen Einwohnern, war noch in den vierziger Jahren ein in der Einsamkeit verlorenes Nest, auf dessen Straßen die Schweine aus den halbdörflichen Baracken frei herausliefen. Die Zwillingsstädte Minneapolis-Saint Paul, heute zusammen mit weit über 500 000 Einwohnern, wurden erst mit den umlagernden Holzfällereien und Weizenfarmen seit den siebziger Jahren lebendig, Kansas City, das heute mindestens 340 000 Einwohner umschließt, mit den Weidebetrieben und Maisfeldern, die sich noch viel später an die Stelle der Büffelgrasungen und Indianerjagdflächen setzten. Spokane, das längst über 100 000 Köpfe zählt, blieb ein, mehr von Indianern als von Weißen umgebener Außenposten der Kultur, bis mit den achtziger Jahren die Minengründungen und die Obstpflanzungen einen der wichtigsten Knotenpunkte des transkontinentalen Handels und Verkehrs aus ihm machten.

²⁾ Siehe Legien Aus Amerikas Arbeiterbewegung / Berlin 1914 /.

Seattle, gegenwärtig mit über 240 000 Einwohnern, zählte 1870 1107, 1880 3533 Köpfe, Portland 1860 bis 1870 3000 und 8000, Los Angeles noch 1880 kaum 11 000 (gegen heute 440 000) Menschen: Einzig die Mormonenstadt und San Francisco lagen an einer schon früher, das heißt aber auch nur seit den späteren vierziger Jahren, starkbenutzten Durchbruchstraße der Weißen- und Kolonistenwanderung. Alle diese jungen Riesenstädte sind aber doch lediglich als Zentren immer neu gebildeter großer Wirtschaftsgebiete emporgewachsen, und es läßt sich denken, wie die, von der unvergleichlichen Westströmung der europäisch-amerikanischen Kultur mit fortgerissenen und fortgetragenen Handwerker und qualifizierten Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Bauschreiner, Rohrleger, Brücken- und Eisengerippenbauer, Böttcher, Brauer, Zigarrenarbeiter, Kundenschnneider, selbst Barbieri, Köche und Kellner) überall ihre Organisationen, nach guten alten Überlieferungen und mit einem derben Berufs- und Zunftegoismus mitverpflanzen, neuanlagen und ohne fühlbare Störungen länger als sonst in dieser Gestalt durchhalten und fortentwickeln konnten. Selbst die älteren Oststaaten, von der noch nicht assimilierten Einwanderung viel stärker umspült und gefährdet, vermochten sich überraschend lange Zeit, dank diesem immer von neuem sich öffnenden Abzugsventil, dem Druck zu entziehen, der Europa, und zwar am meisten die außerenglischen jüngeren europäischen Industriestaaten, seit geraumer Zeit schon zu einer viel weitherzigeren, moderneren Taktik nötigte:

»Ähnliches ist bei den Gewerkschaften in Deutschland und, mit Ausnahme einiger älterer Gewerkvereine, in England, auch in den anderen europäischen Staaten nicht üblich. Hier bemüht man sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die nur einigermaßen organisationsfähig sind, zur Gewerkschaft heranzuziehen. Dort macht sich vielfach das Bestreben geltend die Aufnahme zu erschweren und den Mitgliederkreis nicht zu erweitern. In einzelnen Orten hat man, folgend diesen Bestrebungen, einfach die Mitgliederliste geschlossen, weil zur Besetzung der *geschlossenen Betriebe*, in denen nur Mitglieder der Organisation angenommen werden dürfen, der Mitgliederbestand ausreichte. . . Dieser Erschwerung des Zutritts zu den Gewerkschaften dienen auch die hohen Eintrittsgelder. . . Oft werden recht ansehnliche Summen gefordert, die es vielen Arbeitern unmöglich machen selbst bei der in mehreren Organisationen zulässigen Ratenzahlung die Mitgliedschaft zu erwerben. Den Gewerkschaften in Deutschland wird es unverständlich sein, daß der Zutritt zur Organisation in den Vereinigten Staaten in dieser Weise erschwert wird. Bei näherer Prüfung findet man jedoch die Erklärung für diese eigenartige Gewerkschaftspraxis. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung unter dem Einfluß der englischen entwickelt hat. Bei den älteren Gewerkschaften Englands gilt leider auch heute noch die gleiche Tendenz, wie sie sich bei denen der Vereinigten Staaten zeigt. Ferner kommt in Betracht, daß dort drüben die Gewerkschaften sich lokal entwickelt haben. Die gelernten Arbeiter, die in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts nach den Vereinigten Staaten auswanderten, fanden besonders in den in der Entwicklung begriffenen Ansiedelungen der weiter westlich liegenden Staaten lohnende Beschäftigung. Ihr Zusammenschluß in lokalen Berufsvereinen genügte, um sich auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern. Viele sind der Meinung, daß das auch heute noch der Fall sein könnte, wenn es gelänge die leidige Konkurrenz der zureisenden Arbeiter des Berufs zu verhindern. Da durch die Tarifverträge die Unternehmer verpflichtet werden nur Mitglieder der Gewerkschaften zu beschäftigen, so kann die Organisation es sich vielfach leisten Berufsgenossen nicht aufzunehmen respektive die Aufnahmebedingungen so zu stellen, daß mancher verzichten muß Mitglied zu werden, denn die Nichtorganisierten können als Konkurrenten nicht auftreten, weil der im Tarifverhältnis stehende Unternehmer sie nicht beschäftigen darf.«

Wie immer in solchen Fällen exklusiver, in gewissem Sinn aristokratischer

Vereinsbildungen spielen alsdann die überkommenen Gebräuche, die Abzeichen, die feierlichen Begrüßungen, die öffentliche Repräsentation bei Umzügen und Gedenkfesten eine wichtige, uns zuweilen seltsam anmutende Rolle. Der Präsident dieser Unions gebraucht seinen Hammer in streng vorgeschriebener Form so würdevoll wie nur je ein Meister vom Stuhl bei den Freimaurern. Ordner haben bei Mitgliederversammlungen an der doppelt bewachten Tür das Paßwort abzunehmen, damit kein *Ordensfremder* sich einschleicht. Trotz der allgemeinen Legitimation durch die Federation gelang es beispielsweise Legien und seinem verdienstlichen Übersetzer und Sekretär Baumeister nur sehr schwer in die Versammlung eines Zweigvereins des Eisenformerverbands in Pittsburg zu gelangen, trotz der Führung durch den Kassierer:

»Es dauerte eine ganze Zeit, ehe wir schließlich Zutritt erlangten. Während des Wartens kam unser Freund nochmals zu uns und fragte, ob wir nicht ein Mitgliedsbuch oder sonstigen Organisationsausweis hätten. Nun hatten wir so ziemlich an alles gedacht, was wir wohl auf der Reise brauchen würden, nicht aber daran, daß auch einmal ein Organisationsausweis, den ich seit Jahren in Deutschland nicht gebraucht hatte, notwendig sein würde. Sein Fehlen erhöhte die Schwierigkeiten für unsern Zutritt zu der Versammlung. Anscheinend waren, als wir zugelassen wurden, die wichtigeren Organisationsgeschäfte erledigt . . . Der Verlauf der Versammlung entsprach den Vorschriften. Anscheinend durften gewöhnliche Mitglieder den Raum zwischen dem Ständer und dem Sitz des Präsidenten nicht betreten. Wer aus zwingenden Gründen das Lokal verlassen mußte, trat hinter den Ständer, legte die rechte Hand auf die Brust, machte dem Präsidenten eine leichte Verbeugung und verließ erst den Raum, nachdem der Präsident ihm das zustimmende Zeichen gegeben hatte. Bei der Rückkehr in das Lokal erfolgte mit den selben Bewegungen die Meldung bei dem Präsidenten. Auch verspätet zur Versammlung kommende Mitglieder mußten sich in gleicher Weise bei diesem melden.«

ZUM Teil auf der geschilderten amerikanischen Entwicklungsweise beruht auch das ungewöhnlich starke Überwiegen der lokalen *U n a b h ä n g i g k e i t* in dem ganzen ausgebreiteten und vielgestaltigen Organisationswerk. Die ungeheure Ausdehnung des Landes mit seinen wirtschaftlichen Kontrasten, die Schwerberechenbarkeit, das Sprunghafte des ganzen neuweltlichen Entwicklungsgangs machten von vornherein eine leitende straffe Zentralisation undenkbar. Das etappenmäßige Vorrücken der Gewerbe wie der ganzen Siedelung begünstigte umgekehrt die unbeeinflusste Neubildung von örtlichen Organisationen, so sehr das allgemeine englisch-küstenstaatliche Vorbild auch niemals erlosch. Die heute überall gefühlte Zersplitterung der Kräfte, die unausbleiblichen Reibungen zwischen so vielen grenzbenachbarten Berufen konnten unter der Gunst des amerikanischen Aufschwungs länger als sonst ertragen werden. Es wimmelt deshalb noch heute von eigenartigen Sondergebilden. Selbst wo ein heitliche B e r u f s v e r b ä n d e erreicht sind, bleiben die grundlegenden lokalen Zweigvereine nur ziemlich lose mit der Spitze und dem Gesamtkörper verbunden. Sie entscheiden über die Höhe des Eintrittsgelds, der Beiträge; sie können sich zum Teil Nebenstatuten geben, wenn sie dabei nur nicht mit dem Hauptstatut in Konflikt geraten. Die ganzen Einnahmen verbleiben an sich der Lokalunion; der Zusammenhang mit der Zentrale besteht alsdann nur darin, daß ein bestimmter Betrag pro Mitglied und Monat abzuführen ist. Mehr auf Umwegen kommt alsdann jedoch der unumgängliche einheitlichere Berufseinfluß organisatorisch dennoch zum Durchbruch: durch statutarische Festsetzung, wieviel Prozent der Einnahmen höchstens

zu Verwaltungszwecken dienen dürfen, bis zu welcher Höhe der Reservefonds aufgefüllt werden muß, welche verstärkten Mehrheiten zur Gültigkeit gewisser Lokalbeschlüsse gehören. Ein Streik, der von der Gesamtorganisation unterstützt werden soll, ist naturgemäß von dem Zentralvorstand zu genehmigen. Auf diesem Weg bröckelt immer mehr von der alten, unhaltbar werdenden lokalen Autonomie zugunsten der beruflichen Zentralisation ab. Industrieverbände im deutschen Sinn, einheitliche Zusammenschlüsse der verschiedenen Berufe einer Industrie sind jedoch nur selten schon erreicht. So beim Grubenarbeiterverband, der 15 verschiedene Tätigkeitszweige umfaßt (Bergleute, Dampfmaschinisten, Grobschmiede, Zimmerleute, Fuhrleute, Elektriker, Gleisleger, Holzarbeiter und andere), und ähnlich bei den in der Brauerei neben einander Beschäftigten. Die Anschauung, daß die Federation, in der schließlich alle Gewerkschaften zu gewissen gemeinsamen Zwecken und propagandistischen Zielen sich verbinden, einseitig die Berufsorganisation fördere und nicht für die Industrieverbände eintrete, bezeichnet Legien als unzutreffend; die Industriedepartements, wenn zunächst auch eine äußerst lose Verbindung, seien als Vorstufe zu weiteren Fortschritten in dieser Richtung gedacht.

ENDLICH sei noch auf die Mitteilungen über die politische Stellungnahme der amerikanischen Gewerkschaften hingewiesen, weil sie besonders geeignet sind viele irrige Auffassungen, namentlich in unseren deutschen sozialdemokratischen Parteikreisen, zu beseitigen.

Zunächst beweisen die Legienschen Übersetzungen von Prinzipienerklärungen, Beschlüssen und Statuten der verschiedensten Branchen, daß die amerikanischen Gewerkschaften wahrlich nicht zu rein manchesterlichen Selbsthilfeorganisationen erstarrt sind, daß sie vielmehr die Gesetzgebung für Arbeiterklassenzwecke keineswegs ausgeschaltet sondern sogar in recht regen Gang gebracht sehen wollen. Die im übrigen so zünftigen Küfer verlangen in ihrer Plattform Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren, Regelung der Gefängnisarbeit, Aufhebung »aller Verschwörungsgesetze, die irgendwie die Rechte der Arbeiterorganisationen schmälern«. Das Programm der gleichfalls nicht übermodernen Bauschreiner und Zimmerleute hat 3 eigene Abteilungen für munizipale, staatliche und nationale (Reichs-) Forderungen, darunter unter anderm:

»Gemeindebetrieb aller Straßenbahnen, Telephon-, Gas- und Elektrisch Licht-Anstalten und Lieferung von Dampf, Massenkraft, Heizung und Licht an die Konsumenten durch die Gemeinde; 8stündige Arbeitszeit für alle direkt oder indirekt an Gemeindearbeiten beschäftigten Arbeiter; Inspektion der Bergwerke, Bäder, Fabriken und Wohnungen durch die Gesundheitsbehörde; Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren; Haftpflicht der Arbeitgeber bei Unfällen; Abschaffung aller indirekten Steuern; Annahme eines Gesetzes gegen das Schwitzsystem.«

Gompers hat oft genug mit berechtigtem Stolz darauf hingewiesen, welche sozialpolitischen Errungenschaften ohne die Federation nicht zu denken gewesen seien. Die Federationskorrespondenz widmet eine besondere Abteilung den Anregungen und Erfolgen im Washingtoner Kongreß. In der Tat wird in der Prinzipienerklärung ausdrücklich verlangt:

»Munizipalisierung von öffentlichen Betrieben; Verstaatlichung des Telephons und der Telegraphen; freie Schulen, freie Bücher und Schulzwang; ein Ruhetag innerhalb

7 Tagen; Gesetze gegen die Kinderarbeit; unbeugsamer Protest gegen Mißbrauch der gesetzlichen Vorschriften bei Arbeitskämpfen; gesundheitliche Inspektion in Fabriken, Werkstätten und Wohnungen; Haftpflicht der Unternehmer bei Verletzungen oder tödlichen Unfällen; gleiches Stimmrecht für Männer wie für Frauen.«

Und noch so vieles andere, das die, bei uns geflissentlich immer wieder verbreitete Legende vom manchesterlichen Götzendienst vor der Selbsthilfe und von dem Evangelium der politischen Entsagung endlich einmal gründlich zerstören sollte. Die der Federation angeschlossenen amerikanischen Gewerkschaften verwerfen die Politik genau so wenig wie die englischen Trade Unions, deren politische Bestrebungen im Parlamentarischen Komitee ihre sichtbarste Verkörperung seit Jahrzehnten schon fanden und dennoch gleichfalls von manchen Übereifrigen hinweggestritten wurden. Die Federation wendet sich allerdings dagegen die ihr angeschlossenen Gewerkschaften einer bestimmten, abgesonderten politischen Partei als Hilfskorps gegen andere rivalisierende Parteien zur Verfügung zu stellen:

»Parteilpolitik, gleichviel ob von Demokraten, Republikanern, Sozialisten, Populisten [Volkspartei], Abstinenten [Prohibitionisten] usw., wird von den Kongressen der American Federation of Labor nicht getrieben.« (Konstitution.)

Läßt man nicht außer acht, welche ungleichartigen Bestandteile in der Federation verbunden sind, ja wie der eigentliche Kern dieser Bestandteile offenbar auf absehbare Zeit ganz und gar ungeeignet ist einer Politik anzuhängen, die auf der Hoffnungslosigkeit und dem nahen innern Zusammenbruch des ganzen Kapitalismus, auf dem notwendigen, im Grunde bereits überall sichtbaren Emporstieg einer ganz neuen Produktionsordnung theoretisch aufgebaut ist, so wird man diese Stellungnahme zum mindesten verständlich finden. Ende des Kapitalismus oder nicht: das ist, bei der strotzenden, überschäumenden Jugendkraft der amerikanischen Produktion, für den neuweltlichen Arbeiter nicht viel mehr als eine überirdische Glaubensfrage. Organisatorische Zusammenfassung, in Verteidigung und Angriff, zur Wahrung der nächsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Arbeiterklasseninteressen, zur Höherhebung der Lohnarbeitermassen: das ist aber für die Arbeiter, für die Arbeiter aller Berufe ohne Ausnahme, eine Magen- und, noch mehr, eine Lebensfrage. Die Glaubensfrage zur scharfen Trennungslinie erheben hieße den unentbehrlichen, geschichtlich gegebenen und auf mühsamer Arbeit beruhenden Gewerkschaftsverband, ohne jeden sichtbaren Vorteil, einfach auseinanderreiben. Hier ist die Engelssche Mahnung noch immer am Platz:

»Es ist bedeutend wichtiger, daß die Bewegung sich ausbreite, harmonisch vorangehe, Wurzel fasse und so viel wie möglich das ganze amerikanische Proletariat umfasse, als daß sie von vornherein auf theoretisch vollständig korrekter Bahn vorschreite.«

Etwas anderes wäre es, wenn die vorgeschützte Nichtparteilichkeit zwar in einer nachsichtigen Duldung von demokratischen und republikanischen Neigungen, andererseits dagegen in einer ausgesprochenen wirklichen Kampfstellung gegen jede Neigung zur Sozialdemokratie zum Ausdruck käme. Dies ist jedoch, wie Legien betont, grundsätzlich keineswegs der Fall. Höchstens in der Hitze des Gefechts sind schärfere Kampfansagen laut geworden, die wie prinzipielle Verwahrungen klingen. Tatsächlich sind Einzelgewerkschaften und große Berufsverbände mit ganz sozialistischer Plattform in der Federation vertreten und sogar sehr eifrig tätig. Einzelne hatten sich verleiten lassen vorübergehend auszuscheiden; sie haben sich

Es ist ein alter Vorgang in der wirtschaftlichen und kulturellen Geschichte der Juden, der sich überall und immer von neuem abspielt. Nur die Art und Weise ist verschieden, und darin haben eben die Polen eine bemerkenswerte *Originalität* an den Tag gelegt. In dem Augenblick, in dem der werdende polnische Mittelstand anfängt die Juden als störenden Fremdkörper zu empfinden, verlangt man von ihnen, daß sie sich völlig mit den Polen assimilieren sollen. Die jüdische Oberschicht erklärt sich sofort dazu bereit und gibt sogar ein heiliges Versprechen ab, im Namen aller *Polen mosaischer Konfession*. Bald aber erwies es sich als Utopie, daß das Judentum im Polentum aufgehen könnte. Im Gegenteil, gerade mit dem Erwachen der breiten Massen und insbesondere mit der Entstehung der Arbeiterschaft beginnt das polnische Judentum seine alten Kulturgüter zu sichten und zu sammeln. Die Revolutionszeit hat den Polen unzweideutig bewiesen, daß die Vorherrschaft der assimilationslustigen Oberschicht des Judentums eine Einbildung ist. Jene Erklärungen der Todesbereitschaft des Judentums, denen dieser nationale Tod nicht folgte, haben nur zur Verschärfung des Konflikts beigetragen. Von nun an war der offene Feldzug gegen die angebliche jüdische Gefahr unvermeidlich. Ungeduldig erwartete man einen Anlaß zur Kriegserklärung. Und mit provokatorischer Schlaueit wurde bald die *jüdische Provokation* inszeniert: Die jüdischen Wahlmänner in Warschau, die bei der Wahl zur vierten Duma die absolute Majorität hatten, weigerten sich den offen antisemitischen Kandidaten Kucharszewski als ihren Vertreter in die Duma zu entsenden. Sie gingen gleichwohl in ihrer Nachgiebigkeit so weit, daß sie im 1. Wahlgang für einen weniger aggressiven Antisemiten aus dem Lager Kucharszewskis stimmten, der aber nicht gewählt wurde. Danach stimmten sie, nicht etwa für einen Juden, nein, für den polnischen Sozialisten Jagello. Da ging durch das gesamte bürgerliche Polen der heuchlerische Entrüstungsschrei, der wohl vorbereitet worden war: Die Juden wollen Polen erobern. Hinaus mit den Juden! Die Maske des ritterlichen Polen wurde fortgeschleudert, und nun steht vor aller Augen mit haßverzerrtem Antlitz der kleinlich grimmige polnische Händler, der wütend und brutal gegen alles loszieht, was seinem Interesse im Weg steht; natürlich unter dem Banner des Fortschritts und der Kultur. Die Juden haben seit 600 Jahren an Polen mitgebaut? Den polnischen Handel geschaffen? Der polnischen Industrie den ganzen russischen Markt erschlossen? Was geht das uns an! Sie sind gefährliche Konkurrenten, also müssen sie boykottiert werden. Polonisiert den Handel, den Kredit, die Industrie! Der Futterneid ist die Haupttriebfeder des Judenboykotts in Polen.

Die Polen wollen aus ihren eigenen Reihen einen Mittelstand heranbilden. Niemand wird daran etwas auszusetzen haben. Schafft neue ökonomische Positionen, entwickelt die wirtschaftliche Kultur des Landes und seine Produktivkräfte, sucht durch Bildung, Organisation und Unternehmungsgeist eurem Lehrmeister, dem jüdischen Mittelstand, den Rang abzulaufen! Dazu ist aber das polnische Bürgertum viel zu träge, zu geistesarm und zu unternehmungsfaul. Man zieht es vor bei dem ersten besten äußern Anlaß den Weg zu gehen, auf dem am wenigsten Widerstand zu erwarten war: Man vertreibt die Juden einfach aus den Positionen, die sie sich seit Jahrhunderten errungen hatten; man proklamiert einen *grandiosen unblutigen Pogrom*. Nicht Eigenes bauen sondern Fremdes zerstören: das ist jetzt die Losung des polnischen Bürgertums. Und diese Nation, die so, nicht durch

eigene Leistungen sondern durch einen chauvinistischen Raubzug, andere aus ihren wohlverworbenen Positionen brutal vertreibt, wehklagt über die Germanisierung der deutschen Ostmarken durch die innere Kolonisation, die doch nicht nur nationalen Kampfescharakter hat sondern daneben und darüber dem Ganzen der Volkswirtschaft neue produktive Werte schafft. In Posen: heilige Entrüstung über nationale Unterdrückung; in Russisch Polen: wilde Hetzrufe gegen ein unterdrücktes Volk; diesen Januskopf zeigt das Polentum dem übrigen Europa. Und mit welchen Mitteln arbeitet es, wo es die Macht hat: Wandernde Boykottagitatoren durchziehen das Land, Pogromdrohungen, direkte Mißhandlungen, ja Brandstiftungen sind an der Tagesordnung.¹⁾ Durch diese barbarischen Kampfmethoden, durch die Ablehnung des Prinzips der Gleichberechtigung und des freien Wettbewerbs gewinnt die Boykottbewegung in Polen einen ausgesprochen hysterischen Charakter. In dieser Atmosphäre kochenden Hasses kann heute in Polen keine Idee auf eine günstige Aufnahme rechnen, die nicht antisemitisch gefärbt ist. Das Wesensverschiedene wird dabei in einen Sack getan, das Zusammengehörige getrennt. Alles ist heute in Polen antisemitisch: Freidenkertum und Klerikalismus, Radikalismus und Feudalismus, Liberalismus und Konservatismus, Feminismus, Nationalismus, ja sogar Genossenschafts- und Kulturbewegung.

Unbestritten gebührt den Polen die Urheberschaft des sogenannten progressiven Antisemitismus oder humanen Kannibalismus und des klerikal-chauvinistischen Kooperatismus. Die Genossenschaft, einen der wirksamsten Faktoren der Solidarisierung in unserer Zeit, haben sie zu einem Werkzeug der Zwietracht und des Menschenhasses umgewandelt. Die gesamte polnische Genossenschaftsbewegung steht gegenwärtig unter klerikal-chauvinistischer Führung.²⁾ Von den 922 Konsumgenossenschaften des Jahres 1912 in Russisch Polen waren nur 35 Arbeitergenossenschaften, darunter hatten 27 ausgesprochen antisemitische Tendenz. Also im ganzen blieben kaum 10 moderne Genossenschaften. Ein großer Teil der polnischen Kreditgenossenschaften nimmt überhaupt keine Juden auf, die anderen beschränken deren Aufnahme auf einen bestimmten Prozentsatz der Mitgliedschaft. Vor kurzem verlangten die Polen von der russischen Regierung eine gesetzliche Beschränkung der Mitgliedschaft der Juden in der städtischen Kreditgesellschaft zu Warschau. Nur durch den reaktionären Charakter der jetzigen polnischen Genossenschaft wurde das ökonomisch widernatürliche Bündnis des polnischen Konsumenten mit dem kleinen und mittlern Händlertum ermöglicht. Ausschlaggebend wirkt hier nicht das Interesse der Gesamtheit sondern das Streben des polnischen Kleinbürgers die Funktionen, die bisher von Juden geübt wurden, an sich zu reißen. Diese innerlich widerspruchsvollen Gebilde können aber unmöglich auf dauernden Erfolg rechnen; denn gleichzeitig wird eine Unzahl neuer, *nationaler* Kramläden errichtet, die das eigentliche Endziel der Bewegung bilden und die dann zu den eigentlichen Hemmnissen der modernen Genossenschaftsidee werden. Fortschritt und Solidarität sind hier eben bloß Masken für die eigensüchtige Politik einer

¹⁾ Ein Beispiel für viele: Im Dorf Pontnew ist eine jüdische Familie von 8 Personen im Feuer umgekommen. Denn Fensterläden und Türen waren von außen festgenagelt, das Feuer an allen Ecken des Hauses angelegt worden. Das ganze Dorf sah dies mit an, und keiner rührte sich, um zu helfen. In einem andern Ort ist eine wohlorganisierte Bande jugendlicher Brandstifter tätig.

²⁾ Siehe auch Bernhard Die Polenfrage / Leipzig 1910 /, pag. 248 f.

Schicht, die nicht neue Gebilde schaffen, sondern nur das von anderen Geschaffene sich selbst zuführen will.

Auf dem Gebiet der Mittelstandsbewegung hat der Boykott im wesentlichen schon bestehende soziale Konflikte bis zur äußersten Schärfe getrieben. Die Boykottbewegung ist aber weit über den Rahmen dieser ursprünglichen Konflikte hinausgegangen und hat auf politischem und gesellschaftlich-kulturellem Boden den Charakter eines nationalpolnischen Feldzugs gegen das gesamte Judentum angenommen.

In der Politik führte der Boykott einen starken Umschwung unter dem gesamten polnischen Bürgertum herbei. Bisher waren die Polen stets und überall die natürlichen Bundesgenossen der allrussischen Opposition. Jetzt aber sind sie offen und auf der ganzen Linie auf die Seite der Reaktion übergegangen. Die Unterdrückten haben sich als rücksichtslose Unterdrücker entpuppt. Die Polen haben nunmehr klar bewiesen, daß ihre oft gerühmte Freiheitsliebe stets eigennützig war, daß sie sie auf fremde Kosten befriedigen wollten. Sie verlangen Freiheit und Autonomie, und gleichzeitig führen sie bei sich überall Freiheitsbeschränkungen ein. Sie scheuen sich nicht die Faust zu küssen, die gestern ohne Federlesen das Cholmgebiet von Polen abgerissen hat, wenn sie sich nunmehr dieser Faust gegen die Juden bedienen können. Auf Grund zahlreicher Gemeindebeschlüsse und kollektiver Denunziationen in Petersburg werden die Juden tagtäglich massenweise aus den polnischen Gemeinden ausgewiesen. Dabei muß die russische Bürokratie oft den Übereifer der polnischen *Freiheitskämpfer* dämpfen. Mit zynischer Offenheit befürworten diese in der Duma die weitestgehenden Beschränkungen der jüdischen Rechte in der Selbstverwaltung der polnischen Städte, an deren Ausbau und Aufschwung die Juden den tätigsten Anteil genommen haben. Und die Reichsduma hat auch die Juden den Polen ausgeliefert, und die Rechtsbeschränkungen sanktioniert. Der Reichsrat tat desgleichen. Nur erteilte er gleichzeitig den Polen eine politische Lektion von echt mephistophelischem Sarkasmus, indem er bei dieser Gelegenheit in den Körperschaften der polnischen Selbstverwaltung den Gebrauch der polnischen Sprache kurzweg verbot. Ihr wollt die Juden verzehren, und wir euch: Was konntet die Polen auf diese unwiderstehliche Logik erwidern? Die Herren Dmowski und Konsorten erklären ja tagtäglich, Toleranz und Gleichberechtigung seien platte Sentimentalitäten »sozialistischer Narren«, die Macht sei das Wesen der Dinge. Zweifellos wurde den Polen diese politische Weisheit von den Kosaken beigebracht, und in mancher Hinsicht versprechen sie sogar ihre Lehrmeister zu übertrumpfen.

Auch auf gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet hat der Boykott Erscheinungen zutage gefördert, die eine ungeheure Sittenverrohung im heutigen Polen bezeugen. Polnische Schulen weigern sich jüdische Kinder aufzunehmen. Diese werden in den Schulen oft mißhandelt. Polnische Ärzte lehnen es ab jüdische Patienten zu empfangen und befürworten den Boykott ihrer jüdischen Kollegen. Radikale Freidenker à la Niemojewski veröffentlichten Artikel über den Judentum, die direkt dem Arsenal der russischen Pogromhetzer entnommen sind. Während des Beilisprozesses war es in der ganzen Kulturwelt vielleicht einzig die polnische Presse, die offen oder versteckt über diese Kulturschmach frohlockte. Der Verband für Gleichberechtigung (!) der Frauen sowie die allgemeine Konferenz polnischer Frauen in

Krakau faßten einen frauenrechtlerischen Beschluß eigener Art: nämlich am Boykott energisch teilzunehmen. Die kulturelle Hochburg des polnischen Radikalismus, der Verband Kultura Polska, relegierte aus seiner Mitte sämtliche »nicht echt polnischen« Elemente. Und als die sozialistischen Sektionen des Verbands dagegen protestierten, ertönte der allgemeine Ruf: Juden und Sozialisten hinaus! Wiederum war es die russische Bureaukratie, die dem Polentum eine harte Lektion in nationaler Toleranz gab. Sie benutzte den innern Zwiespalt in der Kultura Polska, um diese wegen *Politiktreibens* gänzlich aufzuheben.

Wir sehen also den Adel, den Mittelstand, das Kleinbürgertum, die Bauernschaft, die Geistlichkeit, die Intellektuellen, die Frauen im Boykottfeldzug einträchtig einhermarschieren, ein ungeheures Maß von Elend und Unterdrückung anhäufen, von dem man sich außerhalb Polens schwer einen Begriff machen kann, und das jeden menschlich Fühlenden tief ergreifen muß. Leider fehlt es aber selbst nicht an Beispielen, daß sich auch die nichtorganisierte Arbeiterschaft aktiv daran beteiligte. So sind in mehreren Orten (Lodz, Pabianitz) polnische Boykottstreiks wegen Aufnahme jüdischer Arbeiter in die Fabriken ausgebrochen. Und während die organisierte Arbeiterschaft in Petersburg energisch hiergegen protestierte, blieb man in Warschau recht kühl. Eine Gruppe polnischer Arbeiter antwortete sogar auf die Protestkundgebungen aus Petersburg: sie werde auch fernerhin bestrebt sein die Juden aus den Fabriken und Werkstätten hinauszudrängen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in dieser Boykottseuche nun auch die schon früher in der polnischen Arbeiterschaft stark verbreitete Auffassung der *nationalen Abstufung* in der proletarischen Arbeitsteilung einen günstigen Nährboden gefunden hat. Nach dieser Auffassung, die schon oft zu Boykottstreiks polnischer Arbeiter geführt hat, sollen sich die jüdischen Arbeiter wohl an der manuellen Hausindustrie, nicht aber an der maschinellen Fabrikindustrie beteiligen dürfen. Und es muß hier offen gesagt werden: Die organisierte polnische Arbeiterschaft hat es bisher unterlassen gegen alle diese traurigen Erscheinungen innerhalb der polnischen Gesellschaft überhaupt und der Arbeiterschaft im besondern Stellung zu nehmen.³⁾


Abgesehen von der prinzipiellen und humanitären Seite der Frage bedeutet diese Passivität aber auch ein gründliches Verkennen der realen Tatsachen. Denn am schwersten trifft der Boykott in seinem Endeffekt vielleicht die Arbeiterschaft. Wenn jüdische Fabriken ihre Produktion einschränken oder gar einstellen müssen, wenn eine Reihe von industriellen und Handelsunternehmungen zugrunde geht, wenn Polen blindlings in die Arme der russischen Reaktion getrieben wird, so werden dadurch vor allem auch die unmittelbaren wie die historischen Interessen der gesamten Arbeiterschaft schwer geschädigt. Es ist unmöglich gegenwärtig die direkten und indirekten Folgen der Boykotthetze zu überblicken. Eins aber ist bereits klar: Sämtliche Gruppen des Judentums werden stark durch sie leiden; nützen wird sie dagegen nur einer winzigen bürgerlichen Clique und höchstens noch dem tertius gaudens: dem russischen Despotismus. Sogar der polnische Mittelstand als Gesamtheit wird durch diese Art (nicht gesunden sondern hypertrophischen) Protektionismus im letzten Grunde nicht gestärkt

³⁾ Nur in Preußen haben die polnischen Sozialisten eine gegen den Boykott gerichtete Protestresolution angenommen.

sondern demoralisiert und in seiner fernern Entwicklung gelähmt. Der Kredit wird eher ruiniert als nationalisiert. Die Genossenschaftsbewegung wird auf gefährliche Irrwege geleitet. Die Legende vom freiheitstrebenden Rittervolk ist jäh zerstört, den traditionellen Sympathien der internationalen Demokratie für die Polen ist der Boden entzogen. Wie dürfte sich nun das Polentum auf das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationen nach außen berufen, wenn es diesen Grundsatz nach innen nicht anerkennt? Und wie sollten gar die Juden es über sich gewinnen mit der gleichen Energie wie bisher für die Autonomie Polens einzutreten, wenn sie klar erkennen, daß diese Autonomie ihnen selber den völligen Ruin bringt? Finden doch die extremen boykottistischen Pläne heute einen starken Widerstand einzig und allein in — Petersburg.

Unter dem direkten Einfluß des Boykotts ist schon heute eine bedeutende Steigerung der jüdischen und insbesondere der jüdisch-proletarischen Auswanderung aus Polen zu verzeichnen. Die jüdischen Massen werden Wege suchen müssen sich in der neu geschaffenen Situation zurechtzufinden, und sie werden sie finden, weil die unmittelbare Lebensnot ihnen den Weg zeigt. In Frage kommt hier in erster Reihe Kooperation aller Art und Hebung der wirtschaftlichen Kultur und Technik. Die Polen aber werden die Dinge vielleicht im richtigen Licht erblicken, wenn sie beim nächsten Appell an die internationale Demokratie aufgefordert werden erst im eigenen Haus die Grundprinzipien der modernen Gesittung zu achten und zu befolgen.

XX BRUNO TAUT · DAS PROBLEM DES OPERNBAUS

ÜR jeden Architekten hat die Aufgabe als solche etwas kolossal Verlockendes: gemeinsamer Kunstgenuß vieler festlich gestimmter Menschen als Rahmen und Niveau einer großartigen Repräsentation höfischen Gepräges. Hierfür den passenden Bauorganismus zu schaffen erschien uns allen als eine köstliche Aufgabe. Woran liegt es aber, daß die Berliner Opernhausangelegenheit so viel Peinliches, für alle Teile Verstimmendes bekommen hat: ein Eindruck, der nicht auf die Mitarbeitenden beschränkt bleibt, der sich gerade auch den erwartungsvoll zuschauenden Architekten mitgeteilt hat? Die dreimaligen Wettbewerbe mit ihren Opfern an Energie und Phantasie (besonders der allgemeine ohne jede Preisverteilung), die zahllosen Resolutionen und Kundgebungen für und wider, alle Begeisterung und Kampfesfreude, alles scheint zur Klärung des Problems umsonst vertan. Die allgemeine Verworrenheit der Anschauungen über die Opernhauslösung ist heute eine vollendete.

Wir haben keinen Architekten, der uns die Lösung bescheren kann: So hört und liest man. Das ist immer wahr, solange die Zeit, das heißt das Gros ihrer Menschen keine ausgesprochene Tendenz zu irgendeiner Lösung hin hat. Wie soll sich da auch eine solche ergeben, die als reines und treues Abbild ihrer Zeit dasteht! Worin liegen denn die besonderen Voraussetzungen, die dieser Aufgabe durch die Zeit gestellt werden? Modernes Kaisertum, Kastenwesen und Volkstum: diese drei Begriffe sollen gleichzeitig verkörpert werden. Das ginge, wenn die Zeitvorstellungen es nicht verbieten würden diese drei Begriffe ganz klar herauszuschälen. Man fürchtet dann wieder, irgendwelche Härten möchten sich zeigen. Heiterer Kunstgenuß

soll geboten werden, und doch soll der Mann des 3. Ranges nicht in das selbe Vestibül wie der des 1. Ranges. Die Kaiserloge soll inmitten des Publikums liegen, ebenso der dazu gehörige Salon mitten in der Haupttreppenhalle, damit hier von dem Balkon aus der Kaiser mit dem Publikum in Konnex treten kann. Aber nur ja nicht mit den Besuchern der oberen Ränge. Trotzdem soll das Ganze seiner Bestimmung nach ein Massenfesthaus mit 2500 Plätzen sein. Damit will nicht gesagt werden, daß eine große Oper für Fürsten und Volk eine unlösbare Aufgabe sei. Wie es früher möglich war (Paris, Wien, Dresden, Alt Berlin), so müßte es auch heute sein — wenn nicht die Unklarheit der Zeitverhältnisse eine Formung dieser Dinge ausschließen würde.

Wir k ö n n e n keinen Architekten haben, der uns die Lösung beschert: Vielleicht müßte es nun so heißen. Wenn aber ein Architekt doch den Mut hat sich über das Kleinliche des *Zeitgemäßen* hinwegzusetzen und das Wesentliche in bedeutungsvoller Form zu geben, wird eine so geartete Zeit dann dieses eigene Kind begreifen? Nach der dritten allgemeinen Konkurrenz um das Opernhaus wurde das Resultat festgestellt: kein Entwurf hat das erlösende Wort gesprochen. Und doch gab es einen, nur ganz wenig anerkannten, der sich von allen übrigen abhob. Es war die Arbeit des Architekten Hans Poelzig (Breslau), die als einzige die Freiheit von aller säulendekorativen Architektur zeigte und wirklich einen Klang gab. Im Äußern ein unvergeßlicher Aufbau, bei dem die Steigerungsmöglichkeiten, die der Bühnenaufbau dem modernen Theater geben kann, wirklich begriffen waren; im Innern ein fest geschlossenes Grundrißgefüge, das allerdings unseren allzu peniblen Zeitbegriffen dadurch unbequem war, daß die Leute aller Ränge in ein Vestibül gehen, und alle den Kaiser in der Haupthalle sehen konnten, der darin als Fürst unter dem Volk erscheint. Die Gesamtheit hat diesen Entwurf nicht in der Weise entgegengenommen, wie man ein kostbares Geschenk zu empfangen hat. So kann man schließlich sagen: Nicht die architektonische Produktion unserer Zeit ist schwach, sondern die empfangende Zeit selbst.

Das Widerstrebende in den Zeitverhältnissen spiegelt sich deutlich in unserm Ringen um eine neue Architektur wider. Wenn wir bei allen Schichten unserer Zivilisation das produktive, vorwärtstrebende Element in der Verwirklichung des sozialen Gedankens sehen dürfen, in der Unterordnung des Individuums unter eine große Allgemeinheit, woraus wieder eine neuartige Steigerung des individuellen Bewußtseins hervorgehen soll (Walt Whitman), so finden wir bei der Architektur das Analoge in der Tendenz zum organischen Gestalten eines Gebäudes. Den Bau zu einem lebendigen Organismus zu machen, zu allererst seine funktionellen und konstruktiven Voraussetzungen zu erkennen und daraus in notwendiger Konsequenz und Unterordnung des eigenen Individuums wie von selbst die passende Form entstehen zu lassen, die gleichsam atmet und lebt: das ist das Ziel. Es zeigt den allein gangbaren Weg, der jenseits der bisherigen Ästhetik, sei es der des Raumes oder der plastisch-baulichen Form, uns zur künstlerischen Bewältigung der vielen neuen Probleme unserer Zeit führen kann. Dieser Weg, auf dem Poelzigs Entwurf sich befindet, steht im bestimmtesten Gegensatz zu der konventionellen Architekturauffassung, die sich auf Palladio stützen will und durch seine Schaffensweise besonders klar verkörpert

worden ist. Palladio forderte ausdrücklich: Der Beschauer soll nur die Teile meines Hauses auf sich wirken lassen, die ich besonders heraushebe. Daher bei ihm die Betonung dieser Teile durch festliche Säulenstellungen, während das übrige ganz schlicht blieb. Da es nun nicht möglich ist einfach ein historischer Mensch statt eines modernen je nach Willkür zu sein, so ergeben sich die Zwittergebilde, denen wir eben auch im Opernhausfall bis zuletzt begegnet sind: Das unweigerliche Gebot unseres Seins fordert die organische Gestaltung, vom Traditionellen in der erwähnten Form kann man nicht weg; und so kommt es dann, daß Säulenstellungen und festliche Fassadensysteme mit organischen Zwecken verquickt und dazu degradiert werden sich um den Bau, um seine Seiten- und Hinterfronten, um Bühnenhaus und Magazine herumzuziehen, überall da, wo nichts Festliches zu sagen ist.

So muß jede Grazie verloren gehen, die die alten Bauten mit den gleichen äußeren Formen erreicht haben: eben weil wir diese Art Grazie nicht in uns tragen. Es bleibt jene aus den unzähligen Schöpfungen der letzten Zeit bekannte Trockenheit und Nüchternheit, die infolge der einmal begangenen Inkonzsequenz zu schwach ist die formbildenden Voraussetzungen unserer eigenen Tage zu begreifen. Das Verdeckenwollen des Bühnenaufbaus ist hierfür das Typische bei vielen Opernhausprojekten. Unwillkürlich regt sich der praktische Sinn des modernen Menschen, der sich den Mehraufwand, der durch das Vorziehen der Bühnenhaushöhe über das Zuschauerhaus entsteht, mit $1\frac{1}{2}$ Millionen ausrechnet und sich fragt, welche sozialen Wünsche sich mit diesem in unorganischer Architektur verlorenen Geld erfüllen ließen.

Jede Epoche bringt ihre typischen Bauaufgaben hervor, die den keimtragenden Zeitgedanken entsprechen und das Neue in der Architektur schaffen. Als typische Idee unserer Tage, als die Idee, die von jedermann heute mitempfunden wird, wird man den sozialen Gedanken ansehen müssen. Nicht die Hofoper können uns die neue Architektur beschermen, sondern die Volksbühnen, die neuen Gartenstädte und alle die aus sozialem Idealismus hervorgehenden Bauwerke.

Klarheit und Konsequenz der Begriffe sind die einfachsten Voraussetzungen des architektonischen Ausdrucks. Verschwommenes, Labiles kann sich nicht in großartigen Architekturgebilden krystallisieren. Der aufs Organische gerichtete Weg des Architekten, dessen Parallelen man in den neuen Bestrebungen alles heutigen Kunstschaffens findet, kann ohne Klarheit gar nicht begangen werden: mit ein Beweis für seine Richtigkeit.

XX
**HANS FEHLINGER · DIE WIRTSCHAFTLICHE
 STRUKTUR BRITISCH INDIENS**



ON den Ländern Asiens ist wohl, nächst Japan, das britisch-indische Reich im allgemeinen wirtschaftlich am weitesten entwickelt. Doch bestehen innerhalb Britisch Indiens von einander weit verschiedene Wirtschaftsformen. Man kann sich kaum größere Gegensätze denken als die Wirtschaftsverhältnisse in den Wüsteneien Belutschistans, in den fruchtbaren Ebenen des Gangestals und

in den urwaldbedeckten, dumpfig heißen Berglandschaften Birmas. Eines aber ist ganz Indien gemein: Überall lebt die Mehrzahl der Bevölkerung von der Landwirtschaft, hauptsächlich vom Acker- und Gartenbau, da dem Konsum animalischer Nahrungsmittel und damit der Ausbreitung der Viehzucht, namentlich im Bereich des hindostanischen Kulturkreises, religiöse Bedenken entgegenstehen.

Fast drei Viertel der Bevölkerung Britisch Indiens finden ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung geht nur in wenigen Provinzen unter zwei Drittel herab. In den Eingeborenstaaten ist das Vorwiegen der Landwirtschaft etwas weniger bedeutend, doch ist sie auch dort der weitaus wichtigste Erwerbszweig. In dem trockenen Westen und Norden Indiens ist die künstliche Bewässerung die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion. Doch sind gerade in diesen Teilen des Reichs die Erträge der Bodenkultur am beständigsten, während auf der vorderindischen Halbinsel selbst alles vom richtigen Eintritt des Regens abhängt. Der Bau künstlicher Bewässerungsanlagen macht rasche Fortschritte. Das künstlich bewässerte Gebiet umfaßte 1901 18 900 000 Acres, 1911 jedoch schon 22 500 000 Acres. Ein noch bedeutender Fortschritt wird für die Zukunft erwartet. Fast fertiggestellt ist der große Tripelkanal im Pandschab, durch den 2 Millionen Acres bewässert werden.

Von den 313,5 Millionen Einwohnern Britisch Indiens, deren Unterhaltsmittel bei Gelegenheit der jüngsten Volkszählung vom 10. März 1911 festgestellt werden konnten,¹⁾ lebten 224 696 000 von der Landwirtschaft; sie bildeten 71,7 % der Bevölkerung. Durch Jagd und Fischerei wurde für 1 855 000 Personen (0,6 %) der Unterhalt beschafft, vom Bergbau, Steinbruchbetrieb usw. lebten 530 000 Personen (0,2 %), von der Industrie 35 323 000 (11,3 %), vom Transportwesen 5 029 000 (1,6 %), vom Handel 17 839 000 (5,7 %), vom öffentlichen Dienst 5 047 000 (1,6 %), von den freien Berufen 5 325 000 (1,7 %) und von anderen Berufen 17 287 000 (5,7 %). In diesen Zahlen sind erwerbstätige wie versorgte Personen einbezogen: die 148 885 000 Erwerbstätigen verteilten sich wie folgt: Landwirtschaft 105 335 000 (70,7 %), Jagd und Fischerei 865 000 (0,6 %), Bergbau usw. 308 000 (0,2 %), Industrie 17 515 000 (11,8 %), Transportwesen 2 395 000 (1,6 %), Handel 8 101 000 (5,4 %), öffentlicher Dienst 2 040 000 (1,4 %), freie Berufe 2 254 000 (1,5 %), andere und ungenau bezeichnete Berufe 9 865 000 (6,8 %). Die soziale Gliederung der Erwerbstätigen wurde bei der Volkszählung nicht in allen Berufsklassen festgestellt. Nur für die im gewöhnlichen Ackerbau (Agrikultur ohne die Abteilungen Spezialpflanzungen von Tee, Kaffee usw., Gartenbau, Forstwirtschaft) erwerbstätigen 100 139 000 Personen liegen Angaben darüber vor. Von ihnen waren selbständige Bauern und Grundbesitzer 73 941 000, Beamte 319 000, landwirtschaftliche Arbeiter 25 879 000. Die Selbständigen bilden nahezu drei Viertel der im gewöhnlichen Ackerbau tätigen Personen.

In den 10 Jahren von 1901 bis 1911 nahm die von den verschiedenen Zweigen der Urproduktion lebende Bevölkerung um 14,8 % zu, während die industrielle Bevölkerung um 0,7 % und die handeltreibende Bevölkerung so-

¹⁾ Die Gesamtbevölkerung Indiens im Jahr 1911 betrug 315,2 Millionen; in Gebieten mit 1,7 Millionen Einwohnern wurden die Berufe nicht ermittelt.

gar um 3,3 % abnahm; dagegen ergab sich bei der vom Transportwesen und Nachrichtendienst lebenden Bevölkerung eine Zunahme um 29,4 %, was hauptsächlich auf die Ausgestaltung des Eisenbahn-, Telegraphen- und Telefonnetzes zurückzuführen ist. In der Hauptberufsklasse Öffentlicher Dienst und freie Berufe trat bei der Polizei und Armee eine Zunahme, bei der Marine und beim sonstigen Verwaltungsdienst eine Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen und ihrer Angehörigen ein, während die freien Berufe eine sehr bedeutende Zunahme zu verzeichnen hatten (13 %). Die Klasse Andere und ungenau bezeichnete Berufe verringerte sich um mehr als ein Drittel. Dies ist in erster Linie die Folge davon, daß 1911 nur bei halb so viel Personen wie 1901 die Berufszugehörigkeit nicht genau ermittelt werden konnte. Ferner wurde im Lauf der 10 Jahre eine starke Verminderung der von kriminellen Berufen lebenden Bevölkerung erzielt, wozu die vielen Landstreicher, Diebe, Prostituierten, Zuhälter usw. gehören. Dieses Bevölkerungselement umfaßte 1911 immerhin noch die staatliche Zahl von 3 319 000 Personen, und zwar 1 178 000 männliche sowie 769 000 weibliche Erwerbstätige und 1 372 000 Angehörige.

Eine sehr auffällige Tatsache, die die Statistik zeigt, ist die Zunahme der landwirtschaftlichen und die Abnahme der industriellen Bevölkerung. Auf den ersten Blick scheint es, als stünde dies nicht im Einklang mit der Entwicklung vom hauswirtschaftlichen zum kapitalistischen Betrieb, die sich zweifellos auch in Indien vollzieht. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so, daß der fabrikmäßige Betrieb, wenn auch langsam, zunimmt, und daß hierdurch sowie durch die Einfuhr billiger europäischer Massenwaren das einheimische Handwerk mehr und mehr zurückgedrängt wird. Die Zahl der Arbeitskräfte, die die Ausbreitung der kapitalistischen Industrie erfordert, ist aber viel geringer als die Zahl der durch diese Industrie und den Import verdrängten Hausgewerbetreibenden; denn die kapitalistische Industrie arbeitet rationeller als die alte Hausindustrie. Die verdrängten Hausgewerbetreibenden suchen und finden ihren Unterhalt in der Landwirtschaft, deren Rentabilität infolge der in letzter Zeit erzielten besseren Preise erheblich gestiegen ist. In ganz Indien nahm die von der Landwirtschaft einschließlich der Viehzucht lebende Bevölkerung von 66,5 % auf 71,7 % der Gesamtbevölkerung zu. In den größeren Provinzen und Eingeborenstaaten gestalten sich die Veränderungen im Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung wie folgt:

Landesteil	Landwirtschaftliche Bevölkerung in %, der Gesamtbevölkerung	
	1901	1911
Agra und Oudh	66,5	73,4
Bengalen	72,4	76,3
Bihar und Orissa		80,2
Madras	70,7	70,1
Pandschab	58,0	59,9
Bombay	60,5	67,4
Zentralprovinzen und Berar	73,2	78,7
Birma	67,0	70,4
Haiderabad	48,6	61,9
Radschputana	57,9	64,8

Im Norden Indiens, namentlich in Agra und Oudh sowie im Pandschab, herrscht der Weizenbau stark vor, doch ist er auch in den Zentralprovinzen und den Staaten der zentralindischen Agentie, in Bombay usw., von großer Wichtigkeit. Weizen und Gerste sind hauptsächlich Nahrungsmittel der besser situierten Bevölkerungsklassen, während die arme Bevölkerung vorzüglich von Hirse (*Sorghum vulgare* und *Pennisetum typhoideum*) lebt.

Von den 530 000 Bewohnern Indiens, die ihren Lebensunterhalt durch Gewinnung von Mineralien usw. finden, kommen auf den Kohlenbergbau von Bihar und Orissa 127 000, von Bengalen 115 000 und auf den Kohlenbergbau der übrigen Provinzen und Staaten 27 000. Die Menge der im Jahr 1911 geförderten Kohle betrug zirka 12 Millionen Tonnen (in Großbritannien 272 Millionen Tonnen). Von 98 000 vom Erzbergbau lebenden Personen entfiel mehr als die Hälfte auf den Eingeborenensstaat Mysore und davon wiederum trafen weitaus die meisten auf die Goldminen von Kolar.

In der folgenden Tabelle wird die Verteilung der industriellen Bevölkerung im Jahr 1911 veranschaulicht:

Industriegruppe	Industrielle Bevölkerung		Personal der fabrikmäßigen Betriebe ²⁾
	überhaupt	davon erwerbstätig	
Textilindustrie	8 306 000	4 449 000	558 000
Häute- und Lederindustrie	699 000	295 000	14 000
Holzindustrie	3 800 000	1 731 000	29 000
Metallindustrie	1 861 000	737 000	71 000
Keramische Industrie	2 240 000	1 159 000	49 000
Chemische Industrie	1 242 000	630 000	46 000
Nahrungsmittelindustrie	3 712 000	2 134 000	74 000
Bekleidungsindustrie	7 751 000	3 778 000	10 000
Baugewerbe	2 062 000	962 000	22 000
Luxusindustrie	2 142 000	823 000	46 000
Industriellen der Abfallstoffe	1 389 000	796 000	—
Andere Industrien	120 000	50 000	16 000

Die obigen Zahlen beweisen klar, von welcher geringer Bedeutung die Großindustrie erst ist. Nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen, wird die Entwicklung zum Großbetrieb und die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsform überhaupt in diesem Land nur ganz langsam vor sich gehen können. Die Bevölkerung hängt zu sehr an den traditionellen Wirtschaftsformen, als daß an eine rasche Umwälzung zu denken wäre.

Der Umfang der Frauenarbeit ist im allgemeinen ziemlich groß. Von allen Erwerbstätigen waren im Jahr 1911 101 525 000 männlichen und 47 360 000 weiblichen Geschlechts. Von den erwerbstätigen weiblichen Personen trafen 33 873 000 oder 72 % auf die Landwirtschaft, 303 000 auf die übrigen Zweige der Urproduktion, 6 012 000 (13 %) auf die Industrie, 2 875 000 (6 %) auf Handel und Transportwesen, 518 000 auf den öffentlichen Dienst und die freien Berufe und 3 778 000 (8 %) auf sonstige oder ungenau bezeichnete Berufe; von den letzteren sind mehr als die Hälfte Arbeiterinnen ohne nähere Angabe. Die Frauenarbeit herrscht nur in wenigen

²⁾ Unter fabrikmäßigen werden nur die inspektionspflichtigen Betriebe mit mindestens 20 beschäftigten Personen verstanden.

Berufen vor, so zum Beispiel in der Züchtung von Vögeln, Bienen, Seidenraupen usw. (1364 weibliche auf 1000 männliche Personen), in der Seilerei (2023 : 1000), in der Wollenindustrie (1497 : 1000), in der Korbflechterei usw. (1043 : 1000), in der Reisschälerei und Müllerei (7531 : 1000), in der Getreidetrocknerei usw. (1883 : 1000), in der Haut- und Haarpflege exklusive Friseurgewerbe (2087 : 1000), im Fischhandel (1207 : 1000), im Heuhandel (1264 : 1000), im Feuerungsmaterialhandel (1806 : 1000) usw. Sehr häufig arbeitet die Frau als Gehilfin ihres Mannes. In industriellen Großbetrieben mit mindestens je 20 Personen waren neben 908 000 männlichen bloß 151 000 weibliche Personen beschäftigt. Im Nordwesten Indiens und in Bengalen, wo die Mohammedaner sehr stark vertreten sind oder vorherrschen, ist die Zahl der erwerbstätigen weiblichen Personen besonders gering. Das selbe gilt von dem südindischen Staat Myröre, wo zwar die Mohammedaner nicht zahlreich sind, die Abneigung gegen die Frauenarbeit aber aus der Zeit der mohammedanischen Herrschaft erhalten blieb. In keinem der eben erwähnten Gebiete sind mehr als 12 % der weiblichen Bevölkerung erwerbstätig, und außerhalb der Landwirtschaft kommt dort die Frauenarbeit in nennenswerter Weise nicht vor.

Im alten hinduistischen Indien bewirkte das Kastenwesen eine starre soziale Organisation, die kein Aufsteigen und Niedersinken kannte. Jede Person hatte an dem Platz zu bleiben, der ihr durch die Geburt zugewiesen war. Damit war auch die wirtschaftliche Tätigkeit eines jeden vorherbestimmt. Außerhalb des Herrschaftsbereichs des Hinduismus gab es niemals Kastenbildung, und die wirtschaftliche Entwicklung gestaltete sich auch in den nichthinduistischen Außengebieten wesentlich anders als im eigentlichen Indien. Doch selbst bei den Hindu kamen schon in der Zeit, bevor sich ein nennenswerter europäischer Einfluß geltend machte, Abweichungen von den traditionellen Berufen vor, so zwar, daß nicht jeder Brahmane Priester noch jeder Kayastha Schreiber war usw. Aber erst nach der britischen Okkupation schritt die Trennung von Kaste und Beruf rasch fort. Namentlich die Angehörigen der niederen Kasten benutzten sehr gern die durch die Ausgestaltung des Verkehrswesens, die europäische Industrie und das Plantagensystem gebotene Gelegenheit, um ihrer ererbten miserablen Stellung zu entkommen. Die Zahl der Kasten ist so groß, und die Angehörigen der Kasten verfolgen bereits so verschiedene Berufe, daß eine übersichtliche Darstellung der Beziehungen zwischen Kaste und Beruf gar nicht möglich ist. Aus der Statistik geht jedoch deutlich hervor, daß die Angehörigen der Kasten, deren traditionelle Beschäftigung die Landwirtschaft ist, selten zu einem andern Beruf übergehen. Zum Beispiel von den Kallans in Madras, den Radschbansis von Bengalen, den Dogras und Kanets des Pandschabs und von den Radschputs in Bihar sind noch mindestens 90 % hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig. Andererseits haben sich viele Angehörige nichtlandwirtschaftlicher Kasten der Landwirtschaft zugewandt. So sind in Bengalen mehr als die Hälfte der Telis, ein Drittel der Brahmanen, Dhobis, Napits und Motschis usw. Bauern. In Bihar und Orissa, der von Bengalen abgetrennten neuen Provinz, ist der Prozentsatz der ackerbauenden Brahmanen sogar noch höher; in der selben Provinz sind nahezu drei Fünftel der Barhis oder Zimmerer und drei Viertel der Dhunias oder Baumwollkreppler teils Bauern teils Feldarbeiter. Seltener als zur Landwirtschaft erfolgt der Übergang zu ge-

werblichen Betätigungen, die von gewissen Kasten als die ihrigen in Anspruch genommen werden. Bei den gewerblichen Kasten folgen nur noch ausnahmsweise mehr als drei Viertel ihrer Angehörigen dem traditionellen Beruf; die übrigen sind vorwiegend zur Landwirtschaft übergegangen. Zu den konservativsten Kasten gehören im allgemeinen die Weber, ferner gewisse in der persönlichen Dienstleistung tätige Kasten, wie Barbieri, Waschmänner, Wassermänner usw. Örtlich ist häufig der Prozentsatz der Kastenangehörigen, die dem traditionellen Beruf treu bleiben, sehr verschieden. In Bengalen ist zum Beispiel von den Tschamars und Motschis, die traditionell Gerber und Schuhmacher sind, noch ein Drittel tatsächlich bei diesem Beruf verblieben, in Baroda sogar etwa die Hälfte, in den Vereinigten Provinzen aber sind es kaum 4 %.

Das, was hier über Kaste und Beruf gesagt wurde, genügt, um zu zeigen, daß auch in Indien alte soziale Bande im Zerreißen begriffen sind, so stark sie einstmals auch waren.

XX
**HUGO POETZSCH · DIE INTERNATIONALEN VER-
 BINDUNGEN DER DEUTSCHEN ARBEITGEBER-,
 ANGESTELLTEN- UND ARBEITERVERBÄNDE**



Über die internationalen Beziehungen, die sowohl die Arbeitgeberverbände wie die Angestellten- und Arbeitervereinigungen unterhalten, gibt das reichsstatistische Amt im 9. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt eine umfassende Darstellung. Das Wort umfassend trifft allerdings nur zu, soweit die Arbeiterverbände, vor allem die freien Gewerkschaften, in Betracht kommen. Über die Arbeitgeberverbände ist das Resultat der Ermittlungen äußerst dürftig. Das ist aber nicht die Schuld des statistischen Amts, sondern die Arbeitgeberverbände haben auch hier, wie üblich, wenig Entgegenkommen gezeigt; sie lieben es ja ihre Tätigkeit mit einem möglichst undurchdringlichen Schleier zu umhüllen. Im übrigen haben wir es hier mit dem ersten Versuch zu tun die von den bezeichneten Organisationen unterhaltenen internationalen Beziehungen in ihrer geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Bedeutung zu erfassen. Dabei sind nur solche Arbeitgeberverbände in die Arbeit einbezogen worden, die mit gleichartigen Verbänden des Auslands Vereinbarungen zur Regelung der Arbeiterverhältnisse getroffen haben. Ebenso sind nur solche Angestellten- und Arbeiterverbände berücksichtigt worden, deren Abkommen mit ausländischen Organisationen darauf hinzielen auswandernden Mitgliedern die Vorteile der Organisation zu erhalten, gegebenenfalls auch bei Arbeitskämpfen sich gegenseitig zu unterstützen. Diejenigen Organisationen, die nur rein wirtschaftliche oder gewerbliche Interessen verfolgen, hat das Amt beiseite gelassen, wie die Trusts, Syndikate usw. Ferner wurde auch die syndikalistische Richtung der Gewerkschaften ausgeschaltet.

Von seiten der Arbeitgeberorganisationen ist der Abschluß internationaler Vereinbarungen, die auf die Arbeiterverhältnisse Bezug haben, erst in neuester Zeit betrieben worden, hat auch bisher, nach den eingesandten Antworten zu schließen, größeren Umfang nicht angenommen. Auch ist es nicht die Großindustrie, sondern in erster Linie das

Handwerk, das den Weg internationaler Verständigung über Arbeiterfragen beschritten hat. Die Zentralstellen der Arbeitgeberverbände haben vielmehr zu erkennen gegeben, daß sie internationale Übereinkommen nicht für zweckmäßig und wünschenswert halten. Möglich, daß für die deutschen Arbeitgeberverbände hier die Trauben zu hoch gehangen haben, daß zum Beispiel die Unternehmerverbände der englischen Schwer-, Eisen- und Metallindustrie kein Verständnis für die Unterdrückungsmaßnahmen ihrer deutschen Genossen gegenüber den Arbeitern gezeigt haben. Gegenwärtig ist wohl die stärkste internationale Verbindung die der internationalen Bauarbeitgeberunion, die 1908 in Paris gegründet wurde, und der die Bauarbeitgeberverbände von 9 Ländern angehören. Neben den Arbeitgebervereinigungen Englands, der skandinavischen Länder, Spaniens und der Vereinigten Staaten von Amerika steht aber auch der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe noch abseits. Außerdem gibt es noch internationale Vereinigungen der Edelmetallindustriellen, des Schneidergewerbes, der Maler, Gärtner und der Reeder. Neuerdings werden auch in der Metallindustrie internationale Beziehungen angebahnt.

Die Angestelltenverbände sind bis jetzt erst vereinzelt dazu gelangt sich mit gleichartigen Organisationen im Ausland zu verständigen. Soweit Abmachungen bestehen, beziehen sie sich fast immer nur auf Gewährung von Rechtsschutz und die Berechtigung zur Benutzung der Stellenvermittlung. Am häufigsten sind internationale Vereinbarungen von den Organisationen der technischen Privatangestellten abgeschlossen worden. Bei den kaufmännischen Verbänden sind sie zum Teil aus dem Grund kaum zu finden, weil hier die Entwicklung vorwiegend dahin ging eigene Mitgliedschaften im Ausland zu bilden. Die älteste, umfangreichste Verbindung besteht für Werkmeister. Der Deutsche Werkmeisterverband, der 1884 gegründet wurde und heute 10 000 Mitglieder zählt, hat mit den österreichischen Werkmeisterverbänden Abkommen getroffen, die sich auf Rechtsschutz und Unterstützungen beziehen.

Am weitesten ausgebildet aber sind die internationalen Beziehungen der freien Gewerkschaften. Außer Betracht bleiben auch hier die allgemeinen internationalen Beziehungen zwischen den Arbeiterklassen verschiedener Länder, wie sie sich auf vorwiegend politischer Grundlage geraume Zeit vor Entstehung der gewerkschaftlichen Landeszentralen gebildet hatten. So die Internationale Arbeiterassoziation, gegründet 1864, die internationalen sozialistischen Arbeiterkongresse seit 1889, das internationale sozialistische Bureau.

Die internationale Gesamtorganisation der freien Gewerkschaften besteht in Form eines internationalen Sekretariats, das 1902 in Stuttgart errichtet wurde, nachdem ein Jahr vorher, im Anschluß an einen skandinavischen Arbeiterkongreß, der erste Schritt hierzu getan war. Die Leitung dieses Sekretariats liegt bekanntlich in den Händen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Internationale sind die Leser der Sozialistischen Monatshefte ja durch 2 Artikel des internationalen Sekretärs, Carl Legien, hinreichend informiert.¹⁾ Daher hier nur eine kurze Rekapitulation. Die internationalen Beziehungen

¹⁾ Siehe Legien Die gewerkschaftliche Internationale und Die gewerkschaftliche Internationale 1910 bis 1913, in den Sozialistischen Monatsheften, 1910, 1. Band, pag. 412 ff., und in diesem Band, pag. 3 ff.

der einzelnen Verbände sind zum Teil recht alten Datums; sie reichen bei einigen bis in die sechziger und siebziger Jahre zurück. Diese früheren Versuche wurden zumeist mit untauglichen Mitteln unternommen und führten mangels hinreichender Festigkeit der dabei beteiligten Landesorganisationen zu keinen praktischen Ergebnissen. So waren zwischen den Glasarbeitern verschiedener Länder zu Anfang der achtziger Jahre internationale Verbindungen angeknüpft worden; 1886 fand dann unter Beteiligung deutscher Glasarbeiter ein internationaler Kongreß in London statt, und es wurde eine internationale Vereinigung gegründet, obwohl in Deutschland noch keine feste Landesorganisation bestand. Die deutschen Kürschner hatten es in der Zeit von 1883 bis 1885 zu Verbindungen mit dem Ausland gebracht, über die aber nichts mehr festzustellen ist. Hutarbeiterorganisationen waren anlässlich der Pariser Weltausstellung von 1878 vorübergehend mit einander in Beziehung getreten. Ferner hatten schon 1873 die Töpfer den Versuch zu einem internationalen Verband gemacht. Ebenfalls wurden in den siebziger Jahren unter den Buchdruckerorganisationen mehrerer Länder Vereinbarungen getroffen. Bereits in den sechziger Jahren war ähnliches bei den Tabakarbeitern und Handschuhmachern der Fall gewesen. Auch die Buchbinder, Xylographen und Notenstecher haben solche Versuche schon für die achtziger Jahre aufzuweisen.

Jedoch fast alle diese über die Landesgrenzen hinausgehenden Verbindungen schiefen entweder nach kurzer Zeit wieder ein oder blieben nur dem Namen nach bestehen. Sie erhielten gegenständliche Bedeutung erst später, als die Landesorganisationen eine gewisse Geschlossenheit erlangt hatten und gesetzliche Beschränkungen einem Hinausgreifen über die Landesgrenzen nicht mehr hindernd im Weg standen. Dies trat in Deutschland bekanntlich um die Jahrhundertwende ein. Zunächst hatte das Sozialistengesetz die gewerkschaftliche Betätigung unterbunden, dann hatte bis 1900 auch das in den einzelnen Bundesstaaten geltende Vereinsrecht schon der gegenseitigen Verbindung der deutschen Organisationen unter einander Schwierigkeiten geboten. Erst nach Beseitigung dieser Hemmungen konnte sich die internationale Betätigung freier entfalten.

Über die Entstehung und Ausbildung der neueren internationalen Beziehungen in den einzelnen Berufen ist zusammenfassend das folgende zu sagen: Die Anregung zum Abschluß internationaler Abmachungen ist in den meisten Fällen von deutschen Organisationen ausgegangen, die gewöhnlich zahlenmäßig die stärksten waren und demgemäß auch das meiste Interesse an Vorkehrungen hatten, die ihren Mitgliedern die Vorteile der Organisation im Ausland zu erhalten bestimmt waren. Fast alle Abkommen weisen folgende grundsätzlichen Bestandteile auf: 1. kostenfreie Aufnahme übertretender Mitglieder, 2. Gewährung von Reiseunterstützung vor dem Übertritt, 3. Anspruch auf die Unterstützungseinrichtungen der Übertrittsorganisation unter Anrechnung der bisherigen Dauer der Mitgliedschaft. Die auf diese 3 Punkte sich erstreckenden Abmachungen weichen in Einzelheiten von einander ab; im großen und ganzen aber kehren sie bei fast allen internationalen Vereinbarungen wieder. Die Frage der gemeinsamen Unterstützung bei Arbeitskämpfen ist dagegen sehr verschiedenartig gelöst worden. Sie wurde häufig, und dann fast immer von nichtdeutschen, kassenschwachen Organisationen, in den Vordergrund geschoben. Nur 4 internationale

Organisationen, die der Textilarbeiter, der Lithographen, der Steinsetzer und der Kürschner, besitzen gegenwärtig noch feste Streikkassen. In weit-aus den meisten Satzungen wird eine Unterstützung von Arbeitskämpfen nur »wenn nötig und möglich« in Aussicht gestellt; in erster Linie werden die Organisationen auf ihre eigene Leistungsfähigkeit hingewiesen. Nur die Verhinderung des Zuzugs zu Streikorten wird den Vertragsverbänden in der Regel zur Pflicht gemacht. In fast allen internationalen Organisationen überwiegt der deutsche Einfluß; alle bestehenden internationalen Sekretariate, bis auf 4 (Bergarbeiter, Handlungsgehilfen, Steinarbeiter Textilarbeiter) sind in deutschen Händen. Dieser Umstand erleichtert es den deutschen Verbänden ihre Organisationsgrundsätze auch im Ausland zur Geltung zu bringen, die Entstehung von zentralistischen Berufsverbänden mit ausgebautem Unterstützungswesen, ausreichend hohen Mitgliedsbeiträgen und entsprechend starkem finanziellen Rückgrat zu fördern. Dadurch aber wird bei Arbeitskämpfen der Inanspruchnahme gemeinsamer Hilfe, das heißt in erster Linie der deutschen Kasse, am ehesten vorgebeugt. Es ist bekannt, daß nichtsdestoweniger gerade die deutschen Gewerkschaften ihre internationale Solidarität wiederholt in der glänzendsten Weise bezeugt haben.

Unter den 46 Zentralverbänden gewerblicher Arbeiter, die gegenwärtig der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, gibt es nur 5 (Asphalteure, Buchdruckereihilfsarbeiter, Bureauangestellte, Gärtner, Zivilmusiker), für die keinerlei internationale Vereinbarungen festgelegt werden konnten. Bei allen anderen sind diese in irgendeiner Form vorhanden. Über die Ausdehnung der internationalen Vereinbarungen gibt eine Tabelle Auskunft, aus der zu ersehen ist, daß die Transportarbeiter und die Holzarbeiter mit je 19 Ländern an der Spitze stehen. Es folgen die Stein- arbeiter mit 16, die Buchbinder, Glasarbeiter, Hutarbeiter, Lithographen und Schneider mit je 15; die Metallarbeiter sind mit 14 Ländern aufgeführt. Freilich wird es bei der Beurteilung der Bedeutung dieser internationalen Vereinigungen nicht bloß auf die Zahl der beteiligten Länder ankommen; der Zusammenhang ist oft noch recht lose. Von außereuropäischen Ländern sind an internationalen Verbindungen beteiligt: die Vereinigten Staaten an 13, Brasilien, Argentinien und Australien an je 2, Mexiko an 1.

Die internationalen Beziehungen der christlichen Gewerkschaften sind bisher noch ziemlich spärlich. Zwar bestehen seit dem 1. Januar 1909 ein internationales Sekretariat in Köln, als Zentrale und Geschäftsstelle für die internationale Vereinigung der Landeszentralen, sowie eine internationale Gewerkschaftskommission. An diese sind gegenwärtig die Verbände christlicher Gewerkschaften folgender Länder angeschlossen: Deutschland, Österreich, Belgien, Holland, Schweiz, Italien und Rußland (hier lediglich die Gewerkschaft christlicher Arbeiter im Königreich Polen, in Italien die Textilarbeitergewerkschaft mit dem Sitz in Mailand). Nur 7 haben Kartellverträge mit gleichartigen Berufsverbänden abgeschlossen, nämlich die Textilarbeiter, Holzarbeiter, Lederarbeiter, Maler, Metallarbeiter, Schneider, Bauarbeiter. Über internationale Verbindungen der konfessionellen Arbeitervereine hat sich sehr wenig ermitteln lassen. Einige briefliche, gelegentliche Verbindungen zwischen den katholischen Arbeitervereinen Deutschlands und Hollands sind alles, was festgestellt werden konnte.

Auch nur wenige der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine unterhalten internationale Beziehungen. Der Gewerkverein der deutschen Metall- und Maschinenarbeiter, der bereits 1868 gegründet wurde, schloß erst im Jahr 1909 mit dem Deutschen Metallarbeiterverband in Österreich (Sitz in Gablonz) einen Gegenseitigkeitsvertrag ab. Außerdem kommen noch die Holzarbeiter, die Textilarbeiter, die Schuh- und Lederarbeiter in Betracht. Die Hirsch-Dunckerschen Bergarbeiter gehören der allgemeinen internationalen Bergarbeiterunion an.

Neben den materiellen Zielen der internationalen Beziehungen der Arbeiterverbände kommt auch ein ideeller Zweck (abgesehen von der Verwirklichung der Idee der allgemeinen internationalen Solidarität) insofern in Frage, als fast von allen internationalen Organisationen, die eine Zentralstelle in Gestalt eines Sekretariats besitzen, eine regelmäßige Berichterstattung über alle die Arbeitsfrage berührenden Angelegenheiten, in erster Linie im eigenen Beruf, dann über den Stand der Organisation, über gesetzgeberische Maßnahmen, Arbeitsverhältnisse und dergleichen gefordert wird. Vielfach dienen besondere je nach den angeschlossenen Landesorganisationen mehrsprachliche internationale Organe dazu die Kenntnis der Arbeitsverhältnisse im Ausland zu verbreiten. Einige der größten der freien Gewerkschaften haben bereits eine vorzüglich ausgebildete Verbindung mit dem Ausland geschaffen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Arbeitsbedin- Die Konsumgenossenschaft gungen erstrebt die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, die Eliminierung des Mehrwerts auf dem entgegengesetzten Weg wie die Gewerkschaft: Während diese den Lohn zu erhöhen und dadurch die Mehrwertrate zu verkleinern trachtet, sucht jene die Kaufkraft der Löhne zu erhöhen und dadurch den Arbeiter bereits abgenommenen Mehrwert ihm gewissermaßen in Form verbilligter Warenpreise wieder zuzuführen. Beide Bewegungen würden, wenn man sich ihre Tendenz einmal rein bis zum äußersten durchgeführt denkt, zu dem gleichen Endziel gelangen. Denn es ist offenbar gleichgültig, wenn die Mehrwertrate beispielsweise 100% beträgt, ob man die Löhne (bei gleichbleibenden Warenpreisen) verdoppelt, oder ob man (bei gleichbleibenden Löhnen) die Warenpreise auf die Hälfte herabdrückt, wenn dies eben beidemal auf Kosten des Unternehmergewinns geschieht. Die Konsumgenossenschaften hätten also rein theoretisch keine Ursache mit ihren Ar-

beitsbedingungen über die ihrer kapitalistischen Umwelt hinauszugehen sondern könnten sich damit begnügen das Niveau ihrer Angestellten gleichzeitig mit dem ihrer sonstigen Mitglieder auf dem oben angedeuteten Weg allmählich zu heben. Praktisch jedoch haben es die Konsumvereine stets als eine Ehrenpflicht betrachtet in ihren Betrieben möglichst mustergültige Arbeitsbedingungen durchzuführen, selbst auf die Gefahr hin dadurch eine Arbeiterelite zu schaffen, deren Existenzbedingungen die des Durchschnitts ihrer Mitglieder weit übersteigen. Diese Praxis entspringt nicht einem reinen Idealismus sondern ebensowohl der Erwägung, daß eine solche gutbezahlte und in jeder Beziehung gutgestellte Arbeitertruppe auf die Bessergestaltung der Arbeitsbedingungen überhaupt anspornend wirken muß. Die Mitglieder der Konsumvereine, die ja größtenteils selbst Arbeiter sind, bringen damit in ihrer Eigenschaft als Konsumenten ein Opfer, das ihnen in ihrer Eigenschaft als Produzenten wieder zugute kommt. Es ist auch selbstverständlich, daß schon um des guten Eindrucks nach außen willen Arbeiterbetriebe Musterbetriebe sein müssen.

Leider vergessen die Vertreter dieser gewiß sehr gesunden Anschauung in Partei- und Gewerkschaftskreisen nur allzu leicht, daß bei ihrer Durchführung auch ein wenig Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Genossenschaftsbetriebe genommen werden muß, da man ohne eine solche Rücksicht einfach den Ast absägt, auf dem man sitzt und immer höher steigen will. Die Gewohnheit bei Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern immer die Partei der Arbeiter zu nehmen führt häufig dazu auch bei Differenzen in Genossenschaftsbetrieben, ohne nähere Prüfung, sich unbedingt auf den Standpunkt der Arbeiter zu stellen und jede Forderung von vornherein als berechtigt zu erklären. Ein Teil der Arbeiterpresse hat bei den Vorgängen in den Tabakfabriken der Großeinkaufsgesellschaft im letzten Jahr eine solche intransigente Haltung eingenommen; man glaubte damals die betreffenden Angestellten gegen einen geradezu haarsträubenden Terrorismus, eine ganz ungerechtfertigte Lohnschädigung in Schutz nehmen zu müssen. Es ist daher doppelt zu begrüßen, wenn Genosse von Elm in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau eine Übersicht über die Arbeitsbedingungen in den 3 Tabakfabriken der Großeinkaufsgesellschaft gibt und ihnen einmal die Arbeitsbedingungen privater Betriebe zum Vergleich gegenüberstellt. Was die sanitären Verhältnisse in den Tabakfabriken in Hamburg, Hockenheim und Frankenberg anlangt, so sind sie, insbesondere nach den vor einiger Zeit vorgenommenen Um- und Neubauten, direkt mustergültig. Helle, luftige Arbeitsräume, Zentralheizung, Kühlanlagen für den Sommer, allen Staub beseitigende Entlüftungsanlagen, Badeeinrichtungen usw. gewährleisten die denkbar gesunden Arbeitsverhältnisse. Die Arbeiter erhalten nach 2jähriger Beschäftigung eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohns. Die vollen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung zahlt die Gesellschaft, außerdem die halben Beiträge für die der Unterstützungskasse des Zentralverbands angehörenden Angestellten in Höhe von 3% des Lohns. Ein Pensionsfonds gibt die Möglichkeit bei eintretender Invalidität die Renten auf 75% des zuletzt verdienten Lohns zu erhöhen. Die Arbeitszeit beträgt 52½ Stunden respektive 49½ Stunden wöchentlich, während beispielsweise im Mannheimer Bezirk

die durchschnittliche Arbeitszeit in der Privatindustrie 58 Stunden dauert. Dabei betrug der für das Jahr 1912 ermittelte Jahresdurchschnittsverdienst für alle beschäftigten Arbeiter (Frauen und Jugendliche mit eingerechnet) in der Hamburger Fabrik 1200, in der Frankenger Fabrik 1002 und in der Hockenheimer Fabrik 1005 Mark, während nach den Feststellungen der Tabakberufsgenossenschaft in den 3 hier in Frage kommenden Bezirken die Durchschnittslöhne in der Privatindustrie nur 922, 679 und 605 Mark im Jahr betragen hatten. Eine Übersicht über die Wochenverdienste der einzelnen Arbeiterkategorien zeigt noch größere Unterschiede. Es verdienen beispielsweise männliche Zigarrenmacher im Bezirk Mannheim in der Privatindustrie bei 53,6 bis 55 Stunden Arbeitszeit 14,76 Mark wöchentlich oder 26,5 Pfennig pro Stunde, in der Hockenheimer Fabrik der Großeinkaufsgesellschaft dagegen bei 52½stündiger Arbeitszeit 24,60 Mark oder 46,9 Pfennig pro Stunde, Wickelmacher in der Privatindustrie bei 51,2 Arbeitsstunden 9,59 Mark oder 17,4 Pfennig pro Stunde, bei der Großeinkaufsgesellschaft in 52½ Stunden 19,20 Mark oder 36,6 Pfennig pro Stunde. Weibliche Zigarrenmacher erhalten in der Privatindustrie bei 50½ Stunden Arbeitszeit 11,84 Mark oder 23,5 Pfennig pro Stunde, bei der Großeinkaufsgesellschaft bei 52½stündiger Arbeitszeit 18,80 Mark oder 35,8 Pfennig pro Stunde, weibliche Sortierer in der Privatindustrie bei 47stündiger Arbeitszeit 11,02 Mark oder 23,5 Pfennig pro Stunde, bei der Großeinkaufsgesellschaft bei 49½stündiger Arbeitszeit 22,92 Mark oder 46,3 Pfennig pro Stunde. Die Löhne sind demnach bei der Großeinkaufsgesellschaft im allgemeinen um 8 bis 10 Mark höher, und um ebensoviel differiert auch der wöchentliche Verdienst bei der Akkordarbeit. Ein Vergleich mit den Verhältnissen in der Heimindustrie ergibt noch viel krassere Unterschiede. So verdienen die von einer Hamburger Firma angestellten Heimarbeiter bei einer täglichen Arbeitszeit des Mannes und der Frau von 12 bis 16 Stunden unter Beihilfe der Kinder im Durchschnitt 1314 Mark jährlich, wovon sie noch die Miete des Arbeitsraums sowie die Kosten für Licht und Feuerung zu bestreiten haben. Die beiden Leute würden in der Großeinkaufsgesellschaft bei 9stündiger Arbeitszeit ohne Mithilfe der

Kinder in gesunden hellen Räumen 2257 Mark pro Jahr verdienen.

Genosse von Elm fügt diesen Angaben das Bedauern hinzu, daß von den 2½ Millionen deutschen Gewerkschaftsmitgliedern erst etwa 1 Million in Genossenschaften organisiert sind. Wären sämtliche Gewerkschafter zugleich Genossenschafter, so könnte der Umsatz der Konsumvereine weit größer sein und damit einer viel größeren Zahl von Arbeitern derartige vorteilhafte Arbeitsbedingungen gewährt werden.

In diesem Zusammenhang sei noch auf eine Stelle in dem Bericht des badischen Fabrikinspektors hingewiesen, die folgendermaßen eingeleitet wird: »Eine in jeder Beziehung vorbildliche Zigarrenfabrik hat die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hockenheim fertiggestellt. . . « Es folgt dann eine Schilderung der Fabrikanlage und der sanitären Einrichtungen. Die deutsche Genossenschaftsbewegung kann auf dieses Lob stolz sein.

✕ Volksfürsorge ✕

Mit der Volksfürsorge geht es in erfreulichem Tempo vorwärts. Vom 7. Juli 1913

bis zum 31. Januar 1914 waren 87 421

Versicherungsanträge mit einer Kapital-

versicherungssumme von 15 686 726 Mark

und einer Risikoversicherungssumme von

635 887 Mark zu erledigen. Dagegen

haben von den beiden zur Bekämpfung

der Volksfürsorge errichteten Konkur-

renzgesellschaften die Öffentlichrecht-

liche Versicherungsanstalt (Kapp) im

Lauf von 7 Monaten nur eine Versiche-

rungssumme von »mehr als 7 Millionen

Mark« und die Deutsche Volksversiche-

rungsaktiengesellschaft gar nur »eine

solche von 3,2 Millionen Mark zu ver-

zeichnen. Leider begnügen sich die ka-

pitalistischen Konkurrenten nicht mit

einem Kampf mit dem ehrlichen Mittel

der größeren Leistungsfähigkeit, sondern

sie greifen zu der gewöhnlichen Waffe

des Schwächern: zur Verleumdung. Der

Vorstand der Deutschen Volksversiche-

rungsaktiengesellschaft zu Berlin hat in

mehreren Flugblättern und einem Zirku-

lar an die Arbeitgeber die Behauptung

aufgestellt, daß die Volksfürsorge eine

Gründung der Sozialdemokratie sei und

daß »letzten Endes die Gelder der Ver-

sicherten dazu dienen der Umsturzpartei

einen starken Kriegsschatz für den

Kampf gegen den Gegenwartsstaat anzu-

sammeln. Die geschäftsführenden Vor-

standsmitglieder der Volksfürsorge tra-

ten zunächst an den Vorstand der Deutschen Volksversicherung mit dem Ersuchen heran die unwahre Verdächtigung zurückzuziehen und in Zukunft zu unterlassen. Nachdem diese Aufforderung vergeblich gewesen war, wurde die Klage gegen die Verbreiter der Verdächtigung auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb angestrengt. In der Verhandlung, die am 16. Februar beim Landgericht Berlin stattfand, wies der Vertreter der Klägerin, Rechtsanwalt Heine, darauf hin, daß ein solcher Vorwurf schon dadurch widerlegt werde, daß die Volksfürsorge dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstützte, und dieses natürlich die Verwendung der Gelder streng kontrolliere. Die Beklagte versuchte sich dahin auszureden, daß der beanstandete Satz keine Behauptung sondern nur eine Befürchtung ausdrücke, und suchte sich im übrigen auf den Beweis der Tatsache zurückzuziehen, daß die Volksfürsorge eben doch in naher Beziehung zur Sozialdemokratie stehe, wofür einige Artikel aus der Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse zitiert wurden, und zwar durchweg solche, die vor der Gründung der Volksfürsorge verfaßt worden sind. Obgleich die Beweisführung so fadenscheinig wie nur möglich war und auch von den Vertretern der Klägerin gründlich zerpfückt wurde, kam doch das Gericht zu dem kaum glaublichen Beschluß die Klägerin abzuweisen und sie zur Tragung der Kosten zu verurteilen. Das Urteil macht sich die eigentümliche Auffassung der Beklagten zu eigen, daß es sich bei dem inkriminierten Satz nur um eine Befürchtung für die Zukunft und nicht um die Behauptung von Tatsachen handle. Es konstatiert, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die Gelder der Versicherten in deren Interesse verwendet würden. Dafür Sorge schon die staatliche Aufsicht. Daher würde die Behauptung, wenn sie den Sinn hätte, den die Klägerin vermutet, beim Publikum schwerlich Glauben finden. Es ist allerdings eine merkwürdige Logik hieraus die Abweisung der Klage zu folgern. Im übrigen kann sich die Volksfürsorge mit den Feststellungen des Urteils durchaus zufrieden geben.

Recht lustig ist es dabei, daß die beiden Drachentöter, die die Vernichtung der Volksfürsorge sich zum Zweck gesetzt haben, sich einstweilen selbst in den Haaren liegen. Die Deutsche Volksversicherung ist über die etwas sehr robuste

Konkurrenz der Öffentlichrechtlichen empört und versuchte dieser dadurch das Handwerk zu legen, daß sie die Unterstellung der Öffentlichrechtlichen unter das Aufsichtsamt für Privatversicherung verlangte. Nachdem eine beim Reichskanzler vorgebrachte Anregung kein Entgegenkommen gefunden hatte, wandte sich die Deutsche Volksversicherung an den Reichstag, und hier wurde ihr dann die Genugtuung, daß die von ihren Vertretern eingebrachten Anträge, in denen die Reichsregierung ersucht wird die Öffentlichrechtlichen zu einem anständigen Konkurrenzkampf zu zwingen und sie unter die Aufsicht des Kaiserlichen Aufsichtsamts zu stellen, angenommen wurden.

Erwähnt sei noch, daß die Volksfürsorge seit Anfang dieses Jahres für ihre Mitarbeiter im ganzen Reich eine Monatschrift unter dem Titel Volksfürsorge herausgibt, die in den bis jetzt veröffentlichten Nummern einige recht instructive Artikel enthält. Übrigens ist die Volksfürsorge bereits in die Lage gekommen ihre erste Unterstützung an die Witwe eines Straßenbahnschaffners, der am 14. Dezember 1913 verunglückte, zu zahlen.

× Privatkapitalismus und Genossenschaft ×

Einen jedenfalls neuartigen Weg hat der Verband schweizerischer Konsumvereine eingeschlagen, um die Fleischversorgung seiner Mitglieder in die Wege zu leiten. Er hat mit der Aktiengesellschaft Bell in Basel einen Vertrag abgeschlossen, wonach dieser Gesellschaft die Fleischlieferung an die Verbandsvereine, soweit diese nicht bereits vom Baseler Allgemeinen Konsumverein in die Hand genommen ist, übertragen wird. Die Aktiengesellschaft Bell dürfte das größte Schlächtereunternehmen auf dem Kontinent sein. Sie erzielte im Jahr 1912 einen Umsatz von 20 Millionen Franken und beschäftigte dabei ein Personal von über 800 Köpfen. Sie schlachtete in dem genannten Jahr nicht weniger als 90 000 Stück Vieh, das sie auf verschiedenen europäischen Märkten zusammenkaufte. Ihr Absatzgebiet ist die ganze Schweiz. Von ihren 125 Verkaufsstellen sind nur 23 in Basel, die übrigen befinden sich in den verschiedenen größeren Städten, wohin die Gesellschaft ihre Fleisch- und Wurstwaren in gut eingerichteten Kühlwagen schickt. Mit ihren guten Waren und bil-

ligen Preisen machte die Bellgesellschaft überall den kleinen Fleischern schwere Konkurrenz, während der Baseler Konsumverein unter ihrem Wettbewerb weniger zu leiden hatte, da sich seine Preise mit den ihrigen ungefähr die Wage halten. Neuerdings hat die Gesellschaft auch die Herstellung von Sauerkohl und den Verkauf von Obst und Gemüse in die Hand genommen. Der Vertrag zwischen dem Genossenschaftsverband und der Aktiengesellschaft Bell sieht ungefähr so aus: Der Verband übernimmt von der Gesellschaft 1754 Aktien zu einem etwas höhern als dem dem nominellen Wert von 500 Franken entsprechenden Preis, der aber durch den Geschäftsstand der Gesellschaft voll gerechtfertigt ist. Damit bekommt er etwa ein Drittel des Aktienkapitals der Gesellschaft in seine Hände, während ihm gleichzeitig von den 7 Sitzen in der Verwaltung 2 eingeräumt werden. Die Bellgesellschaft verpflichtet sich die Versorgung der Schweiz mit Fleischwaren in rationeller, im Interesse der Konsumenten liegender Weise durchzuführen. Demgegenüber verpflichtet sich der Genossenschaftsverband von der Errichtung von Anstalten für die Produktion von Fleischwaren abzusehen und seine Verbandsvereine auf den Bezug von der Bellgesellschaft hinzuweisen. Soweit der Verband bis jetzt bereits die Vermittlung von Fleischwaren betrieben hat (meist Produkte der Baseler Schlächtereie) darf er dies auch in Zukunft tun. Die Aktiengesellschaft Bell verpflichtet sich keine weiteren Gebiete der Warenvermittlung mehr in die Hand zu nehmen sondern sich auf die Bearbeitung ihrer jetzigen Gebiete: Fleisch, Obst, Gemüse und Konserven, zu beschränken. Ein Sondervertrag ist noch mit dem Baseler Konsumverein zu schließen, der die beiderseitigen Kompetenzen für Basel und die Schweiz festlegt. Demnach wird der Allgemeine Konsumverein von einer Erweiterung seiner Schlächtereie Abstand nehmen und seinen steigenden Mehrbedarf nach Möglichkeit bei der Bellgesellschaft decken, wobei die von ihm zu zahlenden Preise nicht höher sein dürfen als der Selbstkostenpreis zuzüglich einem zu vereinbarenden Zuschlag für Zinsen und Amortisation. Dagegen wird die Bellgesellschaft in Basel keine neuen Verkaufsstellen errichten und den weitem Ausbau des Detailgeschäfts der Genossenschaft überlassen.

Der hier vorliegende Vertrag wird auf den ersten Blick etwas seltsam anmuten. Bedeutet er doch scheinbar einen Bruch mit allen genossenschaftlichen Traditionen oder doch zum mindesten eine teilweise Kapitulation des genossenschaftlichen Prinzips gegenüber dem privatkapitalistischen. Man wird fragen, wie es gerade in der Schweiz, die den ersten großzügigen und erfolgreichen Versuch einer genossenschaftlichen Fleischversorgung gesehen hat, möglich war, daß man von dem schon beschrittenen Weg abging und die weitere Lösung der Aufgabe wieder bereits überwundenen Instanzen übertrug. Tatsächlich hat denn auch der Beschluß des schweizerischen Konsumvereinsverbands eine lebhaft diskutierte Diskussion in der genossenschaftlichen Presse und in den Organisationen hervorgerufen. Aber diese Diskussionen haben auf der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Verbands vom 8. Februar 1914 damit geendet, daß man das Vorgehen des Verbandsvorstands mit 344 gegen 4 Stimmen billigte, da sich die Delegierten davon überzeugten, daß die genossenschaftlichen Interessen durchaus gewahrt waren.

In der Tat wird auch der Verfechter der genossenschaftlichen Theorie sich mit dem Ereignis befreunden können, wenn er alle dabei in Frage kommenden Umstände in Betracht zieht. Das Beispiel des Baseler Allgemeinen Konsumvereins, der (übrigens nach mehreren Fehlschlägen) eine große, gut funktionierende und befriedigende Überschüsse abwerfende Schlächtereierie errichtet hat, ist in der Schweiz ziemlich vereinzelt geblieben. Gilt doch gerade der Schlächtereibetrieb als einer der schwierigsten Zweige der genossenschaftlichen Eigenproduktion. Wollte man also den Mitgliedern der Konsumvereine gute und billige Fleischwaren zuführen, so war dies nur auf dem Weg der Gründung einer zentralen Fleischversorgungsgenossenschaft von Verbands wegen möglich. Der Plan zu einer solchen war auch ins Auge gefaßt worden. Gleichzeitig hatte der Baseler Allgemeine Konsumverein eine Erweiterung seiner Schlächtereianlagen beschlossen und dazu bereits eine Anleihe von 1 Million Franken aufgenommen. Durch den Vertrag mit der Bellgesellschaft wird nun das immerhin nicht geringe Risiko, das mit der Errichtung einer Zentralgenossenschaft verknüpft gewesen wäre, vermieden; die Mitglieder der Konsumvereine treten unmittelbar in

die Nutznießung der technisch und organisatorisch auf der Höhe stehenden Einrichtungen des kapitalistischen Unternehmens ein. Dieses hat alle Ursache seine genossenschaftlichen Kunden zu befriedigen, da ja die Konkurrenz der übrigen Privatbetriebe überall erhalten bleibt und der Vertrag auch jederzeit lösbar ist. Der Verband und der Baseler Allgemeine Konsumverein sparen außerdem die Gelder, die sie in der Fleischversorgung anlegen wollten und können sie anderweitig in genossenschaftlichem Interesse verwerten. Der praktische Nutzen für die Gegenwart ist also unleugbar. Was aber die Zukunft anlangt, so verlegt die jetzt geschaffene keineswegs die Möglichkeit einer spätem rein genossenschaftlichen Lösung, wenn sie sie auch vielleicht verlangsamt. Das Ganze ist eben als ein Provisorium anzusehen, wie es ja schließlich auch der Verkehr der Genossenschaften mit ihren kapitalistischen Lieferanten darstellt. Man darf also wohl mit Recht hoffen, daß diese Bellallianz der schweizerischen Genossenschaftsbewegung keinen Schaden sondern nur Vorteile bringen wird.

Übrigens werden die schweizerischen Konsumvereine vielleicht in nicht allzu ferner Zeit Gelegenheit haben die hier ersparten Gelder auf andere Weise höchst nutzbringend anzulegen. Ein ganz ähnlicher Kampf, wie er ihnen früher von den Schuhfabrikanten und den Mühlenbesitzern aufgedrungen wurde, der bekanntlich in beiden Fällen zur Inangriffnahme der Eigenproduktion auf dem betreffenden Gebiet geführt hat, ist jetzt zwischen ihnen und dem Ende vorigen Jahres gegründeten Syndikat der Schokoladenfabriken entbrannt. Das Syndikat stellte an die Konsumvereine die unerhörtesten Forderungen. Nicht allein, daß es die seitherigen Preise erhöhte und die frühere Umsatzprämie herabsetzte, es verlangte auch, daß sich der Verband dazu verpflichten sollte nur Syndikatsware zu vermitteln; dafür sollte ihm dann ein sogenannter Treuebonus gewährt werden. Dieser an sich schon merkwürdigen Zumutung wurde später noch die andere hinzugefügt, daß der Verband alle Verbandsvereine ausschließen sollte, die sich dem Schokoladentrust nicht fügen wollten, oder die auch nur das geringste Quantum ringfreier Schokolade zum Verkauf brächten. Nachdem der Verband erklärt hatte,

daß er diese Forderungen ablehnen werde, machte das übermütige Syndikat bekannt, es werde dem Verband sowie allen ihm zustimmenden Vereinen seine Produkte sperren. Die Antwort auf diese Anmaßung war eine auf der außerordentlichen Delegiertenversammlung in Bern einstimmig angenommene Resolution, in der die schweizerischen Konsumvereine aufgefordert wurden ihren Schokoladenbedarf künftighin nur noch durch den Verband zu decken, der ihnen ringfreie Schokolade unter einer besonderen Antitrustvignette liefern werde. Der Umsatz der schweizerischen Konsumvereine in Schokolade und Kakaoprodukten beträgt 1¼ Millionen Franken. Unter diesen Umständen wäre die Errichtung einer eigenen Schokoladenfabrik wohl ins Auge zu fassen. Erfreulicherweise ist den Konsumvereinen ein willkommener Bundesgenosse in dem Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften erwachsen, dem die gleichen Unversämtheiten zugemutet wurden und der sich dagegen in der gleichen energischen Weise gewehrt hat. Wer bei dem ganzen Streit den Kürzern ziehen wird, dürfte nach früheren Erfahrungen nicht zweifelhaft sein. Übrigens werden auch die deutschen Konsumvereine durch Boykottierung der Trustschokolade den Kampf unterstützen.

✕ **Kurze Chronik** ✕ Wie hier bereits in der Rubrik Sozialwissenschaften (in diesem Band, pag. 260) mitgeteilt wurde, ist Eugène Fournière am 4. Januar im Alter von 57 Jahren an einem Schlaganfall gestorben. Fournière stammte aus dem Volk, hatte sich aber durch große Energie ein umfassendes Wissen angeeignet, das er im Interesse der sozialistischen und der Genossenschaftsbewegung verwertete. Er hatte einen Lehrstuhl an der staatlichen Hochschule für Kunst und Gewerbe und am Polytechnikum inne und war auch an diesen Stellen für die Verbreitung genossenschaftlicher Ideen tätig. ✕ Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hatte den jetzt vorliegenden genauen Mitteilungen zufolge im Jahr 1913 bei 1157 (im Vorjahr 1155) angeschlossenen und 1129 (1128) berichtenden Konsumgenossenschaften eine Mitgliederzahl von 1 620 694 (1 483 811), einen Umsatz im eigenen Geschäft von 472 006 215 (423 145 000) Mark und einen Umsatz im Lieferantengeschäft von 32 856 191

(31 321 421) Mark, während der Wert der Eigenproduktion 99 877 629 (83 871 263) Mark betrug. Einer Mitgliederzunahme um 137 000 stand also eine Steigerung des Umsatzes im eigenen Geschäft um 49 Millionen Mark und eine solche der Eigenproduktion um 16 Millionen Mark gegenüber. ✕ Auch die Großeinkaufsgesellschaft hat ihre Umsatzziffern bereits bekanntgegeben. Sie hat im gesamten Warengeschäft 154 047 316 Mark (gegen 135 907 173,50 Mark im Vorjahr) gelöst. Davon entfielen auf die Abteilung Zigarren- und Tabakfabrikation 3 980 327 (3 365 659), auf die Seifenfabrikation 6 635 257 (5 915 829), auf die Zündholzfabrik 460 994 (71 192 in 3 Monaten des Vorjahrs) Mark. Die Bankabteilung setzte im Debet 198 856 636 (154 537 935) Mark und im Kredit 200 496 408 (156 877 110) Mark um. ✕ Nach einer Entscheidung der 2. Berufungskommission für den Regierungsbezirk Oberbayern gilt der statistisch festgelegte Rabatt der Konsumvereine in Bayern als steuerfrei. ✕ Die Großeinkaufsgesellschaft der dänischen Konsumvereine hat eine Invaliden- und Alterspensionskasse für ihre Angestellten errichtet. ✕ In Rußland (ohne Finnland) gab es 1913 28 500 Genossenschaften, von denen 12 500 Darlehnskassen, 7500 Konsumvereine, 4000 landwirtschaftliche Vereine, 2500 Molkereigenossenschaften, 900 landwirtschaftliche und 600 gewerbliche Produktivgenossenschaften und 500 Lagergenossenschaften waren. Unter Hinzuziehung der finnischen Vereine besitzt Rußland gegenwärtig 30 500 Genossenschaften, während es 1904 deren erst etwa 5000 zählte. ✕ In Japan wurden am 30. Juni 1912 9394 Genossenschaften mit 980 000 Mitgliedern und einem Betriebskapital von 314 Millionen Mark gezählt. Von den Genossenschaften hatten 61 % die beschränkte, 37 % die unbeschränkte Haftpflicht und 2,2 % die unbeschränkte Nachschußpflicht angenommen. ✕ Von weiblichen Mitgliedern des Züricher Lebensmittelvereins wurde eine genossenschaftliche Frauengilde gegründet, die die Propaganda für den Verein und die genossenschaftliche Ausbildung der Mitglieder durch gemeinsame Lektüre, Diskussion usw. sich zur Aufgabe gesetzt hat. ✕ Das 50jährige Jubiläum der englischen Großeinkaufsgesellschaft wurde im September und Oktober vorigen Jahres durch eine Reihe von Festen gefeiert. Die Gesellschaft

stiftete anlässlich des frohen Ereignisses 130 000 Mark für die verschiedenen genossenschaftlichen Krankenhäuser und Fonds und 20 000 Mark für das Ruskin College der Arbeiter. X Am 14. April wollen die Genossenschaften in Paris ein großes internationales Kinderfest veranstalten, das eine Demonstration für den Frieden und die Solidarität bilden soll, und zu dem die Kinder der genossenschaftlichen Organisationen aller Länder eingeladen sind. X An der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich sollen unter Hinzuziehung von Praktikern Vorlesungen und Übungen für das Genossenschaftswesen stattfinden. Gleichzeitig ist die Errichtung eines Genossenschaftsseminars und einer Bibliothek in Aussicht genommen.

X
Literatur Unsere sonst so reichhaltige Genossenschaftsliteratur wies bis jetzt noch eine recht empfindliche Lücke auf: es fehlte ihr an einer eingehenden Darstellung der gewerblichen Produktivgenossenschaftsbewegung. Die sehr tüchtige Arbeit Häntschkes ist total veraltet. Eine auch nur rein statistische Fortführung der dort mitgeteilten Ergebnisse scheiterte an der ungeheuren Mannigfaltigkeit der unter dem Namen Produktivgenossenschaft einhergehenden wirtschaftlichen Gebilde, außerdem an der Tatsache, daß viele dieser Genossenschaften nur sehr im Verborgenen blühen, nicht einmal einem Revisionsverband angehören und keine Kunde von ihren Statuten und Geschäftsgeheimnissen geben. Dabei liegt andererseits ein nicht unerhebliches Interesse vor Näheres über den Stand der Produktivgenossenschaftsbewegung zu wissen, ein Interesse, das jedenfalls weit über das bescheidene Maß wirtschaftlicher Bedeutung hinausgeht, das diesen Organisationen tatsächlich zukommt. Die Produktivgenossenschaft ist lange Zeit der Traum der internationalen sozialistischen Arbeiter gewesen; in ihr verkörperte sich die Hoffnung einer Überwindung des Kapitalismus. Wenig genug ist von diesem Traum übriggeblieben, und das wenige sieht ganz anders aus als die feurigen Apostel der Produktivassoziation, ein Bouchez, Louis Blanc, Proudhon, Lassalle, es sich gedacht hatten. Jene oben erwähnte Lücke ist nun für Deutschland in trefflicher Weise ausgefüllt worden durch die Arbeit Dr. Herbert Weils Die gewerblichen

Produktivgenossenschaften in Deutschland /München, Steinebach/. Dem Verfasser ist es gelungen in äußerst mühseliger Arbeit Material über nahezu alle bestehenden produktivgenossenschaftlichen Unternehmungen beizubringen. Danach gab es Anfang 1912 in Deutschland 178 gewerbliche Produktivgenossenschaften, während von weiteren 14 es zweifelhaft blieb, ob sie hierher gehören, da von ihnen trotz aller Bemühungen keine Auskunft zu erhalten war. Weil teilt nun diese 178 Genossenschaften zunächst in 2 Gruppen: die Verkäuferproduktivgenossenschaften, die also das gemeinsame Produkt der Arbeit ihrer Mitglieder an Dritte zu verkaufen suchen, und die Käuferproduktivgenossenschaften, in denen sich Konsumenten zwecks gemeinsamer Beschaffung durch Eigenproduktion eine von ihnen konsumierte (manchmal auch weiter verkaufte) Ware beschaffen. Diese zweite Gruppe gehört logischerweise zu den Konsumentengenossenschaften. Die Verkäuferproduktivgenossenschaften, denen 107 aller Produktivgenossenschaften überhaupt zuzuzählen sind, zerfallen wiederum in unabhängige und in abhängige Produktivgenossenschaften, und allein die erstgenannten teilt Weil in 5 Gruppen, von denen 3 noch einmal untergeteilt sind. Zum principium divisionis hat er dabei das Zahlenverhältnis der Genossen zu den im Betrieb tätigen Genossen und den beschäftigten Nichtgenossen gewählt. Vielleicht hätte man mit dem gleichen Recht die Art der Verteilung des Reingewinns zum Einteilungsprinzip machen können. Wie dem auch sei, schon das hier wiedergegebene Einteilungsschema zeigt, welche Reichhaltigkeit an Formen diese seltene Genossenschaftsgruppe aufweist. Wir können hier natürlich nicht die Ergebnisse der Weilschen Untersuchungen auch nur auszugsweise wiedergeben; das hieße nahezu das ganze Buch ausschreiben. Denn fast jede Genossenschaft ist ein Typ für sich. Erwähnt sei daher nur, daß der eigentliche Volltyp der idealen Produktivgenossenschaft, diejenige, in der alle Mitglieder und keine Nichtgenossen beschäftigt sind, heute in Deutschland überhaupt nicht durch ein einziges Exemplar vertreten ist, während die Gruppe, bei der ein Teil der Mitglieder und keine Nichtmitglieder beschäftigt sind, wenigstens 8 allerdings durchgängig winzige Genossenschaften zählt. Ist so der Schrift Weils als gut verarbeitete-

ter Materialsammlung die größte Anerkennung zu spenden, so kann ich ihm in seinen theoretischen Behauptungen nicht immer folgen. Zunächst vermisse ich in der Arbeit eine theoretische Darstellung des in der Produktivgenossenschaft zum Ausdruck kommenden Wirtschaftsprinzips, aus der sich der tiefere Grund für das Scheitern aller der auf diese Genossenschaftsform gesetzten sozialistischen Hoffnungen ergeben hätte. Ferner kann ich ihm auch nicht zustimmen, wenn er beispielsweise die Käuferproduktivgenossenschaften als »kapitalistische Unternehmungen« bezeichnet, weil in ihnen das Lohnsystem aufrecht erhalten wäre, und wenn er die Umwandlung der unabhängigen Produktivgenossenschaften in abhängige Unternehmungen der Konsumvereine (eine Entwicklung, wie sie sich in England und auch in Deutschland sehr häufig vollzieht) als »Transformation zur Kapitalgenossenschaft« bezeichnet. Er übersieht dabei, daß der Konsumverein dem Kapitalismus und dem Lohnsystem theoretisch genau so, wenn nicht noch absoluter zu Leibe rückt wie die unabhängige Produktivgenossenschaft, nur daß er die Sache dabei von der andern, praktisch durchführbaren Seite anfängt.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Staatsarbeiter Gegen die Verstaatlichung von Betrieben wird auch heute noch vielfach der Einwand erhoben, daß damit die Arbeiter in die Abhängigkeit vom Staat gelangen und damit ihre politische Freiheit teilweise oder ganz verlieren würden. Es kann auch nicht bestritten werden, daß dieses Bedenken etwas für sich hat. Aber ein Argument gegen die Verstaatlichung ist es nicht im entferntesten. Zunächst kann es ja doch nur da geltend gemacht werden, wo der Staat noch nicht demokratisch ist, also in Deutschland, besonders in Preußen. In demokratischen Staaten, also zum Beispiel in England, in der Schweiz, in Norwegen, Italien, Frankreich, Australien usw., ist der Staat das Volk selbst, die Staatsarbeiter kämen somit in die Abhängigkeit vom Volk, was niemand bedauern wird. Aber auch in den bloß konstitutionellen Gemeinwesen, wie Preußen, Sachsen usw., ist die Unterdrückung der politischen Freiheit der Staatsarbeiter nicht nur an sich stark beschränkt sondern wird auch in dem Maß weniger

möglich, in dem die Staatsbetriebe wachsen und sich vermehren, die Zahl der Staatsarbeiter also zunimmt. Wo auch nur das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht besteht, wie in Deutschland zum Reichstag, da erlangen die Arbeiter und Angestellten des Staates eine gewaltige politische Macht selbst dann, wenn sie sich nicht offen politisch betätigen, nicht einer demokratischen oder sozialistischen Partei anschließen dürfen. Diese Macht ist vielleicht gerade zurzeit am größten, weil keine Partei die politischen Anschauungen der Angestellten und Arbeiter kennt, diese sich für keine Partei organisatorisch festgelegt haben, jede Partei also glaubt und bemüht ist ihre Stimmen zu bekommen. Die staatlichen Angestellten und Arbeiter kommen auch aus ihrer Stellung heraus zu demokratischen und sozialistischen Anschauungen, weil sie sehr wohl erkennen, daß ihre Existenz unter demokratischen Verhältnissen sich am besten gestalten läßt und weil sie als Staatsarbeiter ja bereits sozialisiert sind. Deshalb stärken gerade auch die staatlichen Angestellten und Arbeiter die demokratischen Parteien. Die Öffentlichkeit des preußischen Wahlrechts kann diesen Einfluß der Beamten und Staatsarbeiter deshalb nicht ausschalten, weil es über Preußen ein Deutsches Reich mit allgemeinem, gleichem und geheimem Wahlrecht gibt, und die Parteien mit diesem rechnen müssen. Die geistige und politische Versklavung der staatlichen Angestellten und Arbeiter ist nur eine vorübergehende Erscheinung und mehr äußerlicher Art. Die Staatsarbeiter und die Beamten sind kein Hemmnis, vielmehr eine Triebkraft der demokratischen Entwicklung, die keine Staatsmacht aufhalten kann und auch in Deutschland stets in Fluß ist. Wo die Demokratie aber erreicht ist, da haben auch die staatlichen Angestellten und Arbeiter die Freiheit der politischen Meinung. Und wie die Macht der Staatsarbeiter mit der demokratischen Entwicklung wächst, das zeigt der badische Bauinspektor Dr. Arthur Kaufmann in einem kürzlich veröffentlichten Buch, das vergleichende Untersuchungen über den Schutz der Arbeiter und Angestellten der badischen Staatseisenbahnen und der schweizerischen Bundesbahnen anstellt /München, Duncker & Humblot/.

Baden hat demokratischere Verhältnisse als die anderen Bundesstaaten, und

daraus erklärt es sich, daß die Arbeiter der badischen Staatseisenbahnen besser gestellt sind als die Staatsarbeiter in Preußen, Sachsen usw. Die sogenannten Radikalen unserer Partei haben es zwar einmal bestreiten wollen, daß der Einfluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden größer sei als anderswo, aber es ist doch so. Nach den auf der offiziellen Statistik beruhenden Angaben Kaufmanns steht Baden, was den Durchschnittslohn der Arbeiter im Betriebsdienst und in den Werkstätten der badischen Eisenbahnen anlangt, an der Spitze sämtlicher deutscher Eisenbahnverwaltungen. Der Durchschnittslohn dieser Arbeiter beträgt zurzeit in Baden, nach den Aufbesserungen im Jahr 1912, 1360 Mark, während er angegeben wird (im Jahr 1910) für Preußen mit 1153, Elsaß-Lothringen 1162, Bayern 1233, Sachsen (nach Aufbesserung um 20 Pfennig) 1268 und für Württemberg (nach Aufbesserung um 30 Pfennig) mit 1323 Mark. In Baden ist auch die politische Bewegungsfreiheit der Staatsarbeiter zweifellos wesentlich größer als in Preußen und in Sachsen.

Ein Vergleich mit den Arbeitsverhältnissen der Eisenbahnarbeiter in der Schweiz zeigt aber treffend, wie die Staatsarbeiter wirtschaftlich, sozial und politisch mit der Zunahme der Demokratie steigen. Zunächst sind die Löhne in der Schweiz wesentlich höher als in Baden. Für die für 365 Tage bezahlten Arbeiter des Betriebsdienstes gelten zum Beispiel die folgenden Lohnsätze: im Jahr 1909 in Baden 2,60 bis 3,60, in der Schweiz 2,89 bis 4,41 Mark, 1912 in Baden 2,80 bis 3,70 und in der Schweiz 3,04 bis 4,80 Mark.

Für 365 Tage berechnet, ergeben sich nach vorstehenden Lohnsätzen die folgenden festen Jahreseinkommen: 1909 in Baden 949,00 bis 1314,00, in der Schweiz 1054,85 bis 1609,65 Mark, 1912 in Baden 1022,00 bis 1350,50, in der Schweiz 1109,60 bis 1752,00 Mark. Ebenso groß ist der Unterschied des Verdienstes der Werkstättenarbeiter. Der höchste Tagelohn steigt in Baden (in Klasse A) nur bis 4,80, in der Schweiz bis 5,98 Mark. Es betragen die Höchstlöhne (in Mark):

Klasse	Baden	Schweiz
A	4,40 bis 4,80	5,98
B	3,70 bis 4,10	5,62
C	3,30 bis 3,70	4,90

In der Schweiz ist also der Höchstlohn in der 3. Klasse (C) höher als in Baden in der 1. Klasse (A). In Baden werden allerdings auch höhere Löhne durch Stückarbeit erreicht. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Werkstättenarbeiters belief sich 1910 in Baden auf 1488,00, in der Schweiz auf 1626,40 Mark.

Auch im übrigen sind die Dienst- und Arbeitsverhältnisse auf den staatlichen Eisenbahnen der demokratischen Schweiz wesentlich besser als in Baden, wo sie aber wiederum besser sind als im übrigen Deutschland. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern der schweizerischen Bahnen sind pro Jahr, angemessen verteilt, 52 Ruhetage einzuräumen, wovon jedenfalls 17 auf Sonntage fallen sollen. In Baden aber soll jeder im Betriebsdienst ständig beschäftigte Beamte monatlich nur mindestens 2 Ruhetage erhalten. Und bei einfachen Betriebsverhältnissen kann die Zahl der Ruhetage des Stationspersonals sogar auf 1 im Monat beschränkt werden. In der Schweiz erhalten alle Beamten, Angestellten und Arbeiter vom 1. Jahr ab, unabhängig von den 52 Ruhetagen, »mindestens 8 Tage« zusammenhängenden Erholungsurlaub. In Baden muß der Arbeiter 20 Jahre im Dienst sein, bevor er 8 Tage Urlaub erhält. In Baden wird formell zwischen Tages- und Nachtdienst nicht unterschieden, während das schweizerische Gesetz für die Nachtarbeit einen Zuschlag von 25% gewährt.

Der Einfluß der Staatsarbeiter auf die Gesetzgebung ist aus diesen Vergleichen zu ersehen. Er wächst mit der Demokratie, aber er ist auch eine Triebkraft zu demokratischer Entwicklung. In Deutschland erzeugt er sogar zurzeit bei fast allen Parteien ein gewisses unheimliches Gefühl, weil sich keine Partei diesem Einfluß entziehen kann, aber auch keine weiß, ob und inwieweit sie eine Stütze bei den Staatsarbeitern findet. Ein besonderes Staatsarbeiterrecht zu schaffen, wie es kürzlich die fortschrittliche Volkspartei durch Anträge im Reichstag zu erreichen suchte, ist aber zurzeit nicht nur bedenklich sondern auch widersinnig. Den Staatsarbeitern muß das gleiche Recht zugestanden werden, wie es alle übrigen Arbeiter besitzen. In der Schweiz haben die Staatsarbeiter theoretisch das Streikrecht; aber zum Streik kann es kaum jemals kommen. In einer ausgebildeten

Demokratie richtet sich ein Streik der Staatsarbeiter gegen die Volksmehrheit, ist daher als Regel sinnlos. Die Ausnahmefälle, in denen ein solcher Streik in rein demokratischen Ländern möglich oder notwendig werden könnte, kann man aber durch Verbote nicht verhindern. Jedenfalls spricht die Arbeiterfrage nicht gegen sondern unter allen Umständen für die Verstaatlichung der Produktion. In den modernen großen Privatunternehmungen, die bereits 70 000, 80 000 und mehr Arbeiter beschäftigen, ferner in den kartellierten Betrieben, den Trusts usw. ist auch die Gefahr der Versklavung der Arbeiter viel größer als in den Staatsbetrieben. Der Staatssozialismus darf auch stets und überall nur als eine Erscheinung in der demokratischen Entwicklung gewürdigt werden, die zum demokratischen Sozialismus führen muß und auch tatsächlich führt.

✕ **Kurze Chronik** Die Reichsbank hatte im Jahr 1913, wie ihrem Verwaltungsbericht für das Jahr 1913 zu entnehmen ist, folgende Gesamtsätze: bei der Reichshauptbank 165 750 611 500 Mark, bei den Reichsbankanstalten 256 589 095 700 Mark, zusammen also 422 339 707 200 Mark. Der Reingewinn belief sich auf 50 615 079, 18 Mark. Davon erhielt das Reich 34 694 873,72 Mark, gegen 26 402 137,62 Mark im Vorjahr. An Notensteuern wurden 3 674 318,29 Mark bezahlt. Die Verwaltungskosten betrugen 22 591 775,21 Mark. Zurzeit bestehen 488 Reichsbankanstalten im ganzen deutschen Reich, die noch zahlreiche Unteranstalten haben. Die Zahl der Beamten der Reichsbank betrug am Jahreschluß 1913 3708. ✕ Das Arbeitsgebiet des reichsstatistischen Amtes nach dem Stand des Jahres 1912 wird in dem kürzlich veröffentlichten 201. Band der Statistik des Deutschen Reichs zur Darstellung gebracht. Im Jahr 1872 wurden für das Amt nur 31 760 Taler aufgewandt, im Jahr 1913 aber 2 598 433 Mark. Das Personal besteht zurzeit aus 790 Personen. Außerdem werden zur Bewältigung der Arbeiten die durch die moderne Technik gelieferten mechanischen Hilfsmittel in weitestem Umfang verwendet: neben 3 Hollerithschen elektrischen Sortier- und 2 derartigen Zählmaschinen 51 Additionsmaschinen, davon 5 mit elektrischem Antrieb, und 28 Multiplikations- und Divisions-

maschinen, von denen 1 ebenfalls elektrischen Antrieb hat. ✕ Gegen die Forderung einer Rate von 350 000 Mark für die beabsichtigte Erweiterung der Reichsdruckerei wendet sich der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins in einer Petition an den Reichstag; er befürchtet von einer Vergrößerung der Reichsdruckerei eine Schädigung der Privatindustrie. Die Reichsdruckerei erzielte im Jahr 1913 eine Einnahme von 12 130 000 Mark und warf einen Überschuß von 3 267 700 Mark ab. Die staatlichen Druckarbeiten aber werden immer noch nur zu einem Teil in der Reichsdruckerei hergestellt, und eine wesentliche Vergrößerung ist selbst dann notwendig, wenn die Reichsdruckerei auch fernerhin keine Privataufträge übernehmen sollte. Es liegt aber auch kein Grund zu dieser Beschränkung vor.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen Die Stadt Straßburg ist im Begriff den dritten wichtigen Monopolbetrieb, die Gasversorgung, aus einem reinen Privatunternehmen in die Form der sogenannten gemischtwirtschaftlichen Unternehmung überzuführen. Dem Gemeinderat ist der Bericht des Bürgermeisters über die Neuregelung der Gasversorgung mit statistischem Material und den Vertragsentwürfen zur Beschlußfassung zugegangen. Da der Verzicht der Stadt Straßburg auf die Übernahme der Elektrizitätsversorgung in kommunale Regie seinerzeit großes Aufsehen erregte und einen starken Anstoß zu der Bildung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen gab, ist eine Besprechung des neuen Projekts, das sich auf der gleichen Linie bewegt wie die Verträge über die Elektrizitätsversorgung und den Straßenbahnbetrieb, wünschenswert. Mit der Beschlußfassung über die Neuregelung der Gasversorgung soll noch der Gemeinderat, wie er jetzt zusammengesetzt ist, befaßt werden, obwohl der Ablauf seiner Amtsperiode kurz bevorsteht. Im Vorbeigehen sei daher die Frage aufgeworfen, ob es richtig ist einen Vertrag, der die Stadt bis zum Jahr 1970 binden soll, einem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen, dessen Existenz und Verantwortung in Kürze aufhört und in dem die numerisch stärkste Partei, die Sozialdemokratie, überhaupt keine Vertretung hat.

Der Bericht gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Aktiengesellschaft L'Union des Gaz und ihrer Beziehungen zur Stadtverwaltung. Diese Gesellschaft wurde für die Zeit vom 1. Januar 1858 bis zum 31. Dezember 1907 und dann wiederum bis zum 31. Dezember 1932 konzessioniert. Was der Bericht über diese Jahre auf Grund so langfristiger Verträge erfolgreicher privater Gasversorgung ausführt, zeigt, wie falsch es ist solche Verträge abzuschließen. Für die Gasversorgung der Vororte war nur ungenügend Vorsorge getroffen; die Gaspreise wurden durch die Entwicklung der Gastechnik überholt und waren im Vergleich zu denen anderer Städte unverhältnismäßig hoch; das Gaswerk kam im Lauf der Jahre an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit, und die Gesellschaft hatte die Absicht einen Teil der Fabrikation nach Kehl zu verlegen; es entstand ein großer Streit zwischen Stadt und Gesellschaft darüber, ob die Stadt von der Gasbeleuchtung zu einem andern System der öffentlichen Straßenbeleuchtung übergehen könne, ob für die Verdoppelung der Gasrohrleitungen Ersatz bei Erlöschen der Konzession geleistet werden müsse usw. usw. Alle diese Erfahrungen haben wohl auch die Stadtverwaltung zu dem Versuch veranlaßt sich einen stärkeren Einfluß durch Neuregelung der Verhältnisse zu sichern und gleichzeitig auch in größerem Umfang als bisher an den Erträgen des Werkes teilzunehmen. Gerade der letzte Punkt, der Zwang neue Einnahmen für die Stadt zu erschließen, hat als starkes Motiv gewirkt. Wie der Bericht sagt, schien die Erwerbung der Aktienmajorität in einer neu zu gründenden Versorgungsgesellschaft das beste Mittel zu sein. Die Abwägung der Positionen der Stadt auf der einen Seite, der Gesellschaft auf der andern ist natürlich nicht leicht und namentlich aus der Ferne schwer vorzunehmen. Wichtig ist das eine Moment: Die Gesellschaft ist in ihrer Gesamtproduktion auf den Höchstjahresbetrag von 22 885 500 Kubikmeter beschränkt. Diese Menge würde bei etwa gleichbleibender Steigerung des Gasabsatzes im Jahr 1920 erreicht sein. Für die Stadt bilden die lange Dauer der Konzession (bis 1932) sowie die geringe finanzielle Beteiligung an den Erträgen ungünstige Momente. Die Grundzüge der neuen Regelung sind die folgenden. Es wird eine neue Ak-

tiengesellschaft mit einem Grundkapital von 8 Millionen Mark gegründet. Davon erhält die Stadt die Hälfte plus 1000 Mark, den Rest die Gesellschaft. Eine Bareinzahlung wird von keiner Seite geleistet. Die neue Gesellschaft pachtet von der alten die dieser in Straßburg, Kehl und Schiltigheim gehörenden Grundstücke nebst Apparaten und Gebäuden gegen einen jährlichen Mietzins von 154 845 Mark, bis sie eine neue Gasanstalt im Rheinhafen errichtet hat. Die Stadt Straßburg behält sich das Vorkaufsrecht für das Straßburger Grundstück zum Preis von 1 894 000 Mark vor. Die mit den verpachteten Grundstücken verbundenen Anlagen können von der neuen Gesellschaft zum Preis von 687 000 Mark = 25% des Buchwerts übernommen werden. Die Union bringt die übrigen ihr in Straßburg und Umgebung gehörigen Anlagen in die Gesellschaft ein. Das Einbringen der Union besteht also außer in der Konzession vor allem in dem Rohrnetz mit Hausanschlüssen und Steigleitungen, den Anlagen in den Außengemeinden, den Gasmessern und den an Kunden vermieteten Apparaten. Dafür soll die Union außer dem Aktienbesitz noch eine weitere Entschädigung von zirka 5 Millionen erhalten, die in 4½prozentigen Obligationen der neuen Gesellschaft gezahlt werden kann.

Da das Rohrnetz im Jahr 1932 an die Stadt zurückfällt, bringt also die Stadt ein: das Rohrnetz von 1932 ab (Gegenwartswert 1 371 000 Mark) und die Konzession für die Zeit von 1932 bis 1970. Für diese soll sie durch Teilnahme am verteilbaren Reingewinn entschädigt werden. Er soll wie folgt verteilt werden: zunächst erhalten beide Aktiengattungen eine Dividende von 5%; von dem überschießenden Betrag erhält die Stadt zunächst 50% als Abgabe. Aus dem Überschuß werden weitere 2% als Dividende auf sämtliche Aktien bezahlt. Bleibt noch ein Rest, so erhält die Stadt wiederum 50% im voraus, und zwar 25% als zweite Abgabe, und weitere 25% als Vorzugsdividende. Die verbleibende zweite Hälfte des Überschusses wird gleichmäßig auf sämtliche Aktien verteilt. Bleibt das Grundkapital also 8 Millionen Mark, so erhält die Stadt von einem Ertrag bis zu 400 000 Mark 50%, von einem Überschuß bis zu 720 000 Mark 75% und von dem Rest des Gewinns 87,5%. Außerdem erhält die Stadt vorweg eine Bruttoabgabe von 10% aus den Einnahmen des Gasverkaufs.

Für Gas zur öffentlichen Beleuchtung oder zur Beleuchtung oder Beheizung von städtischen Gebäuden und Anlagen beträgt der Gaspreis 7 Pfennig pro Kubikmeter. Die Beschaffung, Aufstellung, Bedienung und Unterhaltung der Einrichtungen der öffentlichen Gasbeleuchtung hat das Gaswerk zu tragen. Das sind die Vorteile, die die Stadt hat.

Die Union des Gaz erhält also vollen Ersatz für die ihr gehörenden Anlagen, ohne daß die Stadtkasse mit einer Barzahlung belastet wird. Dagegen kommt die Steigerung des Jahresertragnisses zum weitaus größten Teil der Stadt zugute.

Besonders schwierig war die Schätzung des Wertes der Konzessionen, der im Besitz der Union befindlichen Konzession von 1914 bis 1932 wie der von der Stadt zu gewährenden Konzession für die Jahre von 1933 bis 1970. Diese Berechnungen beruhen auf Annahmen, die mehr oder weniger willkürlich sind und starkem Zweifel begegnen können. Es wird angenommen, daß die tatsächliche Durchschnittszunahme der letzten Jahre mit 500 000 Kubikmeter bis 1970 in gleicher Weise andauern wird. Das mag eintreffen, ebenso gut aber kann es auch nicht eintreffen. Es wird ferner angenommen, daß die Selbstkosten des Gaswerks pro Kubikmeter 5,5 Pfennig in den nächsten Jahren nicht übersteigen und später infolge der Erhöhung der Produktion noch etwas herabgehen werden. In den Tabellen wird ein Sinken von 5,5 auf 5,2 Pfennig pro Kubikmeter angenommen. Auch dies ist eine reine Vermutung, die wiederum zutreffen oder auch nicht zutreffen mag. Unter diesen Voraussetzungen wird dann der Wert der Rente berechnet, den die Union auf den 1. Januar 1914 erhält. Die Rechnung kommt zu einem Ergebnis von 13,1 Millionen Mark. Ihm steht der Wert der der Stadt zufließenden Rente mit 12,2 Millionen gegenüber. Es fragt sich nun, ob die Stadt bei dem Betrieb einer eigenen Gasanstalt in den Jahren 1932 bis 1970 größere Einnahmen haben würde, und ob der auf den 1. Januar 1914 zurückgerechnete Wert dieser Einnahmen gleich oder größer gewesen wäre. Es liegt auf der Hand, daß alle diese Berechnungen nur einen sehr problematischen Wert haben.

Es wird weiter die Annahme gemacht, daß der Gaspreis bis zum Jahr 1970 unverändert bleibt. Es soll vom Inkrafttreten des neuen Vertrags ein Einheits-

preis von 13 Pfennig gelten, der gegenüber dem bisherigen Tarif eine Verbilligung des Leuchtgases um 2 Pfennig, dagegen eine Verteuerung des Koch- und Heizgases um 0,4 Pfennig pro Kubikmeter bringt. Gegenüber dem Doppeltarif, der vertragsgemäß von 1914 ab hätte eingeführt werden müssen, bringt der neue Tarif eine Mehreinnahme von rund 110 000 Mark. Es werden also die Konsumenten dauernd höher belastet, und es ist für sie nur ein schwacher Trost, daß diese Mehreinnahme der Stadt durch die Bruttoabgabe von 10% zugewandt wird. Odiös ist dabei besonders, daß das Koch- und Heizgas verteuert wird, von dessen starker und ungehinderter Zunahme die Rentabilität des Gaswerks bei der außerordentlich starken Abnahme des Konsums von Leuchtgas abhängt.

Nun sieht allerdings der Konzessionsvertrag zwischen dem Gaswerk und der Stadt vor, daß der Preis von 13 Pfennig »entsprechend« zu ermäßigen ist, wenn bei 3 von den Städten Frankfurt, Mainz, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Mülhausen (Elsaß) der mittlere Verkaufspreis für private und öffentliche Zwecke 10,8 Pfennig oder weniger beträgt. Der Abstand zwischen den geltenden Preisen und dem Satz von 10,8 Pfennig ist in den genannten Städten zurzeit noch ein recht großer. Allerdings wird bei den Bestrebungen, die sich neuerdings mehr und mehr auf dem Gebiet der Gasversorgung geltend machen, die Gaspreise in der Abwehr gegen die Konkurrenz der Elektrizität herabzusetzen, sich schwer voraussagen lassen, wie lange es dauern wird, bis der Abstand in den betreffenden Städten ausgeglichen sein wird. Der ganzen Berechnung wie den Verträgen liegt aber als Ausgangspunkt der Einheitspreis von 13 Pfennig und eine möglichst lange Erhaltung dieses Satzes zugrunde. Denn nach dem Gründungsvertrag der neuen Gesellschaft bedarf es zu einer Änderung der Tarife eines mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen zu fassenden Beschlusses der Generalversammlung. Und zwar gilt diese Bestimmung für die ganze Dauer des Vertrags. Aus dem Bericht geht nicht hervor, inwieweit bei den Vertragsberatungen die Tendenz zur Gaspreiserniedrigung und ihre mögliche Verstärkung in den nächsten Jahren berücksichtigt worden ist.

Der Einfluß der Stadt auf die Verwaltung der neuen Gesellschaft wird da-

durch gesichert, daß 4 Aufsichtsmitglieder von der Stadt, die übrigen 3 von der Union gestellt werden. Ein Gegengewicht bildet die Bindung bestimmter Beschlüsse an die Zweidrittelmehrheit der Stimmen der Generalversammlung. Sämtliche Änderungen der nach dem Konzessionsvertrag an die Stadt zu leistenden Abgaben außer der schon erwähnten Änderung der Tarife bedürfen der genannten Mehrheit, und zwar auf die Dauer des ganzen Vertrags. Das gleiche gilt bis zum Jahr 1932 für die Änderungen des Lastenhefts oder der Verträge mit der Stadt Straßburg, die eine Erschwerung der der Gesellschaft obliegenden Verpflichtungen mit sich bringen würden. Von 1933 ab ist zwar der Aufsichtsrat zuständig. Doch soll er für die Gesellschaft nicht solche Lasten übernehmen, die bei verständiger Würdigung der Gesamtlage auch einer Gasanstalt in städtischer Regie nicht aufgebürdet würden. Damit sind allerdings die finanziellen Interessen der Privataktionäre nach jeder Hinsicht gesichert, aber die Dispositionsfreiheit der Stadt ist sehr eingeschränkt.

Überblickt man die gesamte Vorlage, so kann man sich dem Eindruck nicht entziehen, als ob die ganze Aktion in erster Linie aus dem Bedürfnis entstanden wäre der Stadt weitere Einnahmequellen zu erschließen, und als ob dabei das Bestreben maßgebend gewesen wäre die Stadt möglichst bald in den Besitz größerer Summen zu bringen. Das konnte natürlich nur dadurch erreicht werden, daß man der Privatgesellschaft auf Kosten der Zukunft größere Konzessionen machte als sich wohl sonst rechtfertigen ließe. So erklärt sich auch die überaus lange Dauer des Vertrags, während deren sämtliche Grundlagen der Vertragsschließung hinfällig werden können. Ob die Dispositionsfreiheit, die die Stadt infolge der Bindung in § 20 des Vertrags immerhin nur in beschränktem Umfang erreicht, ein volles Äquivalent ist, läßt sich schwer beurteilen.

× Fortschrittliche Konferenz Am 17. und 18. Februar hat in Frankfurt eine Konferenz fortschrittlicher Gemeindevertreter und Magistratsmitglieder aus Nassau, Kurhessen und dem Großherzogtum Hessen stattgefunden, die einen zwanglosen Gedankenaustausch durch Referate und Diskussion bringen sollte. Gleichzeitig wollte man damit

eine Lücke ausfüllen, die das Fehlen eines allgemeinen Kommunalprogramms bedeutete. Nach Ansicht des Landtagsabgeordneten Oeser ist die Zeit für ein Kommunalprogramm der Gesamtpartei noch nicht gekommen, weil die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen noch zu verschieden lägen. Die Konferenzen sollten eine Vorarbeit für eine spätere Programmbildung leisten. Man einigte sich dahin die Konferenzen alljährlich zu wiederholen und mit dem Provinzialsekretariat eine Auskunftsstelle für kommunale Fragen zu verbinden. Die Verhandlungen brachten manche interessante Äußerung, die auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus beachtenswert ist.

Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen sowohl des Referenten, Stadtverordneten Dr. Heilbrunn, wie einiger Diskussionsredner über die Gemeindebetriebe und die städtische Wohnungspolitik. Heilbrunn verlangte alle monopolartigen Unternehmungen in den Gemeindebetrieb zu übernehmen und meinte, daß dieser Standpunkt, den der Liberalismus früher nicht vertreten habe, jetzt wohl allgemein eingenommen werde. Das mag für die Theorie gelten, in der Praxis haben aber gerade fortschrittliche Gemeindevertretungen sogar in neuester Zeit kommunale Regiebetriebe an private Unternehmer verkauft oder, wie zum Beispiel Königsberg, verpachtet. Heilbrunn nahm auch Stellung gegen den vielfach empfohlenen gemischten Betrieb. Man solle an dem rein kommunalen Betrieb festhalten, auch aus sozialpolitischen Gründen, da die Städte ihren Angestellten und Arbeitern bessere Bedingungen gewähren können. Von einem Diskussionsredner wurde die Ausbildung der gewerblichen Anlagen zur Entlastung der Steuerzahler gefordert. Auch der Abgeordnete Oeser erklärte sich mit aller Entschiedenheit für öffentliche Monopolbetriebe, die im Gegensatz zum Privatbetrieb in der Lage seien auch unrentable Anlagen im Interesse der Landeskultur durchzuführen. Schäden öffentlicher Betriebe würden durch die Kritik in den Volkvertretungen leichter beseitigt als bei Privatbetrieben. Namentlich für das Gebiet der Elektrizität wurde die große Gefahr der Vertrustung hervorgehoben und engere Fühlungnahme zwischen den Gemeindevertretern zur Abwendung solcher Monopolisierungsbestrebungen als notwendig bezeichnet.

Eingehend wurden auch die Fragen der städtischen Wohnungspolitik, und davon wieder besonders die der Bodenpolitik besprochen. Vor einem planlosen Aufkaufen von Grund und Boden warnte man, es wurde verlangt, daß die Ankäufe von Grund und Boden möglichst aus eigenen Mitteln erfolgen sollten, da das Arbeiten mit fremdem Geld die Bauplätze verteuern müsse, wenn die Kommunen nicht Schaden leiden sollen. Dabei muß man allerdings fragen, was denn nun die Kommunen anfangen sollen, die keine eigenen Mittel für diesen Zweck besitzen. Umfassende Grundstückskäufe werden sich überhaupt schwerlich ohne Aufnahme von Anleihen durchführen lassen. Doch wurde wiederholt die Grundstückspolitik als das Rückgrat der städtischen Finanzpolitik bezeichnet. Auch eine bessere Ausgestaltung des Erbbaurechts, namentlich für die Wenigerbemittelten, Herabsetzung der Straßenbaukosten, durch einen Verzicht auf zu breite Straßen, auch ein Eingreifen der Gemeinden zur Behebung der Hypothekennot, dies aber nur in der Beschränkung auf das dringendste Bedürfnis, wurden als Maßnahmen empfohlen.

Stärker gingen die Ansichten über die Arbeitslosenversicherung auseinander. Während ein Teil der Vertreter die energische Inangriffnahme der Arbeitslosenversicherung verlangte, sprachen sich andere recht ablehnend, namentlich auch gegen das Genter System, aus. Solange die Gewerkschaften an diesem festhielten, scheine eine Lösung der Frage vorläufig nicht möglich zu sein. Dagegen versprach man sich von der Ausbildung der Arbeitsvermittlung eine Besserung der Verhältnisse.

Im großen und ganzen zeigten die Verhandlungen ein erfreuliches Maß von Einsicht, so daß man nur wünschen kann, der Geist dieser Konferenz möge auch in der Praxis der Gemeindeverwaltungen sich zeigen und wirksam werden. Dann wird ein gemeinsames Arbeiten mit den Vertretern der fortschrittlichen Volkspartei wesentlich leichter sein als bisher. Die verkündeten Grundsätze und die Praxis standen bisher leider oft in einem unüberbrückten Gegensatz. Übrigens kann man sich von der Wiederholung solcher Konferenzen noch das eine Gute versprechen, daß sie an die Stelle von Grundsatzlosigkeit und Zerknirschtheit bestimmte Richtlinien, politische Prinzipien setzen, die die

Versumpfung der ganzen kommunalen Verwaltung durch das Vordringen der privaten Interessen einzelner Cliquen und Berufsstände zu verhindern vermögen.

×

Kurze Chronik Die sächsische Regierung hat dem Landtag eine Vorlage über die Nutzbarmachung der Landeskulturrentenanstalt für den Kleinwohnungsbau gemacht. Die Gemeinden sollen Darlehen bis zu 85 % des Wertes der Kleinwohnungsbauten von der Anstalt erhalten. Nach dem Bericht der Berliner Armendirektion gehörten den 446 Armenkommissionen 5494 Männer und nur 157 Frauen an. Unter den Männern überwogen bei weitem die Handwerker und Gewerbetreibenden mit 2299, die Kaufleute mit 837, die Fabrikbesitzer und Fabrikanten mit 351 und die Staats- und Magistratsbeamten mit 351 Angehörigen. Dann folgen die Lehrer mit 265, die Privat- und Bankbeamten mit 218, die Rentner mit 204, die Restaurateure mit 140 Angehörigen. Außerordentlich klein ist die Zahl der Arbeiter: 91 Werkmeister, Gesellen und andere sowie 7 ungelernete Arbeiter. Die Verteilung dieser Arbeitermitglieder über die Kommissionen ist sehr ungleich. In der großen Mehrzahl der Kommissionen ist überhaupt kein Arbeiter vorhanden. Eine bedeutende Verstärkung des Arbeiterelements ist dringend notwendig. Die Stadt Magdeburg will den Versuch einer engeren Fühlungnahme mit der Presse machen. Es sollen ständig wiederkehrende Beratungen eingerichtet werden, an denen außer Magistratsvertretern und Stadtverordneten auch die Vertreter aller Magdeburger Tageszeitungen teilnehmen. Von dem städtischen Fleischverkauf in Nürnberg wurden, wie das statistische Amt mitteilt, 4,3 % des gesamten Fleischbedarfs gedeckt. Die Preise lagen durchschnittlich um 13 bis 15 Pfennig pro Pfund unter den Marktpreisen. Das städtische Angebot konnte aber nur eine beschränkte Einwirkung auf die Preise im allgemeinen ausüben. Doch haben 4000 Familien mit etwa 15 000 Köpfen Vorteil von der Einrichtung gehabt.

Geistige Bewegung / Leo Kullmann

Jugendpflege Wer von der Reichsschulkommission hört, ist versucht zu glauben, daß es sich hier um ein behördliches Gebilde

handelt, vermöge dessen das Deutsche Reich seiner Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet des Unterrichts-, Erziehungs- und Bildungswesens in einer seiner Würde angemessenen Weise gerecht zu werden sucht. Mancher wird daher mit Erstaunen erfahren, daß diese Reichsschulkommission keine andere Aufgabe hat, als »auf Erfordern des Reichskanzlers Anträge zu begutachten, die die Verleihung der Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen über die Befähigung für den einjährigfreiwilligen Militärdienst an Lehranstalten bezwecken«. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangte auch in diesem Jahr, wie schon seit 1912, die Einbringung eines Gesetzentwurfs, durch den »die Reichsschulkommission zu einem selbständigen Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reiches umgewandelt« wird. Nach Ablehnung der entsprechenden Resolution durch die Reichstagsmehrheit hat unsere Fraktion ihre Befähigung zu positiver Kulturarbeit dadurch dokumentiert, daß sie der allerdings recht lauen fortschrittlichen Resolution zur Annahme verhalf, die den »Ausbau der Reichsschulkommission zu einem Reichslehramt, das, ohne legislatorische, administrative und disziplinäre Befugnisse zu haben, dem Studium des ausländischen Schulwesens und der Beratung und Anregung des deutschen Schulwesens dienen soll«, verlangt. Immerhin ein Schritt vorwärts. Neben dieser Resolution hat unsere Fraktion beim Zusammentritt des neuen Reichstags den (allerdings noch ganz aussichtslosen) Initiativantrag eingebracht, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfs verlangt, der »das gesamte Schulwesen des Deutschen Reiches auf der Grundlage der Einheitlichkeit, der Ungeltlichkeit, der Weltlichkeit und nach den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik regelt«. Freilich scheinen auf keinem Gebiet die Hindernisse einer allgemeinen Verständigung größer zu sein als auf dem Gebiet des Bildungswesens. Zuerst der Streit der Fachleute: Eudämonismus oder strenge Schulzucht, Religions- oder nur Moralunterricht, Individualisierung oder Uniformierung des Unterrichts, Koedukation oder Geschlechtertrennung, humanistische oder naturwissenschaftlich-reale Bildung, Buchschule oder Arbeitsschule, und welches die wissenschaftlichen Streitfragen der modernen Pädagogik sein mögen. Dann

die unberufene Einmischung mehr oder minder verständiger Laien. Wie kann zum Beispiel jemand des Wahns leben, die jugendlichen Seelen könnten durch eine so vorzügliche Sammlung wie es der (hier in der Rubrik Musik, in diesem Band, pag. 203, besprochene) Zupfgeigenhansl ist, verdorben werden? Wie man solcher Verkennung gegenüber die besonderen Ansprüche des jugendlichen Seelenlebens verteidigt, das zeigten uns am 9. Februar in München die Reden, die Professor Dr. Alfred Weber, Dr. Wyneken, Professor Dr. Gurliitt, Professor Dr. Quidde und Rechtsanwalt Wolfgang Heine auf der vom freideutschen Jugendausschuß einberufenen Versammlung hielten, mag man immerhin an Erscheinungen wie der Schülerzeitschrift Der Anfang auch vieles Unsympathische finden. Der schlimmste Feind einer einheitlichen neudeutschen Pädagogik und Jugendpflege ist aber der politische Fanatismus. Was sich als offizielle Jugendpflege gibt, krankt an einseitiger Anlehnung an die geltenden Autoritäten und an Verständnislosigkeit gegenüber den besonderen Lebensbedingungen der Arbeiterpsyche. Hier kann Deutschland manches vom Ausland lernen. Gegnerschaft der Klassen kennt die ganze Erde. Aber diese Gegnerschaft darf nicht das öffentliche Urteil dermaßen trüben, daß sich das Feindliche gleich als geringwertig und unsittlich darstellt; das ist es, was Engelbert Pernerstorfer im Januarheft der Zeitschrift Die Tat, das der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gewidmet war; »Geistige Unfreiheit« nannte. Da lesen wir in dem sonst recht brauchbaren Büchlein Jugendpflege des Fortbildungsschullehrers W. Wiemann (in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt) die erstaunlich unwahre Behauptung: »Von der Erziehung eines festgefügtten Charakters kann bei sozialdemokratischer Jugendpflege keine Rede sein; alles, was dem jungen Menschen Halt bieten kann, wird ihm ja systematisch entzogen.« Über die sozialdemokratische Zeitschrift Arbeiterjugend schreibt der Verfasser dann noch den folgenden Satz: »Der Jugend die Begeisterungsfähigkeit rauben, indem man ihr alle Ideale (!) nimmt, das heißt, sie frühzeitig greisenhaft machen, ihr alle Kraft zu festem Wollen und Handeln nehmen.« Freilich wird man sich mit dem Verfasser schwer über den Begriff des Ideals verständigen können, wenn er kurz darauf keine anderen heiligen

Güter aufzuzählen weiß als Vaterlands-
liebe, Fürstentreue, Gottesfurcht und
Elternliebe. Es bedeutet doch (wie man
sich auch im einzelnen zu diesen Dingen
stellen mag) eine Verengung des geis-
tigen Horizonts und eine Einschränkung
des sittlichen Wollens, wenn man das
andere Hohe, das im Menschen lebt:
Freiheitsliebe, Humanität, Solidarität,
Erkenntnisdrang, nicht zu den Gütern
rechnet, die dem Menschen als Ideale
gelten können und sollen.

✕
Kinematograph

✕ Die Eingliederung der Kine-
matographie in den Volks-
bildungsorganismus macht

recht langsame Fortschritte. Und doch
sind die unendlich reichen Bildungsmög-
lichkeiten, die in diesem Zweig moder-
ner Technik schlummern, unverkennbar.
Der Kinematograph gewährleistet den
denkbar vollkommensten Anschauungs-
unterricht auf allen Unterrichtsgebieten,
auf dem Gebiet insbesondere der Natur-
wissenschaften, der Technik, der Volks-
wirtschaftslehre, der Erd- und Völker-
kunde. Aber auch ästhetisch bietet er
zweifelloso Wertvolles. Gewiß: das Wort
fehlt. Aber auch andere Künste müssen
dessen entraten. Wie steht es, von der
bildenden Kunst schon abgesehen, mit
einer so sublimierten Kunst wie es der
Tanz ist (den nur Philisterraugen zu den
geringwertigen Dingen zählen können)?
Dann die Pantomime: Auf diesem Ge-
biet werden freilich schwere intellek-
tualistische Sünden begangen. Aber die
Ausführung spricht nicht gegen die
Kunst. Daß die Pantomime zu einem
besondern Zweig der dramatischen
Kunst ausgebildet werden kann, ist
nicht zu bezweifeln. Und da ist in
einem Punkt der Kinematograph der
Bühne bedeutend überlegen; nämlich in
der Schaffung von Illusionen, denen
gegenüber die vollendetste Bühnentechnik
versagt. Nichts ist dem Kinematographen
unausführbar; selbst die Phantasieen
eines E. T. A. Hoffmann vermöchte er
zur Anschauung zu bringen. Ich denke
hier an eines der gelungensten Erzeugnisse
moderner Kinokunst: Der Student von
Prag von Hanns Heinz Ewers, mit Paul
Wegener in der Titelrolle. Der Student
verkauft sein Spiegelbild. Dieses tritt aus
dem Spiegel heraus, und nun führt der
Student jenes unheimliche Doppeldasein,
wie es nur durch den Kinematographen zur
Anschauung gebracht werden kann. Frei-
lich, die Kinostücke mögen oft, ja
meistens minderwertig sein. (Daß sie

es nicht immer sind, ist in der Rubrik
Bühnenkunst dieser Zeitschrift schon
mehrfach gezeigt worden.) Aber, die
Kinokunst ist eben in den ersten, blut-
igsten Anfängen. Sie hat ihren eigent-
lichen Charakter als Bewegungskunst
vielleicht noch gar nicht entdeckt, sie
hat das ihr, und nur ihr, Eigene (und
gerade dies ist es, was in die Zukunft
zeigt) noch gar nicht von dem Ballast
des Alten befreit. Gleichwohl bildet
sich vor unseren Augen ein besonderer
Stil der Darstellung, der auch von der
Pantomime sich entfernt, so weit wie
diese von der Schauspielkunst, und der
in der Bewegung der Erscheinungen auf
das hinter ihnen Liegende abzielt.

Bei Eugen Diederichs in Jena ist in
der Sammlung Schriften zur Soziologie
der Kultur ein sehr empfehlenswertes
Buch erschienen, betitelt Zur Soziolo-
gie des Kino: Die Kinounternehmung
und die sozialen Schichten ihrer Be-
sucher, von Emilie Altenloh. Die Lek-
türe ist deshalb so erfreulich, weil es
sich um eine durchaus objektiv gehal-
tene Untersuchung handelt, frei von
jenem moralsüchtigen Gezeter, das uns
überall in die Ohren gelit, wo man sich
verpflichtet fühlt über den Kino mitzu-
reden. Wir werden über die kinemato-
graphische Produktion und die wirt-
schaftliche Organisation unterrichtet,
wir erfahren, daß Pathé ein Stamm-
kapital von 30, Gaumont ein solches von
3 Millionen, Cines von 3¼ Millionen
hat, daß die deutsche Produktion sehr
zurücksteht, wir erkennen, welche schier
unwiderstehlichen kapitalistischen Ten-
denzen der noch wenig rentablen Frukti-
fizierung des Kinos zu Volksbildungs-
zwecken entgegenwirken, wir studieren
das Kinopublikum in allen Schichten,
wir unterrichten uns über die Bezie-
hungen zwischen Kino und Theater. Es
ist wohl Zeit, daß der Staat dem Kino
noch in anderer Gestalt als in der des
Zensors entgegentritt, und daß er, statt
sich zu diesem eben doch zu lebenskräf-
tigen Kind der Zeit nur prohibitiv und
negativ zu verhalten, nun auch positiv
sich im Sinn eines Förderers der im
Kino schlummernden Kulturkeime be-
tätigt.

✕
Kurze Chronik Die seit Jahren für die
Kirchenaustritts-
propaganda tätigen
Kreise der freireligiösen Gemeinde
zu Berlin, des Komitees Konfessionslos
und des Zentralverbands proletarischer
Freidenker haben eine Arbeitsgemein-

schaft gegründet, unter der Bezeichnung Vereinigte Komitees für Kirchenaustritt. Die sozialdemokratische Partei hält aber nach wie vor an ihrem Grundsatz striktester Neutralität allen religiösen Bekenntnissen gegenüber fest. Es ist umso weniger anzunehmen, daß sie sich davon wird abbringen lassen, als sich auch in sozialistischen Kreisen je länger je mehr geistige Strömungen zeigen, die einen Überdruß an der bloßen Aufklärerei, auch in ihren monistischen usw. Formen, erkennen lassen. × Die Universität Frankfurt wird im Oktober eröffnet werden. × An der Princetonuniversität in New Jersey wurde die Graduate School eingerichtet, ein Internat für junge Männer, die die Vertiefung ihrer geistigen Kultur ohne irgendwelche Nebenzwecke erstreben, und die die Wissenschaft um der Wissenschaft und der Erkenntnis willen betreiben. × Dem Reichstag liegt der Entwurf einer Gewerbeordnungsnovelle vor. § 43a verbietet Schriften, Abbildungen und Darstellungen in Schaufenstern und Auslagen innerhalb der Verkaufsräume oder an öffentlichen Orten derart zur Schau zu stellen, daß die »Zurschaustellung geeignet ist Ärgernis wegen sittlicher Gefährdung der Jugend zu geben«. § 149a bedroht den mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 800 Mark, der den Bestimmungen des § 43a zuwiderhandelt. × Die Dalcrozeshule in Hellerau veröffentlicht ihren 3. Jahresbericht und die Bilanz über das Schuljahr 1912-1913. Die Aktiven und Passiven schließen mit einer Summe von 1 622 977 Mark. Einschließlich der in Hellerauer Dilettantenkursen unterrichteten 394 Schüler wurde in 99 Städten, aus denen Berichte eingelaufen sind, an 6767 Schüler Unterricht in der Dalcrozemethode erteilt. Innerhalb der Dalcrozeshule in Hellerau und ihrer Zweiganstalten in Dresden, Berlin, Frankfurt am Main, Prag, Budapest, Wien und Petersburg, wurden 2034 Schüler unterrichtet. Ob die Dalcrozemethode eine wirkliche Bereicherung unserer Kultur darstellt, kann vorläufig weder bedingungslos behauptet noch verneint werden.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Kommunale Frauenarbeit Eine systematische Propaganda, die darauf hinausginge zunächst das kommunale Wahlrecht und volle Gleichberechtigung in allen kommunalen Ämtern

für die Frauen zu erringen, wäre auch bei uns durchaus nicht aussichtslos. Denn die Mitarbeit des weiblichen Geschlechts auf sämtlichen Gebieten der gemeindlichen Wohlfahrtstätigkeit wächst in so raschem Maß und erwirbt sich so unbedingt die Anerkennung und Sympathie auch konservativ denkender Sozialpolitiker, daß kaum mehr lange die Mehrheit der Landtage den Frauen so wohlverdiente Rechte verweigern kann. Die Vorliebe der Frauen gerade für die kommunal-soziale Tätigkeit resultiert vielleicht aus der Neigung des weiblichen Geschlechts in der Arbeit zugleich dem Drang nach persönlicher Hingebung Auslösung zu schaffen. Dazu kommt die Teilnahme der Frau für Hilflöse und Leidende: Kinder, Kranke, Waisen, moralisch Gefährdete, Arme und Bedürftige.

Die Zentralstelle für Gemeindeämter der Frau in Frankfurt am Main gab 1913 ihre Statistik über Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde (bearbeitet von Jenny Apolant / Leipzig, Teubner/) neu heraus. Während die 1. Ausgabe des Buches /1909/ 11 900 in 304 Gemeinden in der kommunalen Wohlfahrtspflege ehrenamtlich oder besoldet arbeitende Frauen zählte, konnte 1913 bereits aus 593 Gemeinden über 17 960 Frauen berichtet werden. Davon arbeiteten ehrenamtlich in der Armenpflege 2850, in der Armen- und Waisenflege 1775, in der Waisen- und Ziehkinderüberwachung 10 739 Frauen. Den Deputationen für Armen- und Waisenflege gehörten im Deutschen Reich 329 Frauen an. In der Schulverwaltung arbeiteten 581, im Polizeiwesen 23 (Polizeiassistentinnen), in der Trinker- und Tuberkulosenfürsorge 225, in Arbeitsnachweisen 160, in verschiedenen Kommissionen 460 Frauen. Auf je 1 Million Einwohner berechnet steht unter den Einzelstaaten Elsaß-Lothringen mit 520 weiblichen Kommunalbeamten voran, es folgen Württemberg mit 286, Preußen mit 266, Bayern mit 255, Baden mit 252, Hessen mit 243 und Sachsen mit 151. Ganz neu hat sich die Wohnungspflege entwickelt. Das Großherzogtum Hessen ergriff hier 1908 mit der Anstellung einer Kreiswohnungsinспекtorin für den Landkreis Worms die Initiative. Es folgten Charlottenburg, Halle und jetzt Berlin mit akademisch gebildeten Wohnungsinспекtorinnen (in dem neuen Berliner Wohnungsamt sind 2 Frauen angestellt), Auerbach im Vogt-

land, Frankfurt am Main, Freiberg in Sachsen, Glauchau, Halberstadt, Königsberg, Land und Stadt Leipzig, Magdeburg, München, Offenbach am Main, Schöneberg und andere, im ganzen 36 Gemeinden mit besoldet oder ehrenamtlich angestellten Wohnungspflegerinnen. Hier kann sich den Frauen ein immer wachsendes Tätigkeitsfeld erschließen, sobald, wie jetzt in Preußen nach dem neuen Wohnungsgesetzentwurf, sich überall eine amtliche Beaufsichtigung des Wohnungswesens durchsetzen wird. Der Verein Frauenwohl forderte in einer Eingabe zum Artikel 4 des Entwurfs, daß die Zuziehung von Frauen zur beamteten und ehrenamtlichen Wohnungsaufsicht in dem Gesetz ausdrücklich erwähnt und den Gemeinden zur Pflicht gemacht wird. Es wird richtig darauf hingewiesen, daß die Wohnungsinspektion den Kern in sich trage »eine Zentralinstanz fürsorgender Tätigkeit verschiedener Art zu werden . . . Es sei an die Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge, an die Tuberkulosenfürsorge und an die Kinder- und Jugendfürsorge erinnert.«

Ganz allgemein treten neuerdings erfreulicherweise die Regierungen für die kommunale Mitarbeit der Frauen ein: Die badische Regierung bestimmte 1910 bei der Revision der Städte- und Gemeindeordnung die obligatorische Zuziehung von Frauen zu einer Reihe städtischer Kommissionen; ihr folgen im gleichen Jahr Hessen und 1912 Sachsen, die aber von einer obligatorischen Verpflichtung zur Zuziehung der Frauen absehen. Selbst die preußische Regierung empfiehlt 1912 in einem Erlaß des Kultusministeriums »überall da, wo Schulkommissionen auf Grund des § 45 des Volksschulunterhaltungsgesetzes bestehen, auf die Zuziehung von Frauen und noch weiteren Lehrerinnen nach Möglichkeit hinzuwirken«; im übrigen stehen bei uns die Gesetze, nach denen städtischen Deputationen außer den Armen- und Schuldeputationen (für die das Ausführungsgesetz zum Unterstützungswohnsitzgesetz und das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz maßgebend sind) nur »stimmfähige Bürger« angehören dürfen, der gleichberechtigten Aufnahme von Frauen entgegen. In Baden nahm kürzlich die Erste Kammer ein Gesetz an, durch das den Frauen das Recht verliehen wird das Amt eines Waisenrats und einer Waisenflegerin zu übernehmen, es aber auch jederzeit nieder-

zulegen. Der Badische Verband für Frauenbestrebungen fordert in einer Petition an die Zweite Kammer die Streichung dieses letzten Passus, in dem er eine Ausnahmebestimmung nur für weibliche Waisenräte sieht, die dazu führen könnte von deren Anstellung möglichst Abstand zu nehmen. In Oldenburg nahm der Landtag eine Vorlage an, die die Möglichkeit gibt mit Zustimmung der Gemeindevertretung die Kommissionen durch dazu bereitwillige Gemeindeangehörige männlichen oder weiblichen Geschlechts, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, zu verstärken. In der Begründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz es ermöglichen soll Frauen Sitz und Stimme in der Armenkommission und in sonstigen Kommissionen der Gemeinde zu geben.

In Berlin hat die Stadtverordnetenversammlung die Zuziehung von je 3 Frauen zur Armendirektion und zur Waisen-deputation beschlossen. Andere Städte gehen noch entschiedener vor. So beschlossen die Darmstädter Stadtverordneten in 7 ihrer Deputationen 15 Frauen als stimmberechtigte Mitglieder aufzunehmen; damit hat Darmstadt die größte Zahl von Frauen in den städtischen Deputationen. Danach folgt Köln mit 13 stimmberechtigten weiblichen Deputationsmitgliedern und 1 nicht stimmberechtigten. Auch in Offenbach am Main sitzen jetzt 3 Frauen in der Armendeputation und 13 in anderen städtischen Kommissionen.

Ein Arbeitsfeld, das ebenfalls für die Frauen hervorragend geeignet sein dürfte, erschließt sich ihnen in allerneuester Zeit in der Berufsvormundschaft. Gesetzlich ist nur in Oldenburg die Zulassung von Frauen zu diesem Amt ausdrücklich bestimmt, dort aber noch nicht in die Praxis übersetzt worden. Dagegen hat Hagen in Westfalen einen weiblichen Anstaltsgeneralvormund und soeben die Gemeinde Zehlendorf den ersten weiblichen Generalvormund in Deutschland (eine bisher ehrenamtlich in der Vormundschaft tätige Frau) berufen.

Von größter Bedeutung ist die Arbeit der Frauen in der Schulverwaltung. Noch bis zum Jahr 1906 waren in allen Bundesstaaten die Frauen in der Lokal- wie in der Kreis- und Landeschulverwaltung von der Mitarbeit fast völlig ausgeschlossen. Seitdem erst werden sie, wiederum unter der Initia-

tive des stets fortschrittlichen Baden, dort wie in Preußen, Sachsen, Württemberg, Hessen, Elsaß-Lothringen und Sachsen-Meiningen langsam zugezogen. In Preußen ermöglicht das Schulunterhaltungsgesetz von 1906 die Zulassung von Lehrerinnen zu den Schuldeputationen und die Zuziehung anderer Frauen zu den Schulkommissionen. Auch können sie in die Kuratorien der städtischen höheren Mädchenschulen gewählt werden. In Bayern gehört der Landesschulkommission eine akademisch gebildete Lehrerin als Sachverständige an, in Sachsen dürfen erst seit der Mädchenschulreform von 1910 wissenschaftlich gebildete Frauen in den Schulkommissionen für höhere Mädchenschulen, Studienanstalten und Frauenschulen arbeiten. In Württemberg gab das neue Volksschulgesetz von 1910 den Frauen auch das aktive und passive Wahlrecht für den Ortsschulrat. Stuttgart hat sich, wie in dieser Rundschau (1913, 3. Band, pag. 1652) schon berichtet, das besondere Verdienst erworben als ersten und bisher einzigen Fall eine Sozialdemokratin, Anna Blos, in den Ortsschulrat für die evangelischen Volks- und Mittelschulen zu berufen. Die Genossin, die dort eine sehr rege Tätigkeit entfaltet, referiert über die Ergebnisse ihrer Erfahrungen wie über die Volksschularbeit überhaupt in einer Serie von Artikeln der Gleichheit. Stuttgart ging auch allen anderen Städten mit der Anstellung der ersten weiblichen Polizeiasistentin voran, der die wichtige Aufgabe zusteht die Fürsorge für Jugendliche und sittlich gefährdete Frauen und Mädchen auszuüben. In Berlin und Dresden sind jetzt je 2 Polizeiasistentinnen tätig. Die Stadt Lübeck endlich hat durch Gesetz ein neues Zentrum für kommunalsoziale Frauenarbeit in einem Jugendamt, einem Gemeindewaisenamt für die Stadt und die Vorstädte, geschaffen. Neben Mitgliedern des Stadt- und Landamts, einem Pädagogen und einem Arzt gehört ihm auch eine Frau an. Bei der Bezahlung der besoldeten städtischen Beamtinnen findet sich vorläufig leider noch fast durchgängig die Regel bestätigt, daß auch bei gleicher Vorbildung und gleicher Arbeitsleistung die Frauen sehr viel schlechter honoriert werden als die männlichen Berufskollegen. Es sei hier zugleich darauf hingewiesen, daß in der seit 2 Jahren erscheinenden

Sozialdemokratischen Frauenbibliothek, die die Hauptprobleme des sozialen und politischen Lebens in kleinen Broschüren vom Parteistandpunkt propagandistisch beleuchtet, Klara Weyl auch die kommunalen Fragen, die Forderungen der Partei an die Kommunen und die Tätigkeit der Frau in allen Zweigen der Gemeindearbeit dargelegt hat (Die Frau in der Gemeindepolitik /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/). Genosse Paul Hirsch gab der Broschüre, die für Agitationszwecke sehr zu empfehlen ist, ein Geleitwort mit.

✕ **Wahlrecht** Der 6. Kongreß des Weltbunds für Frauenstimmrecht /1911/ hatte beschlossen in den Staaten mit Frauenstimmrecht Meinungsäußerungen über dessen Ergebnisse zu sammeln und zugleich mit einer Übersicht über die Ausdehnung und die Erfolge der Bewegung zu veröffentlichen. Dieses Werk liegt jetzt unter dem Titel Frauenstimmrecht in der Praxis vor /Dresden, Minden/. Es enthält neben in der Agitation recht verwendbaren Daten über die Geschichte und den Umfang des Frauenstimmrechts, die Beteiligung der weiblichen Wählerschaft bei den verschiedenen Wahlen, den Einfluß der Frauen auf die Gesetzgebung eine Reihe von Urteilen verschiedener Staatsmänner, Sozialpolitiker und gesetzgebender Körperschaften, die von überaus günstigen Wirkungen des Frauenstimmrechts sprechen und dessen Einführung auch den anderen Staaten empfehlen. Der Generalagent von Neuseeland Reeves wies 1899 in einer Rede über die praktische Ausübung des Frauenstimmrechts in London zunächst die törichten Befürchtungen zurück, mit denen man immer wieder vor den schrecklichen familiären Folgen des Frauenstimmrechts zu warnen pflegt, und sagte dann: »Das Auffallendste ist der kühle, vernünftige, gesunde Menschenverstand, mit dem sich die Frauen in unserm Weltteil bemühen ihre politischen Pflichten auszuüben. Sie tun es genau so, wie es vernünftige Männer zu tun pflegen und haben hinsichtlich vieler Dinge die gleiche Auffassungsweise.« Diese Erfahrung scheint mir sehr natürlich; denn sachlich eingehende Beschäftigung mit irgendeiner Materie kann meines Erachtens gar keine andere Wirkung haben als die einer vernünftig ruhigen Beurteilung. Die exzentrische Auffassung allgemeiner Angelegenheiten,

die man bei geistig ungeschulten Frauen häufig fand oder noch findet, ist gerade eine Folge mangelhaften Wissens und Denkens. Besonders erfreuliche Wirkungen auf die geistige Entwicklung der Frau scheint das Stimmrecht in Finnland zu haben. Nach dem Senator Mechelin haben dort die weiblichen Abgeordneten »volles Verständnis für die Tatsache bewiesen, daß sie nicht gewählt wurden, um lediglich Fraueninteressen zu vertreten, sondern daß ihre volksvertreterische Aufgabe genau die selbe ist wie die der Männer...« Und das australische Bundesparlament hat 1910 eine Resolution angenommen, in der es heißt: »Das Frauenstimmrecht hat zu einer erhöhten Berücksichtigung der Frauen und Kinder durch die Gesetzgebung geführt, obwohl die Frauen durchaus nicht nur diesen Fragen, unter Ausschluß solcher von größerer Tragweite, ihre Aufmerksamkeit zugewandt haben. In bezug auf Landesverteidigung und Reichsangelegenheiten haben sie sich ebenso weitsichtig und urteilsfähig gezeigt wie die Männer.«

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens bemerkt, daß die politische Taktik der englischen Suffragettes, die gerade wieder in einem verwerflichen Gewaltakt zum Ausdruck kam, schon deshalb die Stimmrechtsbewegung aufs schwerste diskreditieren muß, weil sie der politischen Moral und Reife dieser Frauen ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellt. Es erscheint an sich schon minderwertig revolutionäre, großen historischen Notwendigkeiten entstammende Methoden so ins Kleine und Kleinliche zu verzerren; schlimmer noch wird ihr Vorgehen dadurch, daß sich die Suffragettes auf die traditionelle Ausnahmestellung des weiblichen Geschlechts in England stützen und sich damit jeder wirklichen Verantwortung für ihre Handlungen entziehen. Das bewunderte Martyrium dieser Frauen ist nicht eben groß, da sie sicher darauf rechnen können, daß man ihnen, weil sie Damen sind, in England keine ernsthafte Schädigung zufügen lassen wird; sie wissen, daß sie durch den sogenannten Hungerstreik (der so zur Parodie der furchtbaren Tragödie des wirklichen Hungerstreiks der russischen Revolutionäre wird) sofort die Freiheit wieder erlangen; während man im selben England zum Beispiel Arbeiterführer, wenn sie ins Gefängnis kommen, festhält, ohne sich an ihren Hungerstreik zu kehren. Es ist aufs leb-

hafteste zu wünschen, daß die ganze übrige Stimmrechts- und Frauenbewegung in England wie in allen anderen Ländern sich endlich mit größter Energie von dieser Richtung lossagt und damit zeigt, daß man es hier nicht mit einer irgendwie typischen Denkweise von Frauen sondern nur mit einer Abart zu tun hat, wie sie schließlich jede Bewegung einmal hervorbringt, ohne für sie verantwortlich sein zu können.

Die Wahlbeteiligung der Frauen bei sämtlichen Wahlen war nach den Umfragen mit geringen Ausnahmen überall die gleiche oder eine höhere als die der Männer. Wenn also zum Beispiel bei uns dauernd über das geringe Interesse der Arbeiterinnen an den Krankenkassenwahlen geklagt wird, so entspringt diese Gleichgültigkeit wahrscheinlich nur der allgemeinen politischen Rechtlosigkeit der Frauen, die das Verantwortungsgefühl gegenüber dem Ganzen stets abstumpft.

Um ein endgültiges Urteil über die politische Wirksamkeit des weiblichen Geschlechts zu gewinnen (das auch für die Frauenpsychologie und -entwicklung von höchster Bedeutung wäre), ist natürlich die Zeit noch viel zu kurz. Als erstes Resultat aber ist diese Stimmrechtsenquete von erheblichem Wert.

×
Wahlrechts- agitation

Die Propagandaarbeit für das Frauenstimmrecht gewinnt in letzter Zeit nun auch überall an Kraft und Ausdehnung. Am 8. März fand bei uns in Deutschland, in Österreich und Ungarn, der Schweiz, in Holland und in Paris (dort zum erstenmal) wieder ein sozialdemokratischer Frauentag statt. Auch die Genossinnen in Rußland wollten sich der internationalen Demonstration anschließen; auf ihrem 2. Frauentag sollte neben dem Stimmrecht hauptsächlich die staatliche Mutterchaftsfürsorge besprochen werden, da das russische Krankenversicherungsgesetz von 1912 (das einen ersten Ansatz zur Wöchnerinnen- und Schwangerenunterstützung enthält) die Diskussion über dieses für das Land brennendste Arbeiterinnenproblem stark in Fluß gebracht hat. Die russische Regierung hat indes den Frauentag an vielen Orten verboten, an anderen verhaftete sie die Referentinnen; auch das Propagandablatt wurde beschlagnahmt. Bei uns zeigt sich das wachsende Interesse des weiblichen Proletariats am politischen

Leben in einem gewaltigen Zustrom besonders der großstädtischen Arbeiterinnen zu diesen Stimmrechtsversammlungen.

In Schweden wurde während des vorigen Jahres eine äußerst lebhaft Agitation zur Sammlung von Unterschriften unter allen Frauen des Landes für eine Stimmrechtspetition an den diesjährigen Reichstag entfaltet. 1906 war zum erstenmal eine solche Unterschriftensammlung vorgenommen worden, man nimmt an, daß dieses Mal mindestens die doppelte Anzahl von Namen eingezeichnet werden wird. Diesem Sturm dürfte dann endlich die Erste Kammer weichen. Sehr zu begrüßen ist es, daß die schwedischen Genossinnen im Gegensatz zu ihrer früheren Auffassung, wie Genossin Lindhagen in der Gleichheit schreibt, sich bei dieser Gelegenheit der von dem bürgerlichen Landesverein für Frauenstimmrecht ausgehenden Aktion solidarisch anschlossen. Wenn der Bericht darüber, der überdies ausdrücklich konstatiert, daß der bürgerliche Stimmrechtsverein in Schweden «Frauen aller Parteien als Mitglieder umfaßt», von der Redaktion der Gleichheit ohne jeden Kommentar wiedergegeben wird, so ist das freilich angesichts der Stellungnahme des Blattes gegenüber der deutschen bürgerlichen Stimmrechtsbewegung außerordentlich naiv; in der Sache selbst aber können wir nur wünschen, daß unsere radikalen Genossinnen aus diesem Vorgang lernen, wie man zweckmäßiger und darum radikaler für die eigenen Ziele kämpft, wenn man sich klug auch gegnerischer politischer Machtfaktoren bedient. Gerade für den Fortschritt der Frauenstimmrechtssache wäre diese Erkenntnis äußerst wichtig.

Die Vereinigung konservativer Frauen tagte vom 11. bis zum 14. Februar in Berlin. Regierungsrat Stackmann betonte in seinem Referat, daß »es einer großen innerlichen Festigkeit der führenden Damen bedürfen wird, um auch nicht um eine Haaresbreite gewisse Grenzen zu überschreiten«, und daß »alles, was mit der Forderung des Frauenstimmrechts zusammenhängt und letzten Endes dahin führen könnte«, von seiner Partei entschieden verneint werde. Gleichwohl ist die Gründung des Verbands selbst schon ein Beweis für das Wanken der konservativen Grundsätze im Frauenleben. Endlich ist auch in Berlin unter der Initiative der Herren von Gerlach und

Potthoff eine Männerliga für Frauenstimmrecht begründet worden, wie sie in anderen Ländern bereits besteht.

Eine Petition des Deutschen Verbands für Frauenstimmrecht an den Reichstag forderte das allgemeine Reichstagswahlrecht auch für die Frauen. Am 13. Januar fand eine Debatte darüber statt. Geschlossen trat auch diesmal nur die Sozialdemokratie für die Frauenforderungen ein. Der Fortschrittler Haas billigte sie ebenfalls, doch nur für sich und eine Minderheit seiner Parteigenossen. Die Nationalliberalen waren für den Kommissionsantrag auf Überweisung zur Kenntnisnahme, den Konservativen ging selbst dieser Antrag schon zu weit. Dem Zentrum gehörte der Berichterstatter der Kommission an, der die veränderten Verhältnisse und die sozialen Leistungen der Frauen hervorhob, »radikale« politische Forderungen aber ablehnte. Die Petition wurde zur Kenntnisnahme überwiesen.

Aus Anlaß der bevorstehenden Parlamentswahlen entfalten die Frauen in Paris eine außerordentlich lebhaft Agitation für das Frauenstimmrecht. Ebenso versuchen die Frauen überall ihre Eintragung in die Wahllisten durchzusetzen (ein oft angewandtes, aber recht aussichtsloses Mittel). Am 13. März referierten in einer großen Versammlung neben vielen Frauen der Abgeordnete Buisson und der Senator D'Estournelles de Constant. In einer Resolution wurde die Kammer aufgefordert den Initiativantrag Dussaussoy, der das Kommunalwahlrecht für die Frauen fordert und bereits seit 1906 der Beratung harret, so bald wie möglich anzunehmen.

Bei dem 14. Parteitag der britischen Arbeiterpartei entbrannte ein lebhafter Meinungskampf um die Stellungnahme der Partei zum Frauenstimmrecht. Zunächst fand eine Resolution der Arbeiterinnenliga Annahme, die die Fraktion auffordert in der nächsten Session diese Angelegenheit im Parlament zur Behandlung zu bringen. Die Fabier wollten durch einen Antrag die Partei verpflichten gegen die (bereits einmal im Unterhaus angenommene) Wahlrechtsvorlage der Regierung zu stimmen, falls diese nicht vorher eine Frauenstimmrechtsvorlage eingebracht hat. Dieser Antrag wurde aber mit starker Majorität verworfen.

In Japan haben die Konservativen

einen Antrag auf Frauenstimmrecht für Mütter eingebracht.

Eine polnische Männerliga für Frauenstimmrecht ist kürzlich im Anschluß an das galizische Frauenstimmrechtskomitee in Lemberg gegründet worden. In Russisch-Polen gewährt die neue Städteordnung das aktive Wahlrecht auch den weiblichen Grund- und Hausbesitzern.

In Verbindung mit dem Homerulekampf bildete sich ein selbständiger irischer Frauenstimmrechtsverband.

Arbeiterinnen-
interessen

Der Ständige Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen berief zum 19. Februar eine 3. deutsche Konferenz nach Berlin, auf der vorwiegend die Lage der Landarbeiterinnen besprochen wurde. Zur Grundlage der Beratungen sollte eine Enquete dienen, die in Einzeluntersuchungen bei G. Fischer in Jena erscheint. Gertrud Dyhrenfurth berichtete in ihrem Referat über die Ergebnisse dieser Untersuchung. Weiter sprachen Professor Anhangen und Dr. Rosa Kempf ebenfalls über Themen, die sich auf die Landarbeiterschaft bezogen. Der 3. Konferenztag war der Frage der Berufsbildung der Industriearbeiterinnen gewidmet; Dr. Elisabeth Altmann-Gottheiner und Dr. Marie Elisabeth Lüders, die das Problem für verschiedene Industriezweige untersuchten, kamen zu sachlich ziemlich entgegengesetzten Resultaten. Beide Fragen sind für die weibliche Arbeiterschaft von einschneidender Bedeutung; beide sind meines Wissens auch von unserer Seite noch so wenig eingehend behandelt worden, daß ich darüber im Zusammenhang mit der Besprechung einiger literarischer Erscheinungen demnächst besonders referieren will.

Kurze Chronik Der Jahresbericht des Internationalen Frauenrats der sozialistischen und Arbeiterinnenorganisationen in Großbritannien konstatiert einen starken Aufschwung der Tätigkeit des Verbands im letzten Jahr. 2 neue Organisationen: der Verein der weiblichen Genossenschaftsangestellten und die Union der Diensthöten und häuslichen Arbeiterinnen, sind ihm beigetreten, 2 andere, darunter die radikale Britische sozialistische Partei, sind ausgeschieden. Eine von der sozialdemokratischen

Fraktion eingebrachte und vom Reichstag angenommene Resolution fordert einen Gesetzentwurf, der das Hebammenwesen regelt. × An der Universität München wurde die Biologin Dr. Marianne Plehn zum Professor ernannt. Zum erstenmal sind auch an einer russischen Universität Frauen Professoren geworden, und zwar Fräulein Lorch und Fräulein Petrow an der Universität Moskau. × Ihren 70. Geburtstag feierte Dr. Elvira Castner, die Begründerin der ersten großen Obst- und Gartenbauschule für Frauen in Deutschland. Mehr als 670 Schülerinnen aller Nationalitäten sind durch ihre Schule gegangen.

Literatur Als 1. Band einer Sammlung Unsere Dichterinnen und die neuen Frauenideale /Berlin, Märkische Verlagsanstalt/ gibt Adele Schreiber-Krieger eine kurze Biographie von Hedwig Dohm heraus. Sie würdigt darin hauptsächlich die Vorkämpferin für die Befreiung des weiblichen Geschlechts wie für eine edlere und innerlichere Auffassung der Mutterschaft. Lebensbilder der Bertha von Suttner und der Marie von Ebner-Eschenbach sollen diesem Bändchen folgen. Die Sammlung ist zu begrüßen.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Jodl + In Wien ist, wie hier bereits in der Rubrik Philosophie (in diesem Band, pag. 256) mitgeteilt wurde, der Psychologe und Philosoph Friedrich Jodl gestorben. Nicht eigentlich in der psychologischen Arbeit stehend, ist er durch sein Lehrbuch der Psychologie /Stuttgart, Cotta/, wenn auch nicht gerade bei den Psychologen selbst, von Bedeutung geworden. Vielleicht trägt dazu die Eigenschaft bei, die man ihm als einzigen Fehler anrechnen muß: der Mangel an Ausprägung der Prinzipien, das Überwiegen des Kompromisses. In letzter Zeit scheint seine Psychologie als solche mehr Beachtung gefunden zu haben, wie ein Vortrag zeigte, der auf der letzten Versammlung der Naturforscher und Ärzte über die Bedeutung der Psychologie Jodls für die Psychiatrie gehalten wurde. Diese Psychologie sei in ihren Hauptlinien angeordnet: Seele ist ihm nur die Gesamtheit der psychischen Zustände, die stets an die Funktionen des lebenden Organismus

mus geknüpft ist. Bewußtsein ist eine Art der Lebenserscheinungen; das Verhältnis des Geistigen zum Körperlichen wird nach Art des Parallelismus gefaßt, aber dahin modifiziert, daß die Diskrepanz beider Gebiete bestehen bleibt. Der Ausdruck unbewußte Seelenvorgänge wird abgelehnt und durch unbewußte Hirntätigkeit ersetzt. Das Ich ist Rezeptivität und Spontaneität; die Gefühle werden nach Art der Lehre vom Gefühlston als Ichseite der präsentativen und perzeptiven Bewußtseinserscheinungen angesehen. Zu den leistungswertesten Teilen gehören die Kapitel über die höheren Gefühle und die Willenserscheinungen (allerdings in einer analytischen Behandlung, die zu der Darstellung der Empfindungslehre in keinem rechten Verhältnis steht). Man fühlt hier den feingeistigen Mann, wie man ihn aus seinen ethischen Schriften kennt.

× Gedächtnis ×
 Daß die moderne, sagen wir: experimentelle, Psychologie als Wissenschaft selbst sich ein gutes Maß von Vorwürfen aller Art (Weiningers Wort von der »Schrauben- und Hebel-Psychologie« ist noch einer der sanftesten) gefallen lassen muß, ist bekannt; daß man ihr aber auch den Vorwurf macht, sie sei, gar nicht so sehr indirekt, schuld an der Verflachung unserer geistigen Kultur, ist wohl neu. Jeder Fortschritt, so heißt es, liegt begründet in der denkenden Erfassung und Verarbeitung der Tatsachen und ihrer Zusammenhänge. Dem Denken entgegengesetzt, dem Wesen und der Wirkung nach, ist das gedächtnismäßige Reproduzieren. Gedächtnis, Lernerarbeit zerstört die Intelligenz. Nun ist ein besonderes und besonders intensiv beachtetes Gebiet der Experimentalpsychologie die Psychologie des Gedächtnisses. Von der theoretischen Untersuchung der Gedächtnisfunktion ausgehend, ist sie recht bald zu praktischen Konsequenzen, besonders für die Pädagogik, übergegangen. Der Ausbau der Lernmethoden brachte und bringt das *einprägende Lernen*, den Feind der Intelligenz, zu wachsendem Ansehen. Dieser Kampf gegen die Überschätzung des Gedächtnisses ist nicht neu; aber es ist verdienstlich dieses Problem einmal, nicht bloß aus intuitiver Erfassung sondern auf Grund psychologischer Induktion, behandelt zu haben. Daß es dabei ohne zahlreiche Übertreibungen nicht abgeht, liegt in der Natur jedes derarti-

gen Angriffs. Dennoch kann man nur wünschen, daß Dr. M. Vaertings Schrift Die Vernichtung der Intelligenz durch Gedächtnisarbeit / München, Reinhardt / in keiner Lehrerbibliothek fehlen möchte. Das Gedächtnis ist nur Hilfsfunktion für die übrigen geistigen Funktionen. Seine Tätigkeit darf nicht Selbstzweck werden. Die für den einstigen primitiven Menschen vorhandene Notwendigkeit das Wissensmaterial durch Einprägen ins Gedächtnis zu bringen führte zum absichtlichen Lernen. Diese Notwendigkeit besteht heute nicht mehr. Schrift und Buchdruck geben uns die Möglichkeit unser Gedächtnis zu entlasten; eine Fülle psychischer Energie wird frei werden für die Denkarbeit. Außerdem werden die bösen Folgen der absichtlichen Lernerarbeit fortfallen. Diese sind etwa: falsche, das heißt nicht durch das Interesse bewirkte Stoffauswahl; die Gefahr das »Behalten des Stoffs« dem denkenden Durchdringen vorzuziehen; die Hemmung der Phantasie (durch die zu leicht auftretenden eingepägten Inhalte) und nicht zu mindest eine »unmittelbare Förderung der Dummheit durch das Memorieren«. Auch das wird man dem Verfasser zugeben, daß die Zusammenhänge zwischen dem Gedächtnis (im weitesten Sinn) und dem Denken von der experimentellen Psychologie noch kaum untersucht worden sind. So sehr ich aus vollem Herzen des Verfassers Tendenz billige, so wenig hat mich seine Argumentierung überzeugt. Schon die überall durchleuchtende Grundlage ist anfechtbar: es bestehe keine, oder nur eine geringe Korrelation zwischen Gedächtnis und Intelligenz. Denn die unbestrittene Tatsache, daß ein *gutes* Gedächtnis sich oft bei Intelligenzmangel zeigt, berechtigt nicht die Umkehrung, es bedürfe die Intelligenz nicht eines solchen Gedächtnisses! »Das Gedächtnis ist wie ein Stück Land, das man bebauen soll; die Intelligenz ist das Kapital, das man in diese Bebauung steckt . . . Das Gedächtnis liefert den Reichtum an Material, dessen die Gedanken zur Arbeit bedürfen«, sagt Binet. Nun wird Vaerting meinen, gegen das Gedächtnis habe er gar nichts sondern nur gegen die absichtliche Einprägung. Da möchte man allerdings wünschen, daß er die Bedeutung eines vorhandenen Kenntnismaterials und seine leichte Erregbarkeit anders gewürdigt und vor allem bemerkt hätte, daß hierin schließlich die Grund-

lage des von ihm für wichtig gehaltenen Wiedererkennens beruht. Daß die absichtliche Lernarbeit den »Willen« in den Mittelpunkt stellt, der damit auch zur Bedeutung im Denkgebiet gelangt, ist zuzugeben; viel weniger schon, daß dieses schädlich wäre. Gewiß ist nicht immer, und wohl nur selten in hochwertigen Prozessen, der bewußt gelenkte Wille die treibende Kraft. Doch ist es fast banal darauf hinzuweisen, wie unendlich wichtig der Wille für die Fälle der inneren oder äußeren Denkhemmungen ist. Und schließlich ist es nur eine, wenn auch gut klingende, Behauptung, das absichtliche Lernen stärke nicht das allgemeine Behalten. Die bisher gemachten Experimente (etwa Meumanns) scheinen dagegen zu sprechen. Allerdings gibt es hier noch viel Arbeit für die Psychologie. Es ist aber jetzt üblich »das Gedächtnis schlecht zu machen«, wie Binet sagt; zweifellos infolge des Drucks, den das stetig wachsende Tatsachenmaterial ausübt. Da ist jetzt gerade der 2. Teil von Prentice Mulfords Unfug des Sterbens /München, Langen/ erschienen; er betitelt sich Der Unfug des Lebens. Mulford ist einer von denen, die unsere Kultur an allen Enden zwackt und beißt, und weil er sich nicht in ihr zurechtfinden kann, nennt er ihre Äußerungen »Unfug«. Zu dem »Unfug des Lebens« rechnet er leider auch das Gedächtnis. »Wieviele nutzlose Abfälle von Daten, halb zerfallenen Meinungen, Tatsachen und Ereignissen sind in meinem Bewußtsein, für die ich weder eine Verwendung habe noch eine solche weiß . . . Warum soll ein Mensch selber tun, was jedes Lexikon für ihn tun kann?« Auch hier zeigt sich die Verkennung der Bedeutung des Gedächtnisses für das, was in unser Bewußtsein treten soll. Mulfords Schrift selbst, das heißt die geistige Kultur, die aus ihm spricht, ist die beste Instanz gegen ihn selbst. Weil viele das Gedächtnis falsch anwenden oder seine Bedeutung auf einem andern Gebiet, dem der Intelligenz, suchen, sollte man es nicht schmähen.

Nun herrscht aber andererseits kaum über einen Begriff ein solcher Disput innerhalb und außerhalb der Psychologie wie über den der Intelligenz. Die Ursache möchte ich darin sehen, daß hier ein Begriff des praktischen Lebens, der eine gewisse Art des Verhaltens bezeichnet, psychologisch ausgefüllt, aus psychischen Komponenten aufgebaut werden soll. Eine gute Orientierung über dieses

Problem gibt Dr. Georg Anschütz' Werk Die Intelligenz /Osterwieck, Zickfeld/. Die Einleitung enthält einen guten, wenn auch etwas subjektiv gesehenen, Überblick der Entwicklungslinien der neuen Psychologie und des Intelligenzproblems. Anschütz hat anfänglich das gute Bestreben den unscharfen Begriff aus der täglichen Erfahrung zugrunde zu legen; trotzdem wird, was der Systematik, aber nicht der Erkenntnis von der Kompliziertheit des Problems zum Vorteil gereicht, die Intelligenz, indem ihre elementaren Faktoren aufgesucht werden, zuerst als Phänomen des Denkprozesses aufgefaßt, und es wird mit einer Untersuchung der Aufmerksamkeit begonnen. Aber weil die Aufmerksamkeit diejenige psychische Funktion ist (schon sie als solche zu bezeichnen setzt eine Theorie voraus), die theoretisch wohl am stärksten umstritten, andererseits gleichwohl unverkennbar ist, so sollte man die Darstellung der Aufmerksamkeitslehre stets nur auf Tatsachen und Beobachtungen aufbauen und nicht mit den »Anschauungen« über sie beginnen. Das Kapitel über die Erforschung der komplexen Denkvorgänge führt in dieses erst seit einigen Jahren intensiv bearbeitete Gebiet ein, es zeigt, wie man hier trotz eifriger Arbeit nur schwer weiterkommt, wenn man nicht den Gewinn in der Fülle neuer Theorien sehen will, zeigt aber auch, wie gerade hier vorgefaßte und hergebrachte Meinungen erst Schritt für Schritt überwunden werden müssen. Für die Denkvorgänge stellt Anschütz ein vom einfachen zum komplizierten fortschreitendes, recht brauchbares Schema auf: einfache komplexe Denkakte, allgemeine Bewußtseinslagen, Intensionen (Betätigungsgebiete: Leben, Kunst und Religion), intuitives Erfassen, geniales Erfassen. Bei der Darstellung der Methoden hätte man etwas mehr Kritik gewünscht, die Ungleichwertigkeit der Methoden kommt nicht zur Geltung. Ähnliches gilt für das sonst sehr gut orientierende Kapitel über die Methode von Intelligenzprüfungen (auf die vielleicht später einmal hier näher eingegangen werden kann). Dem Leser stelle ich folgende Mitteilung zur Beurteilung anheim: Nach dem modifizierten Binetschen Verfahren stellte man an 11(1)-jährige Kinder die Frage: »Weshalb entschuldigt man eine schlechte Tat, die im Zorn ausgeführt wurde, eher als eine solche, die kaltblütig begangen wurde?«

Die Antwort lautete: »Man entschuldigt die erstere [!] Art einer schlechten Tat eher, weil der Mensch sicher so in Erregung war, daß er im Augenblick nicht wußte, was er tat, und später alles Geschehene sicher bereut, während der Kaltblütige eben nur aus Lust am Schlechten eine solche Tat vollbringt und im Fall der Strafe alles leugnen würde.« Man mache einmal diesen Versuch nach! Derartige *Anwendungen* der Methodik machen den kritischen Leser freilich stutzig; doch ändert dies nur wenig an dem guten Gesamteindruck des Werks.

Bei der Aufrollung des Intelligenzproblems fehlt natürlich nie der Hinweis auf das mathematische Denken, in dem man oft das Prototyp der Intelligenz sieht. Bei Anschütz wird das mathematische Denken nur gestreift. Eingehender beschäftigen sich mit ihm zwei neuere Arbeiten: Benchara Branford. Betrachtungen über mathematische Erziehung vom Kindergarten bis zur Uni nicht zu kurz. Eine eingehende psychologie und mathematischer Unterricht; beide erschienen bei Teubner in Leipzig. Branford richtet sich an den Lehrer; aber auch der Psychologe kommt bei ihm nicht zu kurz. Eine eingehende psychologische Begründung findet die Methodik des mathematischen Unterrichts, aufgebaut auf experimenteller, anschaulicher und wissenschaftlicher Erkenntnis. Besonders Wert legt Branford auf das Experiment im Unterricht, und man möchte wünschen, daß dieses immer mehr Eingang findet. Er selbst führt es fast nur an Beispielen der Geometrie durch; aber auch die Arithmetik gestattet das Experiment. Nicht nur, daß es das Material der sinnlichen Anschauung liefert, und dadurch der Einzelerkenntnis die Richtung zu allgemeinen Erkenntnissen aufdrängt, es gibt auch, was der Verfasser nicht betont, dem Bewußtsein der Evidenz der Axiome und der Methode stets neue Nahrung, ja gibt ihm unter Umständen erst die wahre Kraft. Die Grundfragen sind: 1. In welcher Weise können Denkkonstruktion und sinnliche Rezeptivität vereinigt werden? 2. Wie verteilen sich in ihrem quantitativen Vorkommen beide Elemente auf die verschiedenen Individuen nach Alter, Geschlecht usw.?

Viel mehr als Branford wendet sich Katz an den Psychologen. Nach den Kapiteln über die Entwicklung der Zahl- und Raumvorstellung nimmt die differential-

psychologische Betrachtung mit Recht einen großen Raum ein. Die Bedeutung der Vorstellungstypen (visuell, motorisch) für den Unterricht, besonders in der Geometrie wird an Beispielen dargetan. Dagegen vermißt man den Hinweis auf die Denktypen, die hier bei der Entwicklung von anschaulicher zu gedanklicher Erfassung nicht belanglos sind. Was die mathematische Begabung anlangt, möchte ich mich der Meinung Katz' anschließen: »Ich glaube nicht, daß mit größerer Berechtigung von einer typischen amathematischen Begabung gesprochen werden darf als von einer typischen aphilologischen oder ahistorischen Begabung.« Eine sexuelle Begabungsdifferenz finde insofern statt, als »an den höchsten Leistungen in der Mathematik Frauen nicht beteiligt sind«. Indes, die Beobachtung des Verhaltens bei der elementaren Mathematik besagt noch zu wenig. Und für die höhere Mathematik liegt ein brauchbares Material noch nicht vor.

Über die spezifisch rechnerische Begabung findet man außer bei Katz orientierenden Aufschluß in einem kleinen, in der Teubnerschen Mathematischen Bibliothek veröffentlichten Band P. Maennchens Geheimnisse der Rechenkünstler. An die für einen nicht gar zu schlechten Rechner verständlichen Darlegungen der verschiedenen Methoden für überraschend schnelles Wurzelausziehen, Osterdatum- und Mondphasenbestimmung, der Darstellung des jetzt viel genannten Ferrolschen Rechenverfahrens schließt sich ein Abschnitt Besitzen die Rechenkünstler Intelligenz? Man kennt Schwachsinnige und gänzlich Ungebildete, die im Radizieren *Unglaubliches* leisten. Maennchen will zugeben, daß es ein mechanisches Rechnen bis zu hoher Fertigkeit ohne Intelligenz geben kann. Und bei den Elberfelder Pferden? Die Flut der Aufsätze über das Elberfelder Problem hat stark abgenommen. Dafür finden die Pferde, das heißt ihre Psychologie ihre eigene Vertretung in einer von ihrem Lehrer Krall herausgegebenen Zeitschrift Tierseele, die hier schon in der Rubrik Biologie (1913, 3. Band, pag. 1656 f., und in diesem Band, pag. 133) kurz angezeigt wurde. Wer wie der Referent an den Pfungstschen Versuchen mit dem Klugen Hans teilgenommen hat, sieht hier kein Problem, höchstens ein menschliches. Daß die Pferde ihre Resultate nicht errechnen, zeigt sich darin, daß etwa

4stellige Wurzeln aus 6stelligen Zahlen sofort richtig beantwortet werden. Bei falscher Antwort folgen die Verbesserungen ohne Unterbrechung aufeinander. So verfährt aber kein wirklich Rechnender. Ungemein charakteristisch ist ferner, daß die Intelligenz sich gerade nur in schwierigen Rechenaufgaben zeigt. Die Zeitschrift enthält unter anderem auch die Protokolle über die Prüfung der Sehschärfe des Klugen Hans, wobei Hans die Stellung eines großen E beurteilen mußte.

In der Zeitschrift für angewandte Psychologie veröffentlicht Dr. Hähnel Neue Beobachtungen, die recht deutlich die etwas leichtfertige Art der Elberfelder Versuche zeigen. Aus 18 unwissenschaftlichen Versuchen, von denen 7 ganz falsch, 11 richtig, aber oft erst nach einigen Ansätzen, waren, wird kühn der Schluß auf die Rechenfähigkeit gezogen. Beim Klugen Hans hatten derartige Versuche zuerst auch den wahren Tatbestand verdeckt. Die Zahl der Versuche müßte viel größer sein.

In dem selben Heft vergleicht von May die Fähigkeit des Rechnens beim Menschen und beim Tier. Ein Kind lernt die 4 Rechenoperationen mit den Zahlen 1 bis 20 in 1 Schuljahr, das Pferd Mohammed in 18 Tagen; das Kind das Potenzieren und Radizieren im 6. bis zum 8. Schuljahr, das Pferd nach 4½ und 6 Monaten! Entweder muß man annehmen, das Pferdegehirn beantworte gewissermaßen automatisch die Aufgaben (dies wäre die letzte Zuflucht), oder es liegt Zeichengebung vor. Welcher Art diese sein kann, darüber gibt es einige sehr wahrscheinliche Vermutungen. Im höchsten Grad verdacht-erregend ist es, daß Krall jeden Versuch Pfungsts, des Entlarvers des Klugen Hans, die Elberfelder Pferde zu untersuchen auf alle mögliche Weise zu vereiteln gewußt hat. Die Lächerlichkeit, in die Anhänger Kralls dessen Gegner hinabziehen wollen (die Zeitschrift enthält eine Blütenlese) wird in Bälde auf sie zurückstrahlen.

×
Psycho-
analyse

Die Psychoanalyse ist, soweit man wagen kann einen derartig in der Entwicklung befindlichen und umstrittenen Begriff zu definieren, ein Verfahren die unter- und unbewußten Triebkräfte unseres bewußt geistigen Geschehens aufzudecken. Die Methode besteht in der Hauptsache in der Interpretation des durch Ausfragen

und aus Traummitteilungen gewonnenen Materials. Als solche kann die Methode zweifellos wissenschaftliches Interesse beanspruchen. Sie tritt aber auch als therapeutisches Verfahren auf, ausgehend von der Annahme (manche meinen: Tatsache), daß Störungen des psychischen Geschehens (Neurosen) aus der Quelle des Unbewußten stammen und, was wesentlich ist, beseitigt werden können, wenn der Ursachenkomplex ins Licht des Bewußtseins tritt. Es lag nahe dieses Verfahren auch in der Erziehung, besonders bei anormalen Kindern, zur Anwendung zu bringen. Ich kann hier nicht auf die immer mehr anschwellende Literatur eingehen und will nur auf eine kleine Schrift hinweisen, die, den besondern Zusammenhang zwischen Psychoanalyse und Ethik betrachtend, deutlich zeigt, nach welcher Richtung dies Verfahren in der Erziehung tendiert: Psychoanalyse und Ethik von Dr. Karl Furtmüller, in den Schriften des Vereins für freie psychoanalytische Forschung /München, Reinhardt/. Ausgehend von der Grundannahme Alfred Adlers, daß die Grundtriebkraft der ganzen psychischen Entwicklung das »Gefühl der Minderwertigkeit« sei (siehe auch Adler Der nervöse Charakter, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 2. Band, pag. 797 ff.), sieht er auch in den ethischen Reaktionen nur eine Resultante dieser innern Kraft und des von außen auf das Kind wirkenden Drucks. Die Art, wie jenes Minderwertigkeitsgefühl durch die Reaktion kompensiert wird, führt zu den Quellen der Ethik. Für die Pädagogik ergibt sich jedenfalls (abgesehen von jeder theoretischen Ethik, die bei Furtmüller in eine nicht sozial sondern individuell-teleologisch fundierte Ethik ausläuft) ein Weg erzieherische Hindernisse durch Bewußtwerden solcher kompensatorischen Tendenzen zu überwinden.

Aber gegen diese psychoanalytische Methode in der Pädagogik wendet sich nun eine scharfe Erklärung der Sektion für Jugendkunde im Bund für Schulreform. Sie nennt die Anwendung dieser Methode auf Kinder »verwerflich«, sieht in ihr eine schwere Gefahr für unsere Jugend, der dadurch die »Entharmlosung« drohe. Eine nicht minder scharfe Ablehnung hatte die ganze psychoanalytische Methode schon vorher auf der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Psychiatrie erfahren, bei der Hoche jene Lehre »weder theoretisch noch empirisch

risch begründet« nannte, ihre therapeutische Wirksamkeit für unbewiesen erklärte und schließlich den anwesenden besonnensten Vertreter der Methode, Bleuler (Zürich), bittet mit einem Donnerwetter zwischen die psychoanalytischen Pädagogen und Geistlichen zu fahren; denn merkwürdigerweise sind in der Schweiz gerade sehr viele Geistliche Anhänger jener Methode. Von dieser Seite blieb auch eine Gegenerklärung nicht aus; sie wendet sich unter anderm gegen die Auffassung, als wolle die Psychoanalyse nur sexuelle Triebkräfte aufdecken.

Aber wie man zur Psychoanalyse im allgemeinen auch stehen mag, man wird doch wohl sagen können, die Hauptkunst der Erziehung bestünde vor allem im Vernichten schädlicher, vielleicht unbewußter Motive, gerade ohne sie durch das Bewußtsein hindurchzuführen.

× Koedukation Dem in der Zeitschrift für angewandte Psychologie veröffentlichten Bericht über den 3. Kongreß für Jugendbildung und Jugendkunde sei folgende Stelle aus dem Vortrag des Professors Stern entnommen: »Wenn die heutige Mädchen-erziehung die Rangunterschiede gegenüber den Knaben beseitigen will, wenn sie alle Gegenstände der Kultur den Mädchen ebenso zugänglich machen will wie den Knaben, so entspricht dieses der These, daß im Rang und im Gegenstand nicht das Entscheidende der Geschlechtsdifferenz liegt. Wenn sie aber die gleichen Gegenstände den Mädchen in der gleichen Form wie den Knaben bietet, die gleichen Einstellungsweisen voraussetzt oder fordert, die gleichen Entwicklungstempi annimmt usw., dann scheint das eigentlich Wesentliche der weiblichen Eigenart bedroht zu sein.«

An den Kongreß war eine Ausstellung zur vergleichenden Jugendkunde der Geschlechter angeschlossen, über die ein Katalog, der bei Teubner erschien, Auskunft gibt. Man muß zugeben, daß die psychologische Vertiefung in die Frage der Koinstruktion auch zu Argumenten gegen dieses System führt. So waren in Stichproben und tabellarisch verarbeiteten Ergebnissen die Erzeugnisse freien literarischen Schaffens jugendlicher ausgestellt. Man ersieht aus ihnen die Neigung der Knaben zu nachdenklichen Werken, die der Mädchen zu romantischen; der Knabe ist promethidenhaft, keck und zertrümmernd, das

Mädchen (um das 12. und 13. Jahr) fromm und gefühlvoll, traditionell. Für die Frage nach der Milieuwirkung kommen die Werke von Arbeiterkindern, jugendlichen Arbeitern, Fürsorgezöglingen usw. in Betracht. Das Soziale und die Natur bilden hier das Hauptthema, das besonders gern in phantastischer Märchenform auftritt; der Stimmungston dieser Dichtung macht den Eindruck des Bedrückten. Gewissermaßen die negative Seite der Milieuwirkung ist es, daß die Gymnasiastin trotz männlich gymnasialer Bildung sich in der Themenwahl und der emotionellen Behandlungsform doch vom Gymnasiasten unterscheidet. Aus der im Katalog angegebenen Denkschrift über die Einführung des getrennten Unterrichts für Knaben und Mädchen in den Volksschulen Barmens sei folgender Satz erwähnt: »Wie kann man auf der einen Seite für individuelle Behandlung eintreten, und es auf der andern für richtig halten den Knaben wie ein Mädchen und das Mädchen wie einen Knaben zu behandeln! Individueller Unterricht und individuelle Erziehung verlangen unbedingt getrennten Unterricht für Knaben und Mädchen!« (Fragt sich nur, ob und wie weit »individuelle« Erziehung überhaupt einen Sinn hat und erstrebenswert ist. Neuerdings scheint man doch wieder dahinter zu kommen, daß das Individualisieren in der Erziehung einen Irrweg darstellt.)

× Kurze Chronik Das Bureau of Education der Vereinigten Staaten in Washington, eine nicht beaufsichtigende sondern beratende Behörde, hat mehrere wertvolle statistische Untersuchungen zur Erziehungsfrage veröffentlicht. Ferner hat das Bureau auch sorgfältig ausgearbeitete Bibliographien über wichtige Erziehungsfragen zusammengestellt. Von diesen versendet es folgende auf Verlangen: Secondary Education in the United States of America; The Montessori Method; Rural Life and Culture; Economic Value of Education; Play and Playgrounds; Home Economics; Higher Education; Mother Club and Parent; Teacher's Association. × Die Anwendung der Psychologie auf Kindergärten (System Montessori) war der Gegenstand eines Spezialkursus im Institut J. J. Rousseau in Genf. × Aus den Tafeln des Berliner Schularztes Dr. Schäfer über die Moralbegriffe

Jugendlicher (im Anschluß an die Beantwortung der Frage: Warum ist das Stehlen verboten?) sei die Tatsache mitgeteilt, daß die Kurve der religiös gefärbten Motive ihren ersten plötzlichen Abfall, besonders bei den Knaben, in der Zeit der Vorbereitung zum Konfirmationsunterricht zeigt. × Ferner sei der Tabellen des Professors Dück (Innsbruck) über den Reizwert geschlechtlicher Anklänge gedacht. 22 Abiturienten und 29 Abiturientinnen einer Handelsschule wurde eine Reihe von 12 Wörtern (akustisch oder visuell) dargeboten, die nach einer bestimmten Zeit wiederholt werden sollte. In der Reihe befanden sich neben neutralen Wörtern die 3 geschlechtlich anklingenden, Heirat, Verlobung, Kuß, dieses an drittlezter Stelle. Auf dieses Wort fällt keine Niete. Auf die beiden anderen zusammen 6. Dagegen zeigten die Worte mit rein materiellen Anklängen (Geld, Vermögen, Gewinn) erstaunlich viele Fehler. Professor Dück schließt (im Septemberheft der Sexualprobleme) seinen Bericht mit dem Hinweis darauf, »daß bei den reiferen Knaben und Mädchen sexuelle Anklänge einen ganz ungewöhnlich großen, alles andere weit zurückdrängenden Reiz ausüben«. Vielleicht zeigt sich aber auch in dieser Beurteilung eine Überschätzung der sexuellen Motive, und es wäre der starke Reizwert jener Worte auch noch auf andere Faktoren zurückzuführen, wie etwa auf starke Betonung durch von außen kommende, nicht innere Motive, häufige Wiederholung und dadurch entstehende Werterhebung. × An Stelle des von Bonn nach München gehenden Psychologen Professors Külpe tritt Professor Störing, bisher an der Straßburger Universität. Dadurch ist die sogenannte freie Philosophieprofessur vakant geworden. Es ist vorgeschlagen worden neben dieser Professur eine für experimentelle Psychologie einzurichten. × An der pädagogischen Akademie in Wien wurde ein pädagogisch-psychologisches Laboratorium errichtet. × Der nächste Kongreß für experimentelle Psychologie findet vom 15. bis zum 18. April in Göttingen statt. × Auf dem internationalen Kongreß für Ethnologie und Ethnographie, vom 1. bis zum 5. Juni in Neuchâtel, wird sich die 2. Sektion des Kongresses mit Ethnopsychologie, Religionspsychologie, psychoanalytischen Interpretationen von Mythen und Legenden und mit verglei-

chender Ästhetik beschäftigen. × Die Berliner Psychologische Gesellschaft stellt als Preisaufgabe die Untersuchung der Beziehungen zwischen der intellektuellen und der moralischen Entwicklung Jugendlicher.

× **Literatur** Die Psychologie ist eine viel zitierte Wissenschaft, aber diese Häufigkeit steht im umgekehrten Verhältnis zu der Kenntnis von ihr. Daher ist jeder Versuch zu begrüßen, der zur Verbreitung solcher Kenntnis der neuern Psychologie beiträgt. Aber was ist neuere Psychologie? Ich will nicht in das Wespenneß dieser Diskussion greifen, jedoch so wahr es ist, daß die moderne Psychologie mehr ist als bloß experimentelle Psychologie, so umfaßt gerade diese doch einen stets wachsenden Bezirk des gesamten Gebiets. Eine gute kurze Einführung in die Ergebnisse und besonders die Methodik gibt ein Büchlein Experimente aus der Seelenlehre von Rudolf Schulze /Leipzig, Voigtländer. An einer Reihe von Versuchen, die durch Abbildungen gut erläutert werden, werden Begriff und Methode der Empfindungsmessung entwickelt. Das Kapitel Messung psychischer Zeiten, eines der klarsten des Buches, gibt eine Erinnerung an den seltsamen Ursprung des Reaktionsexperiments aus astronomischen Beobachtungen und zeigt dann, wie wir heute auch den Willensvorgang experimentell untersuchen, und wie weit diese Methodik bereits ins praktische Leben greift. Eine kurze Darlegung der Achsens Methode zur Untersuchung der Determinationsstärke hätte hier gut eingefügt werden können. Wenn man sich erst darein gefunden hat, daß dies auch ein unterhaltendes Lesebuch sein soll, übersieht man gern, wie geschickt der Verfasser über Schwierigkeiten hinweggleitet (besonders im Kapitel Bewußtseinsquerschnitte; oder sollte er etwa sich deren nicht bewußt sein?). Dem angehenden Lehrer, auch Eltern ist das gut geschriebene Büchlein wohl zu empfehlen. Es wird ihnen hoffentlich Appetit auf mehr machen.

KUNST

Musik / Erich Falkmann

Mahler Mahlers Lebenswerk liegt abgeschlossen vor uns. Noch zweimal hat uns dieser Winter Gelegenheit gegeben bisher un-

aufgeführte Arbeiten des Komponisten kennen zu lernen. Die erste war eine Uminstrumentierung der 5. Symphonie, die durch orchestrale Änderungen und Retuschen nun bedeutend an Schwung und, vorwiegend im letzten Satz, an Grazie und Leichtigkeit gewonnen hat. Besonderes Interesse erweckte die Auf-
führung der zweiten Novität, einer 2-sätzigen Chorballeade, die Mahler mit 20 Jahren auf einen eigenen Text geschrieben hat. Wir erkennen in dem Werk aufs deutlichste alle die Keime, aus denen später die Musik der Symphonien und Lieder entsprossen ist. Schon der volkstümliche Ton, der romantische Zug der stofflichen Grundlage, die einem von Bechstein wiedererzählten Märchen entnommen ist, die Naturstimmung des 1. Teils, das festliche Milieu des 2., das alles lag Mahlers Natur besonders nahe. In der Musik zeigt sich seine Eigenart bereits vollständig ausgeprägt: die volksliedmäßigen (die Klippe des Trivialen nicht immer vermeidenden) melodischen Einfälle, die typische Art der Kombination und der Verknüpfung der Themen, die Harmonisation, die charakteristischen Begleitungsformen. Das Erstaunlichste ist, wie bewußt Mahler schon hier mit den instrumentalen Mitteln umgeht, wie er das Orchester ganz allein der Ausdrucksinterpretation dienstbar macht. Daß schließlich der Gesamteindruck doch unbefriedigend bleibt, liegt zunächst an der ungewandten Behandlung des Chors, dann aber am Mangel an Steigerungen und an einheitlich fließender Bewegung, der das Werk in eine Reihe einzelner Episoden zerfallen läßt.

Zu einer kritischen Würdigung des Gesamtschaffens Mahlers fehlt uns noch die genügende Distanz. Richard Spechts Mahlerbiographie (Berlin, Schuster & Loeffler/ verzichtet daher von vornherein darauf die Erscheinung Mahlers in die Musikgeschichte einzuordnen, seine historische Bedeutung, seine Beziehungen zur Vergangenheit und den anderen Strömungen der Gegenwart festzulegen. Der Verfasser will ihn uns vielmehr als sein Erlebnis, als Ereignis seines Lebens schildern. Von diesem bewußt subjektiven Gesichtspunkt aus ist das ganze Buch zu betrachten. Der Leser sieht Mahler darin sicher nicht wie er war; er sieht ihn einseitig, aber er tut einen tiefen Blick in die Eigenart seines Wirkens und seiner Werke. Auf der Schilderung seiner Symphonien beruht daher

auch der Schwerpunkt des Buches, und dieser Teil wird besonders zum Verständnis vieler noch ungeklärter Eigenheiten und Einzelheiten in Mahlers Schaffen beitragen. Während zum Beispiel Kretzschmar die kindlich unbekümmerte Vertonung des Engelsgesangs im 5. Satz der 3. Symphonie als Parodie und Verspottung der christlichen Religion auffaßt, erfahren wir heute (und wir haben hier wohl eine authentische Auslegung der Absichten Mahlers vor uns), daß diese naive Melodie heiterer gottgläubiger Einfachheit entsprungen ist. Zwei Anfangskapitel würdigen Mahler als Menschen und als Operndirektor und -dirigenten, und den Schluß bildet eine inhaltreiche Zusammenstellung von Bildern und Handschriftproben.

× Reznicek Emil Nikolaus von Reznicek, dem Verfasser der einst häufig gespielten heitern Oper Donna Diana, haben 2 im letzten Jahr veröffentlichte symphonische Dichtungen durch die Besonderheit ihrer Stoffe und die Art ihrer musikalischen Inspiration einen hervorragenden Platz unter den heutigen Programmsymphonikern verschafft. In den beiden als Gegenstück gedachten Werken Schlemihl und Der Sieger verschmäht es der Komponist mit den Gestalten dieser Tondichtungen eine romantische Maske zu treiben und ihnen einen historischen oder poetischen Namen zu geben. Seine Helden sind Gestalten aus der Gegenwart, und zum erstenmal erscheint hier eine dem Naturalismus, wie er in der Dichtkunst am Ende der achtziger Jahre auftritt, wie er in der Oper gelegentlich schon zu finden ist (Louise), entsprechende Gegenwartsschilderung auf symphonischem Gebiet in großem Maßstab. Das erste der beiden Werke hat mit dem Chamisso'schen Schlemihl nichts zu tun sondern schildert die Lebensschicksale eines vom Unglück verfolgten modernen Menschen, der im Kampf um seine individuelle und materielle Existenz zugrunde geht. Den Gegensatz hierzu bildet Der Sieger, den der Verfasser ein symphonisch-satirisches Zeitbild nennt. Es wird hierin der Idealtypus der modernen, industriellen Zeit gezeichnet, ein kalter, harter, aber unternehmender Mensch, der sich eine Gefährtin seines Schlages wählt, den Gipfel des Reichtums und Glücks erklimmt, bis er schließlich erkrankt und, von seiner Gefährtin verlassen, einsam und in Ver-

zweiflung stirbt. Reznicek versucht hier in der Musik die Ironie und die Karikatur, wie sie sich schon bei Richard Strauß finden, weiter auszubilden und einen musikalischen *Simplicissimus*- oder *Wendekindstil* zu schaffen. Der Sieger hat auch inhaltlich viele Züge des Marquis von Keith. Hin und wieder schlägt die Satire in das Verzerrte und Fratzenhafte um, so im Scherzo des Schlemihl, wo es der Komponist unternimmt die dämonisch grotesken Figuren des Beardsleyschen Bildes *A comedy of marionets* nachzuzeichnen. Überhaupt spielt neben dem Realistischen das Phantastische eine große Rolle. An dem mit dem Tod ringenden Sieger zieht der Zug des Todes (nach dem Gemälde Spangenberg's) vorbei, und manche anderen Episoden scheinen malerischen Vorbildern, wie den satanischen Phantasien Rops' oder den Traumvisionen Kubins ihre Entstehung zu verdanken. Musikalisch führt Reznicek das gesamte Rüstzeug der Programmmusik ins Feld, aber er verwendet es auf seine Weise, durchdenkt es selbständig, erweitert und vertieft es. Die bedeutendere Musik von den beiden Werken scheint mir Der Sieger zu enthalten. Fanfaren-, Walzer- und Marschthemen charakterisieren in dem dramatischen 1. Satz den Mann, ein kapriziöses Ländlerthema von »niederträchtiger Grazie« die Gefährtin. Im 2. Satz schildert ein diabolischer Walzer unter Verwendung des Dies irae den Tanz um das goldene Kalb. Der 3. Satz, der den Tod des Helden zum Inhalt hat, malt mit unerbittlicher Deutlichkeit die Sphäre des Gespenstischen und Grauensvollen. Ein Altsolo spricht den Epilog und schließt das Werk mit ganz zeitgemäßer Schopenhauerscher Philosophie. Wie Schlemihl läßt sich auch der Sieger »von Ekel erfaßt auf ewig hinabgleiten nach Nirwana«. Die schwungvollen, dabei linear einfachen Melodien, die farbenreiche Harmonik, die Klangphantasie, die Realistik der Tonmalerei, das Raffinement der orchestralen Wirkungen, die technische Überlegenheit lassen uns über das Fehlen inniger und lebenswarmer Momente hinwegsehen und stempeln die beiden Werke zu eigenartigen und bewundernswerten Dokumenten einer musikalisch hochkultivierten Zeit.

Neuausgaben Das Freiwerden Wagners hat, wie vorauszu-
sehen war, eine Flut von
Neuausgaben seiner Werke zur Folge

gehabt. Fast alle bedeutenden Verleger haben die Klavierauszüge der Opern in leicht spielbarer Fassung zu mäßigen Preisen gebracht. Hervorzuheben ist die Ausgabe des Verlags von Breitkopf & Härtel, in der jedem Auszug eine Inhaltsangabe beigelegt ist, sowie eine Tabelle der Leitthemen mit Hinweisen bei jedem Thema im musikalischen Text. Leistet diese Publikation zur Einführung der Wagner ferner Stehenden in seine Musik gute Dienste, so erfüllt die Peterssche Ausgabe alle Anforderungen, die ein Musiker an einen Opervortrag stellen kann. Die meisten dieser Auszüge stammen von Felix Mottl, und ihr Wert beruht, neben dem sehr klaren und angenehmen Klaviersatz, in einer großen Reihe von Bemerkungen, die Wagner während der Proben zu seinen Werken in Wien und in Bayreuth zu dem Orchester und den Sängern gemacht und die der damals als Bühnenassistent mitwirkende Mottl genau notiert und in diese Ausgabe aufgenommen hat. Sie bestehen aus Vorschriften über Tempo und Ausdruck, über Spiel und Dekoration und bilden in ihrer Gesamtheit eine authentische Interpretation der Werke. Sie zeigen, mit welcher eindringlichen Sorgfalt Wagner selbst bei der Einstudierung auf alle Einzelheiten geachtet hat, beweisen aber auch, in welcher Weise der Wagnersche Geist und die Bayreuther Tradition noch heute lebendig sind. Denn die meisten dieser Bemerkungen wurden schon immer bei allen Theatern in den Aufführungen beachtet. Neben den Auszügen sind eine Unmenge Arrangements für alle denkbaren Instrumentalkombinationen und *Phantasien* herausgegeben, die ihre Bedeutung für die Popularisierung Wagners haben, sofern sie ein gewisses Niveau wahren, zum größten Teil aber mehr einem rührigen Geschäftsgeist als kunstfördernden Absichten entsprungen sind. Die Partituren sind in kleinem Format schon seit längerer Zeit zu haben. Im großen Format erscheinen sie in der Gesamtausgabe von Wagners Werken in 18 Bänden, die Breitkopf & Härtel ankündigt und die auch die bisher ungedruckten Jugendopern umfaßt. Wie die musikalischen haben auch die literarischen Werke Wagners eine Reihe Neuausgaben erfahren. In gutem Druck und hübscher Ausstattung sind die Dichtungen und einzelnen Schriften in der Inselbücherei erschienen. Reclam hat die Operntexte mit ausführlichen gut orien-

tierenden Einleitungen von Richard Kruse gebracht. In ihrer Gesamtheit sind Wagners Schriften in 2 Ausgaben erschienen, von denen jede von einem andern Gesichtspunkt ausgeht.

Die im Deutschen Verlagshaus Bong in Berlin von Wolfgang Golther herausgegebenen Gesammelten Schriften und Dichtungen wollen nichts anderes als ein textkritisch revidierter Abdruck der bisherigen von Wagner selbst redigierten 10bändigen Gesamtausgabe in der endgültigen Lesart sein. Es ist daher die chronologische Anordnung beibehalten, und der Drucksatz stimmt, um das Auffinden der Zitate zu erleichtern, genau mit der letzten offiziellen Ausgabe überein. Hinzugefügt sind eine biographische Einleitung, orientierende und erläuternde Anmerkungen am Schluß des Werkes, eine Reihe von Bildern und Inhaltsverzeichnissen. Die Ausstattung, namentlich Papier und Druck, ist, wie bei allen Werken dieser, hier oft gerühmten Goldenen Klassikerbibliothek, ganz vorzüglich; der Einband hat schöne Farben, der Rücken ist leider durch ein zu starkes Ornament entstellt.

Wagner hatte bei Herausgabe seiner Schriften im Jahr 1871 eine größere Anzahl seiner vor 1849 publizierten Aufsätze, die seinen jetzt veränderten Anschauungen nicht mehr entsprachen, von der Aufnahme ausgeschlossen. Die vom Verlag Hesse & Becker in Leipzig jetzt veranstaltete, 5bändige Gesamtausgabe fügt nun nicht nur diese Arbeiten hinzu sondern auch den Inhalt der 1912 veröffentlichten beiden Nachtragsbände der alten Ausgabe. Um trotzdem die Bände nicht zu umfangreich zu gestalten und um den Bedürfnissen der Allgemeinheit entgegenzukommen, hat der Herausgeber, der bedeutende und selbständige Wagnerforscher Julius Kapp, von dem Prinzip absoluter Vollständigkeit abgesehen und nur alle die für das Leben und Schaffen Wagners wichtigen Dokumente von seiner Hand aufgenommen. Es fehlen also außer den verlagsrechtlich noch geschützten Werken, wie der großen Autobiographie, die meisten der Gedichte, denen Kapp keine Bedeutung zuerkennt, und einige unwichtige Aufsätze. Von erheblichem Wert sind die unter dem Text gegebenen ursprünglichen Lesarten der großen, von Wagner später revidierten theoretischen und politischen Schriften, die so recht die Wandlung seiner Ansichten dokumentieren. (Diese Wandlung wird besonders

klar durch den Wiederabdruck seines ersten, rühmenden Aufsatzes über Meyerbeer.) Zum erstmalig vollständig finden wir hier die Operndichtungen, auch die der Jugendopern, vereint, darunter den Tannhäuser in übersichtlicher Nebeneinanderstellung der 3 Fassungen, und den Lohengrin mit Hinzufügung der Urschrift im Auszug. Bilder, eine biographische Skizze, Anmerkungen und Einleitungen zu jeder einzelnen der Arbeiten sowie ein Register sorgen für jede denkbare Erläuterung. Die anspruchslose Ausstattung der wohlfeilen Ausgabe verletzt nirgends durch Geschmacklosigkeit; der dunkle, schlichte Leinwandband berührt überaus sympathisch. Man kann also die Ausgabe mit uneingeschränkter Freude begrüßen.

Ein, gleichfalls bei Hesse & Becker vom selben Herausgeber veranstaltetes wichtiges Werk ist die Sammlung von 4800 ungekürzten Briefen Wagners, die in 12 Bänden sukzessive erscheint.

Im Ricordischen Verlag in Mailand sind in dem gleichen Oktavformat und in der selben Ausstattung wie die Partitur des Falstaff (siehe diese Rundschau, 1913, 3. Band, pag. 1230) auch 6 der wichtigsten übrigen Opern Verdis, vom Rigoletto bis zum Otello, sowie das Requiem in Orchesterpartitur erschienen. Der Druck ist deutlich und größer als bei den kleinen Wagnerpartituren, der Satz sehr übersichtlich. Ihr Studium gewährt einen Überblick über die Entwicklung der Instrumentation Verdis von klarer, einfacher, ungegliederter, aber von genauer Kenntnis der Klangwirkungen geleiteter Schreibweise bis zu der subtilen, farbigen und differenzierten Orchesterbehandlung in Aida und Falstaff.

×

Kurze Chronik Der bedeutende schwedische Violinist, Komponist und Dirigent Tor Aulin ist im Alter von 47 Jahren gestorben. × Ferner starb Walter Paetow, der bekannte Berliner Musikschriftsteller und -referent. × Der Bassist Putnam Griswold, der bis 1912 an der Berliner Hofoper tätig war, starb, im Vollbesitz seiner Kräfte, an den Folgen einer Blinddarmentzündung. × Der polnische, zurzeit in Glasgow wirkende Dirigent Mlynarski brachte im Berliner Beethoven-saal mit dem Philharmonischen Orchester in einem Zyklus von 3 Konzerten eine Auswahl slawischer Kompositionen zur Aufführung. Er erwies sich

als gewandter und temperamentvoller Orchesterleiter. × Von weiteren Gast-dirigenten interessierte besonders der Stuttgarter Generalmusikdirektor Max von Schillings, der außer Beethovens 5. Symphonie ein eigenes neues Werk, das stimmungsvolle Melodram Jung Olaf, dirigierte. × Schon wieder hat Richard Strauß ein neues Bühnenwerk vollendet, das einaktige Ballett La légende de Joseph (opus 63). Er wird es im Mai bei seiner Uraufführung in der Pariser Oper dirigieren. Dort bringt es das russische Ballett, für das das Werk geschrieben ist, zur Darstellung. Die textliche Unterlage stammt von Hofmannsthal und behandelt die ins 16. Jahrhundert verlegte biblische Josephsepisode. × Zu gleicher Zeit stehen in Paris die Aufführungen zweier ballettähnlicher Werke von Claude Debussy bevor. Das eine, eine Art Pantomime, La boîte à joujoux, bringt die Komische Oper zur Aufführung, das andere, ein Opernballett, Fêtes galantes (nach den Verlainschen Gedichten), die Große Oper. × An dem diesjährigen Todestag Wagners, dem 13. Februar, ist die Nibelungenstiftung gegründet worden, die jedes Jahr einem im Geist Wagners schaffenden und »leidenden«, das heißt nicht anerkannten, Tondichter einen Geldpreis zuerkennen oder ihm Gelegenheit zu einer Studien- oder Erholungsreise geben will.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Moorkultur Eine gute Einführung in das für Preußen, Oldenburg und Bayern so wichtige Gebiet der Moorkultur und -kolonisation ist Dr. Ewald Sierigs Buch Die Moorkultur, ihre volkswirtschaftliche Bedeutung und Durchführung /Berlin, Parey/. Die naturwissenschaftlichen Grundlagen und die technischen Methoden der Urbarmachung unserer ausgedehnten Niederungs-, Übergangs- und Hochmoore werden einwandfrei dargelegt. Noch mehr dürfte den Volkswirtschaftler und Politiker interessieren, was Sierig in einem zureichend informierenden Kapitel über die Förderung der Moorkultur durch staatliche Behörden (preußische Domänen- und Forstverwaltung, Zentralmoorkommission, Moorversuchsstation Bremen, Moorkommission in Hannover), durch Provinzen und Landwirtschaftskammern (Provinzialmoorkommissionen

und provinzielle Landeskulturkommissionen) und durch Private (Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reich, Hannoversche Kolonisations- und Moorverwertungsgesellschaft zu Osnabrück) zu sagen weiß. Die beiden großen im Wiesmoor bei Aurich und im Schweger Moor bei Osnabrück errichteten Überlandzentralen und die von ihnen ausgehende Kultivierungstätigkeit werden gebührend gewürdigt. Die beiden letzten Kapitel unterrichten über die neueren Moorbesiedelungen in Preußen (Provinzialmoor, Marcardsmoor, Kehdinger und Hahnenknooppmoor in Hannover, Bargstedter und Reitmoor in Schleswig-Holstein, Augstmal, Rupkalvener Moor und großes Moosbruch in Ostpreußen) und über die Moorkultur in den nicht-preußischen Staaten, wobei die vielfach vorbildlichen Urbarmachungs- und Besiedelungsmethoden Oldenburgs noch mehr hervorzuheben gewesen wären. Ein warmer Appell an die deutschen Staaten die Kultivierung und Kolonisierung ihrer einer preußischen Provinz an Umfang gleichkommenden Moorflächen energischer und unter Aufwendung größerer Geldmittel zu betreiben schließt das Werk, das über eine volkswirtschaftlich höchst wichtige, leider bisher arg vernachlässigte Kulturaufgabe gut orientiert und deshalb besonders in Preußen und Bayern beachtet zu werden verdient.

× **Butterproduktion** 12,6 Milliarden Liter Milch im Wert von rund 1 1/2

Milliarden Mark werden alljährlich in Deutschland zu Butter verarbeitet, und zwar zum größeren Teil vermittelt rund 10 000 Milchzentrifugen, die in etwa 7000 durch Kraftmaschinen betriebenen Sammelmolkereien aufgestellt sind, zum kleineren Teil in den einzelnen Landwirtschaftsbetrieben mit Hilfe von (im Jahr 1907) fast 337 000 Kraft- oder meistens Handzentrifugen. Schon aus diesen Zahlen erhellt, daß die Zentrifuge eine sehr wichtige, ja die nächst der Dreschmaschine wichtigste landwirtschaftliche Maschine ist. Die lohnende Aufgabe die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der durch die Milchzentrifuge herbeigeführten Umgestaltung der Butterproduktion aufzudecken versucht Dr. Alois Dallmayr (der bereits durch seine 1912 veröffentlichte Schrift Milchversorgung und Milchkriege der Stadt München /München, Kellerer/ als guter Kenner des Molkereiwesens bekannt geworden ist)

in seinem Buch Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Milchzentrifuge /Hildesheim, Buchhandlung der Molkereizeitung/ zu lösen.

Während bis dahin das Fett aus der Milch mittels des altväterischen rein empirischen Abrahmverfahrens abgetrennt wurde, gelang es 1878 dem deutschen Ingenieur Lefeldt eine praktisch brauchbare Maschine zu konstruieren, durch die das Fett durch Anwendung der Zentrifugalkraft aus der Milch herausgeschleudert und aufgefangen wurde. Dauerte früher die Rahmabscheidung mindestens einen vollen Tag und blieb sie auch dann noch unvollständig und in der Qualität des Rahms unvollkommen, so erfolgt sie mit Hilfe der neuesten Maschinen, die stündlich 3000 Liter bis auf 0,05% Fett entziehen, in einer vorzüglichen, gleichmäßigen Qualität des Rahms und der Butter verbürgenden Weise binnen wenigen Minuten, wobei nur der 4. Teil der früher erforderlichen menschlichen Arbeitskräfte und nur der 6. bis 8. Teil der früher benötigten Räumlichkeiten gebraucht werden. Bei dieser gewaltigen Überlegenheit der modernen rationellen Technik über das bisherige Jahrtausende alte handwerksmäßige Verfahren breitete sich die Zentrifugenmolkerei seit Beginn der achtziger Jahre sehr rasch über Deutschland und die ganze Erde aus. Überall in Dorf und Stadt wuchsen Sammelmolkereien empor, die die Landwirte und ihre Frauen von der schweren Nebenarbeit der Milchverwertung entlasteten und für ihre eigentlichen Berufsgeschäfte freisetzen. Obwohl nun die technischen Vorteile der Zentrifuge in größeren Meiereien besser als in kleineren ausgenutzt werden können, zeigt die nun schon 35jährige Geschichte der fabrikmäßigen Butterproduktion doch keine ausgesprochene Tendenz zur großbetrieblichen Entwicklung. Der Grund liegt darin, daß es sich um ein der Landwirtschaft angegliedertes Gewerbe handelt, und daß deren entgegengesetzte Entwicklungstendenzen der Begründung und dem siegreichen Vordringen von Großmeiereien entgegenstehen; ferner in der Tatsache, daß die Zentrifuge den wirtschaftlichen Untergrund schuf, auf dem jene Unternehmungsform vorherrschend werden konnte, die ihrem innersten Wesen nach dem kapitalistischen Streben entgegengesetzt ist: die Genossenschaft.

Konnte die Zentrifuge die großbetrieb-

liche Entwicklung in der Weiterverarbeitung der Milch nur in geringem Maß fördern, so stärkte sie in ihrer Rückwirkung auf die landwirtschaftliche Produktion sogar auf das nachhaltigste den Klein- und Mittelbetrieb. Sie verbesserte und verbilligte die Buttererzeugung, hob den Butterkonsum und schuf durch den flotten Absatz und die guten Preise, die nun die Butter erzielen konnte, die wirtschaftlichen Vorbedingungen für ein mächtiges Anwachsen der Rinder-, speziell der Kuhhaltung und durch die rund 10 Milliarden Liter Meiermilch, die nun zur Verfütterung bereit standen, ein nicht minder gewaltiges Anwachsen der Schweinehaltung. Wenn in Deutschland in dem Zeitraum 1883 bis 1903 die Zahl der Rinder um 3,5 Millionen Stück und die der Schweine sogar um 9,5 Millionen Stück stieg, so trug die rasche Vervollkommnung und Ausbreitung der Milchzentrifuge dazu nicht wenig bei. Die Vermehrung der Viehhaltung und die damit Hand in Hand gehende Intensivierung der gesamten Landwirtschaft hob nun aber wiederum auf das wirksamste die Konkurrenzfähigkeit der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Unter Berufung auf den von J. H. von Thünen erbrachten Nachweis, daß »in der mit Stallfütterung verbundenen Fruchtwechselwirtschaft jene Arbeiten, deren Größe in geradem Verhältnis mit der Entfernung vom Hof steht, außerordentlich vermehrt werden«, legt Dr. Dallmayr dar, daß in dem gleichen Maß, in dem der Landwirt gezwungen ist dem Boden größere Erträge abzugewinnen, der kleinere Betrieb infolge sehr großer Arbeitsersparnis dem großen überlegen ist, und daß daher die Intensivierung des Betriebs in sich die Tendenz zur kleinbetrieblichen Entwicklung trägt. Als daher die deutsche Landwirtschaft nach dem Einsetzen der schweren Getreidebaukrise zu Beginn der achtziger Jahre, aber auch unter dem mitwirkenden Einfluß der neuen rationellen Methode der Milchverarbeitung immer mehr zum Futterbau, zur Rindvieh- und Schweinezucht überging, wurde dadurch die Position des Bauerntums im Verhältnis zum Großgrundbesitz außerordentlich gestärkt. Dazu kam, daß die kaum hörbar surrende Wundermaschine, die die Vollmilch im Nu in Rahm und Magermilch trennt, auch den rückständigsten Bauern des entferntesten Dorfs täglich von neuem die Überlegenheit der modernen rationellen Arbeitsweise über die

traditionell überlieferte predigte und dauernd als unentrinnbarer Antrieb zum Fortschritt auch in den übrigen Landwirtschaftszweigen wirkte. Noch wichtiger aber war der Umstand, daß der Milchabsatz an die Genossenschafts- oder auch an die private Sammelmeierei regelmäßige, sichere und zufriedenstellende Einnahmen an Bargeld eintrug, die den kleinen und mittlern Bauern instand setzten seine guten Vorsätze den Betrieb zu verbessern und intensiver zu gestalten auch wirklich durchzuführen. Daraus erklärt sich die Erfahrungstatsache, daß überall dort, wo die Milchzentrifuge eindringt, sich rasch eine bessere Betriebsweise einbürgert, und der rechnende Fortschrittsbauer auftaucht. Aus all diesen Gründen hat Dr. Dallmayr völlig recht, wenn er sagt, die Milchzentrifuge sei seit den gefährlichen achtziger Jahren die stärkste Stütze des bäuerlichen Betriebs in den west- und mitteleuropäischen Ländern geworden, und sie habe gerade dem kleinen Besitzer Nutzen gebracht.

Der hohe Wert der Studie Dr. Dallmayrs, aus deren reichem Inhalt hier nur einige Gedanken hervorgehoben werden konnten, wird leider dadurch etwas herabgemindert, daß der Verfasser in seinen Ausführungen über die Produktion, den Konsum, Import und Export an Milch, Butter und Käse des Auslands mit grobenteils veralteten und aus der deutschen Fachliteratur schon bekannten Zahlen operiert. Das ist um so mehr zu bedauern als es dem Verfasser bei einiger Sprachenkenntnis doch leicht gewesen wäre auch über das Ausland statistische Ziffern aus den letzten Jahren zu bringen. Gegen den sachlichen Inhalt seiner sich auf Deutschland beziehenden Darlegungen habe ich nur einzuwenden, daß er die volkswirtschaftliche Bedeutung der Handzentrifugen in den bäuerlichen Betrieben beträchtlich unterschätzt. Auch übersieht er gerade den wichtigsten der Gründe, die die seit einigen Jahren auf Kosten der Sammelmolkereien erfolgende auffällige Ausbreitung der Handzentrifugen erklären: das Bedürfnis der Bauern in unseren besseren norddeutschen Viehzuchtgebieten ihren hochwertigen Zuchtkälbern eine bessere, frischere, keimfreierte Tränkmagermilch zu bieten als sie von den Sammelmolkereien zu erhalten ist. Trotz dieser kleinen Ausstellungen will ich aber gern anerkennen, daß Dr. Dallmayr einen recht wertvollen Beitrag zur wissenschaftlichen

Erfassung und Beurteilung der deutschen Agrarentwicklung während der letzten 3 Jahrzehnte geliefert hat. Dieser Beitrag verdient auch in unserer Partei um so mehr beachtet zu werden, als Dr. Dallmayr, wie die ganze Anlage und Durchführung seiner Arbeit und manche Einzelausführung zeigt, ernsthafte Marxstudien getrieben hat und auch in München, in dessen Milchkriegen er als Führer der Milchkleinhändler eine Rolle gespielt hat, als marxistisch gerichteter Volkswirt und Politiker hervorgetreten ist. Doppelt bemerkenswert ist es deshalb, daß er auf seinem Spezialgebiet zu Ergebnissen kommt, die mit den von Schippel, David und mir gefundenen im wesentlichen übereinstimmen.

Landarbeiter- Die wissenschaftliche Er-
frage forschung und praktische
Lösung der Landarbeiter-
frage hat durch die Bildung einer Studienkommission für Erhaltung des Bauernstands, für Kleinsiedelung und Landarbeit, die vor 2 Jahren erfolgte, einen neuen Antrieb erhalten. Die bisherigen Arbeiten dieser Studienkommission, deren wertvollste sich mit den Verhältnissen der mecklenburgischen Büdner, Häusler und Einlieger beschäftigen, sind teils im Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünenarchiv) teils im 8. Ergänzungsheft zu dieser Zeitschrift erschienen. Das mir vorliegende Ergänzungsheft enthält den von Professor Dr. Otto Gerlach in Königsberg herausgegebenen 1. Bericht des Ausschusses C /Jena, G. Fischer/. Die umfangreichste und wertvollste Abhandlung dieses Sammelwerks ist eine auf dem Material der letzten deutschen Berufs- und Betriebszählung aufbauende Untersuchung Gerlachs über die landwirtschaftlichen Betriebe der Landarbeiter in Preußen (außer dem Rheinland), Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt. Auf Grund einer kleinen Enquete berichtet der Landesversicherungsrat Hansen über Landarbeit und landwirtschaftlichen Kleinbesitz in Schleswig-Holstein, wobei er mit besonderem Ernst die beklagenswerten Zustände in der ostholsteinischen Grafenecke (den Kreisen Plön und Oldenburg) bespricht. Recht interessant und lehrreich sind auch die Darlegungen zweier Praktiker, des Regierungsrats Hans Riechert in Frankfurt an der Oder und des Amtsrichters Walther Heidenhain in Strassburg in Westpreußen über Kleinsiedelungen.

Professor Dr. Otto Gerlach hat in den Jahren 1901 und 1902 mit Hilfe einer ganzen Anzahl von Mitarbeitern im Auftrag der ostpreussischen Landwirtschaftskammer eine umfassende Enquete zur Erforschung der Landarbeiterverhältnisse in der Provinz Ostpreußen veranstaltet. Sie lieferte ein sehr reichliches Material besonders über den ostpreussischen Grundbesitz. Erfasst sind doch 1475 verwendbar beantwortete Fragebogen 42% der in Großbetrieben von 100 Hektar und darüber bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche. Aber auch aus 198 Dörfern mit 2600 bäuerlichen Besitzungen und 2000 Eigenkätnerstellen gingen Berichte ein. Nach langwierigen, 11 Jahre dauernden Vorarbeiten ist nun die 378 Seiten umfassende 1. Lieferung des großen Enquetewerks unter dem Titel Die Landarbeiterverhältnisse in der Provinz Ostpreußen /Berlin, Parey/ erschienen. Außer einer Einführung aus der Feder Professor Gerlachs enthält sie 3 Arbeiten des Landesrats Ernst Hasse. In der 1. Abhandlung schildert Hasse ausführlich die in der Provinz Ostpreußen vorkommenden Arten landwirtschaftlicher Arbeitsverhältnisse und Lohnsysteme. Viel mehr neue Aufschlüsse als diese in der Hauptsache schon Bekanntes bestätigende Monographie gibt die 2. Abhandlung, in der Hasse auf Grund seiner Beobachtungen auf zahlreichen Studienreisen und auf Grund der Vernehmungen, die er mit 9 ländlichen Arbeiterfamilien vorgenommen hat, die Haushaltung und Wirtschaftsweise der ländlichen Arbeiterfamilien erörtert. Am interessantesten ist jedoch Hasses umfangreiche Darstellung der Arbeiterverhältnisse des Grundbesitzes unter 100 Hektar, die sich zu einer lebendigen Schilderung auch der bäuerlichen Verhältnisse in Ostpreußen erweitert. Wenn auch das große Werk Gerlachs und seiner Mitarbeiter darunter leidet, daß es leider länger als 1 Jahrzehnt nach der Vornahme der Enquete erscheint, so wird es dennoch einen dauernden Wert behalten, weil die ostpreussische Enquete eben die weitaus eingehendste und umfassendste aller bisherigen deutschen Landarbeiterenqueten ist.

Gleichfalls auf Grund einer Enquete, die erfreulicherweise gleichzeitig von den Behörden und der Generalkommission der Gewerkschaften unterstützt wurde, beschreibt Dr. Martin Lezius die Heimatsgebiete der Sachsengänger in Brandenburg, Posen und Schlesien /Neudamm,

Neumann/. Das auffallendste Ergebnis der Untersuchungen des Verfassers ist der Übergang der früher rein landwirtschaftlichen deutschen und polnischen Sachsengänger in andere Berufe, ihre Umwandlung teils in Flößer teils in industrielle Rheinland- und Westfalengänger. Soweit sie im landwirtschaftlichen Beruf bleiben und nicht in den Stand der Vorschnitter aufsteigen können, werden sie in den letzten Jahren mehr und mehr Nordlandgänger, weil ihr Beruf in Schweden und Dänemark noch nicht so durch die Konkurrenz der polnischen und ruthenischen Wanderarbeiter herabgedrückt ist. Motiv des Übergangs zu industrieller Arbeit ist die Aussicht in mehrjähriger, auch durch den Winter nicht unterbrochener Tätigkeit auf diese Weise eher als durch sommerliche landwirtschaftliche Saisonarbeit die Geldsumme zu erwerben, die die Arbeiter brauchen, um sich im Osten ein kleines landwirtschaftliches Grundstück, ein Haus und einige Morgen oder Hektar Land, zu erwerben. Reicht auch Lezius' Arbeit nicht an die bedeutenden Werke heran, in denen Karl Kaerger im Anfang der neunziger Jahre die Verhältnisse der Sachsengänger und der Arbeiterpächter behandelt hat, so muß man dem neuen Autor doch dankbar sein, daß er das Problem der Sachsengängerei in den selben Gegenden, die Kaerger vor 20 Jahren durchforscht hat, aufs neue an Ort und Stelle studiert und so uns die Möglichkeit geboten hat den Gang der Entwicklung während der 2 letzten Jahrzehnte zu überblicken.

Endlich soll hier noch die im Arbeitgeberinteresse geschriebene Schrift registriert werden, in der Dr. W. Asmis sich mit der Frage beschäftigt: Wie kann den Landarbeitern ein besserer Anschluß in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geboten werden? /Berlin, Parey/.

× Ostmarkenprobleme

Der 2. Jahrgang des Jahrbuchs für ostdeutsche Interessen Ostland informiert noch besser als der hier in der Rubrik Wirtschaft (1913, 1. Band, pag. 437) bereits angezeigte 1. Jahrgang über die Kultur und Wirtschaft der Ostmark und über das Ringen zwischen Deutschtum und Polentum. An dieser Stelle können aus dem starken und dabei doch recht billigen Band nur die agrarpolitisch interessanten Abhandlungen hervorgehoben werden. Inhaltlich am wertvollsten ist

eine in der Tagespresse vielbesprochene Studie des bekannten Protektors der innern Kolonisation Regierungspräsidenten Friedrich von Schwerin in Frankfurt an der Oder über die Bedeutung der Grundbesitzverteilung vom nationalen Standpunkt aus. Auf gleich hohem Niveau steht eine gründliche Untersuchung Fritz Vosbergs über die Mittel- und Kleinstädte der Provinz Posen. Auf Grund eines reichen Zahlenmaterials erbringt sie den Beweis dafür, daß die innere Kolonisation zugleich die beste Städtepolitik für die Ostmarken ist. In einem guten, aber die Fülle des Stoffs nicht entfernt erschöpfenden, allzu kurzen Artikel widerlegt Dr. Erich Keup von der Landgesellschaft Eigene Scholle in Frankfurt an der Oder die Argumente, mit denen zwei Wortführer des posenschen Großgrundbesitzerstands, der Pole von Chlapowski-Turew und der deutsche Majoratsbesitzer von Heydebreck-Markowitz, die wirtschaftliche Bedeutung der Bauernansiedlung anzuzweifeln versucht haben. Über deren Fortgang in Posen und Westpreußen unterrichtet objektiv der Schriftleiter des Jahrbuchs Erich Zechlin; über die damit verbundene Besitzbefestigung des alleingessessenen deutschen Grundbesitzes belehrt Albert Dietrich an der Hand mehrerer Tabellen und einer Karte des durch die preußischen Gesetze vom 30. März 1908 und 26. Juni 1912 abgegrenzten Besitzbefestigungsgebiets, während der Genossenschaftspraktiker Friedrich Swart das deutsche und polnische Genossenschaftswesen schildert. Zwei weitere von Otto Münsterberg und Wilhelm John verfaßte, für den Nationalökonom und Wirtschaftspolitiker sehr lehrreiche Übersichten beschäftigen sich mit dem ostdeutschen Handel und mit der deutschen und polnischen Industrie in Westpreußen und Posen. Neben oder an Stelle dieser allgemein orientierenden Überblicks wären jedoch von Spezialisten geschriebene Darstellungen einzelner Zweige des ostdeutschen Handels und Gewerbes, zunächst des Getreide-, Vieh- und Holzhandels, der Zucker- und Spiritusindustrie, der Kartoffeltrocknerei und der Industrien der landwirtschaftlichen Maschinen und der künstlichen Düngemittel, sehr erwünscht. Vor allem aber müßte das Ostland, um wirklich ein Jahrbuch für die ostdeutschen Interessen zu werden, auch Ostpreußen und Pommern, die ja mit Posen und Westpreußen ein einziges untrennbares Wirt-

schaftsgebiet bilden, in den Bereich seiner alljährlichen Berichterstattung hineinbeziehen. Eine Bibliographie der im letzten Jahr veröffentlichten wichtigsten Schriften über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme des Ostens würde von den Lesern des Jahrbuchs gleichfalls sehr begrüßt werden.

× Kurze Chronik Das wichtigste Ereignis der diesjährigen großen Landwirtschaftswoche in Berlin war die Begründung einer Gesellschaft zur Förderung des Baus und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln, zu der die außerordentlich große Kartoffelernte des Jahres 1913 (541 Millionen Doppelzentner) den Anstoß gegeben hat. Da diese Riesenernte weder durch die Spiritus- und Stärkeindustrie noch durch Verkauf an Speisekartoffeln noch durch Verfütterung während des Winters und Frühjahrs zweckmäßig und gewinnbringend verwertet werden kann, verpflichtet die Gesellschaft ihre Mitglieder einen bestimmten Prozentsatz ihrer Ernte durch Trocknung oder Einsäuerung zu konservieren, sie dadurch der Fäulnisgefahr rechtzeitig zu entziehen und sie für spätere Jahre, zum Ausgleich schlechterer Ernten, aufzubewahren. Man verspricht sich davon vor allem eine größere Stabilisierung der Schweineproduktion, die ja überall in Deutschland, außer in Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg, von der Kartoffelernte abhängig ist und je nach ihrem Ausfall in fast regelmäßigem Wechsel von Preissturz und Teuerung von einer Krisis zur andern treibt. Gestützt auf die feste Organisation des Verwertungsverbands der deutschen Spiritusfabrikanten und die etwas loseren Verbände der Stärkefabrikanten und der Kartoffeltrockner wird die neue Gesellschaft wahrscheinlich ein gut Teil ihres Zieles verwirklichen können. × Auf Grund von Fütterungsversuchen, die günstig ausfielen, empfahl Professor Hansen (Königsberg) in der Tierzucht-Abteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft die Sorghumhirse, die auch in unseren tropischen Kolonien angebaut wird, als sehr geeignetes Mastgetreide und als Ersatz für russische Futtergerste. Hansen ist der Ansicht, daß wir einen wesentlichen Teil der vielen Millionen Mark, die wir nach Rußland für Futtergerste bezahlen, unseren eigenen Kolonien zuwenden könnten und sollten. × Die deutsche

Stärkeindustrie leidet nach wie vor unter der Konkurrenz besonders Hollands. × In einem großen Aufschwung befindet sich dagegen die Kartoffeltrocknung. Im letzten Jahr sind bereits über 2 Millionen Doppelzentner Trockenkartoffeln in zirka 500 Trockneereien hergestellt worden. Von den in Deutschland vorhandenen 733 Apparaten können in 100 Tagen 13 Millionen Doppelzentner Kartoffeln verarbeitet werden. Die Trockenflocken und -schnittel, deren Preis im letzten Jahr bis zu 5,50 Mark pro Doppelzentner sank, sind geeignet einen Teil der aus Rußland importierten Futtergerste zu ersetzen. Außerdem wird aus ihnen ein Walzmehl hergestellt, das als Zusatz (in Höhe von 10 bis 15 %) zum Roggen- oder Weizenmehl beim Brotbacken Verwendung findet. × Im Jahr 1912-1913 stieg der Zuckerverbrauch in Deutschland auf 14 286 379 Doppelzentner. Damit ist der bisher größte Verbrauch des Jahres 1910-1911 um mehr als 400 000 Doppelzentner übertroffen worden. Die Ausfuhr betrug 1912-1913 etwas über 10½ Millionen Doppelzentner, während sie 1910-1911 über 11 Millionen betragen hatte. Rußland und neuerdings Oberitalien machen der deutschen Zuckerindustrie auf dem Weltmarkt in steigendem Maß Konkurrenz. × Die Spirituserzeugung im Brennjahr 1912-1913 belief sich auf 3 750 000 Hektoliter, gegen 3 450 000 im Jahr 1911-1912. Der Trinkverbrauch stellte sich auf 1 870 000 Hektoliter gegen 1 930 000 im Jahr 1911-1912. Dagegen stieg der Verbrauch von Spiritus zu gewerblichen Zwecken auf 1 720 000 Hektoliter.

× Literatur

× In der Broschüre Aktuelle agrarpolitische Fragen in der Schweiz, Frankreich und Großbritannien und deren Nutzanwendung auf unsere Verhältnisse /Wien, Frick/ gibt Dr. Leopold Freiherr von Hennek, landwirtschaftlicher Fachberichterstatter Österreich-Ungarns für die genannten Staaten, ein recht instruktives Referat unter vergleichender Bezugnahme und Nutzanwendung auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse und die Agrarpolitik Österreichs und seiner Kronländer. × In der Schrift Notlage im Rebbaufreiburg, Badischer Bauernverein/ entwirft Dr. Aengenheister ein ziemlich trübes Bild der ungünstigen

wirtschaftlichen Lage, in die die badischen Weinbauern durch die Fehlerbesten 1910, 1912 und 1913 versetzt worden sind. Auf Grund örtlicher Studien des Verfassers werden die wirtschaftlichen Verhältnisse in 5 badischen Rebbaugemeinden eingehender geschildert. × Ähnlich wie in seiner in der Presse der rechtsstehenden Parteien ziemlich viel beachteten Schrift Innere Kolonisation und Familienfideikommiß /Berlin, Siemenroth/ wirft sich Dr. Eugen Moritz auch in seiner einige Monate später im selben Verlag veröffentlichten Broschüre Großgrundbesitz zum Verteidiger dieser Institution auf, wobei er die Schwäche der zum großen Teil von den Agrarmarxisten K. Kautsky und A. Hofer entliehenen Argumente durch verschwenderischen Gebrauch von Ausrufungszeichen zu verstärken bestrebt ist. Etwas weniger als die Kapitel über Ackerbau und Nutztviehhaltung fordert seine Darstellung der Forstwirtschaft zum Widerspruch heraus. × Zu dem Besten, was in den letzten Jahren über Ostdeutschland veröffentlicht ist, gehören die Reisestudien, die der Redakteur des Handelsteils der Frankfurter Zeitung Dr. Arthur Feiler seinem Blatt geschrieben und später unter dem Titel Das Problem des deutschen Ostens herausgegeben hat /Frankfurt, Sozietätsdruckerei/. Besonders die 3 letzten Kapitel, die von der innern Kolonisation handeln, sind vorzüglich gelungen. Vorbehalte wird man an einigen Sätzen zollpolitischen Inhalts machen müssen. × Sehr brauchbar ist das im reichsstatistischen Amt vom Regierungsrat Dr. Seibt bearbeitete Werk Die deutsche Landwirtschaft, Hauptergebnisse der Reichsstatistik /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/. Irrtümlich ist es, wenn Dr. Seibt von den ostdeutschen Insten sagt, daß sie in ihrem Eigenbetrieb Getreide bauen. Das ist ganz überwiegend nicht mehr der Fall. × Das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom hat den 2. Jahrgang seines Annuaire International de Législation agricole veröffentlicht. Der 944 Seiten starke Band enthält sämtliche für die Landwirtschaft wichtigen Gesetze, die während des Jahres 1912 von 40 dem Institut angeschlossenen Staaten erlassen wurden. Gute Register erschließen den reichen Inhalt des für Agrar- und Kolonialpolitiker sehr wertvollen Nachschlagewerks.